

DM 1,00

nr. 2

19. März 1973

INHALT

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen

Bremen: Proletarische Front, c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstr.144
Frankfurt: Revolutionärer Kampf, Postadresse: S.C., 6 Ffm 1, Postfach 4202
Frauengruppe im RK, c/o Eva Moldenhauer, 6 Frankfurt 1, Kettenhofweg 111
Lotta Continua, c/o Fischer, 6 Ffm, Bornheimer Ldstr. 64
Hamburg: Proletarische Front, c/o Renate Schmitt, 2 HH 20, Haynstr. 3
Köln: Arbeiterkampf, c/o Das politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197
...en: Arbeitersache, c/o Basis-Buchh., 8 Mnch 13, Franz-Josefstr. 26
...erg/Erlangen: Frederike Pfannenmüller, 8520 Erlangen, Werner von Siemensstr. 8



WOHNUNGSKAMPF IN FRANKFURT

Immer mehr ausländische Kollegen und Genossen treten in Frankfurt in den Mieterstreik. Mehr als 1000 waren es in den letzten 1 1/2 Jahren. Anfangs haben die Zeitungen noch darüber berichtet, wenn wir mit den Kollegen Transparente aus dem Fenster gehängt und die Mietzahlungen eingestellt haben und sogar die SPD hat uns vor den Wahlen scheinheilig auf die Schulter geklopft und sich mit unserem Kampf „gegen Bodenspekulation und Mietwucher" solidarisiert. Und weil viele Genossen außerhalb Frankfurts die Rundschau lesen (warum eigentlich?), haben sie anfangs auch einen Hauch davon mitgekriegt, was sich hier bei den Arbeitsemigranten abspielt.

Aber mit dem Wohlwollen der „Progressiven" ist es aus, spätestens seit im Oktober letzten Jahres die italienischen Frauen das Büro des Oberbürgermeisters besetzt und ihn zu einer Diskussion gezwungen haben. Spätestens da ist den Schönrednern im Rathaus und in der Rundschau etwa klar geworden, was sie selbst mitverursacht haben, ohne es zu wollen: daß unser Wohnungskampf gar kein salonfähiger Mietwucherprotest mehr ist, der sich auf Aktionen gegen irgendwelche Spekulantenfiguren beschränkt, sondern daß dieser Wohnungskampf ein politischer Kampf geworden ist, ein Kampf, der, ob wir das wollen oder nicht, auch gegen die gerichtet ist und sein muß, die uns seit Beginn unserer Mieterstreiks Knüppel zwischen die Beine werfen: gegen die Polizei, die uns dauernd auf den Leib rückt, gegen den Verfassungsschutz, der mit Abhörgeräten und Wandmikrophonen unsere Mieterversammlungen bespitzelt, die Ausländerbehörde, die uns mit Ausweisungen droht, die Gerichte, die uns mit 140 Mietstreikprozessen attackieren, die Stadtverwaltung, die uns diffamiert und die bürgerlichen Zeitungen, die unsere Erklärungen verfälschen und unsere Aktionen verschweigen.

Wir haben die Flut von Gegenreaktionen auf unsere Mieterstreiks nie bewußt provoziert. Wir wurden im Gegenteil von ihrem Ausmaß und ihrer Härte überrascht. Aber wir haben eine Menge daraus gelernt.

Kollegen und Genossen! Die Nummer 1 der Zeitung hat uns ca. 6000.– DM gekostet. – Bitte wartet nicht, bis wir jeden Einzelnen gebeten haben, der über etwas Geld verfügt, und überweist Spenden auf unser Konto! Postscheckamt Nürnberg, Kontonr. 72890 - 852, Kontobezeichnung: Gerd Schnepel, Erlangen



Die ersten Mietstreiks in Frankfurt

Angefangen haben die Streiks im August 1971. Eine Handvoll italienischer Genossen und eine türkische Genossin von der Unione Inquili (d.h. auf deutsch: Mieterunion) hatten wochenlang Ausländerquartiere in den Westend-Altbauten und den Wohnheimen besucht und mit den Kollegen über die beschissene Wohnsituation dikutiert. Zunächst ein Genosse und später eine Handvoll weiterer Genossen aus der Roten Zelle Jura arbeiteten mit der Gruppe zusammen.

Die Bewohner der Ulmenstr. 20 machten nach langem Zögern und vielen Diskussionen den Anfang: am 10. August behängten sie ihr Haus, einen früheren **Pferdestall der Barone von Rothschild**, mit Transparenten. Sie verteilten Flugblätter und machten eine Pressekonferenz, auf der sie gegen die Kündigung protestierten. Die Zeitungen fanden das nicht schlecht, sie schrieben von „sozialer Härte" und bewunderten die „Solidarität der türkischen, italienischen und jugoslawischen Hausbewohner". Und was vor allem wichtig war: die Reporter der italienischen Rundfunksendungen machten die Aktion bei den Kollegen publik.

Mitte September zog die Altkönigstr. 10 nach. Der Hauseigentümer Stieglitz hatte den türkischen Arbeitern und deutschen Studenten gekündigt. Er wollte das Haus abreißen. Mitten in den Wohnungen hatte das Schwein Türen vermauern lassen, um die Kollegen schneller vertreiben zu können. Zunächst waren die Türken verschüchtert, auch die 7 Studentengenossen, die im Haus wohnten, wollten nicht so recht; dann aber haben wir zusammen die Mauern eingerissen, und den Schutt abgeräumt, Transparente und Bilder aus dem Haus gehängt, eine Menge Flugblätter geschrieben und gezeichnet und Presse- und Rundfunkinterviews gegeben. Auch hier lobte uns die Presse. Sie kritisierte die „vorzeitige Vernichtung von Wohnraum" und berichtete groß und



verwundert, daß erstmals eine komplette Hausgemeinschaft die **Miete auf 10% des Lohns reduzierte.**

In den Wochen darauf verteilten wir eine Menge Flugblätter, auf denen wir regelmäßige Mieterberatungen anboten. Es kamen auch dutzende von Kollegen, aber wir erreichten nicht, was wir wollten. Selbst wenn die Kollegen theoretisch einsahen, und das taten sie fast alle, daß gegen die hohe Miete und die Kündigung juristisch für sie und die Mitmieter nichts drin war, und daß eigentlich nur eine gemeinsame Protestaktion aller Mieter und die Sympathie der Nachbarn den Vermieter einschüchtern könnte, lehnten sie irgendwelche Aktionen ab. Der Gedanke an Transparente, Flugblätter oder gar Mietstreik war zu fremd und solche Aktionen noch zu selten praktiziert, als daß sie von den Kollegen als reale Möglichkeit akzeptiert worden wäre. Daß man was machen müßte, war ihnen klar, aber daß man auch was machen kann . . . . ?

Mietstreiks werden Massenwaffen

Erst die Mietstreiks in der Eschersheimer Landstraße und in der Baustraße brachten einige Zeit später (inzwischen waren die restlichen Rotz-Jur-Genossen in die Arbeit eingestiegen) bei den italienischen und türkischen Kollegen den Umschwung. Beide Aktionen wurden überall bekannt durch unsere Agitation, durch die Zeitungen und vor allem durch die italienischen und türkischen Rundfunksendungen. Fast täglich spielte das Radio die von den Arbeitern in den Häusern getexteten und vertonten Mietstreik-Liedern und brachte Berichte über die aktuelle Lage. Nicht, daß diese Sendungen groß politisch gewesen wären; sie gaben einfach wieder, was sich in den Streikhäusern abspielte.

Die Rundfunkberichte, unsere Flugblätter, die Demonstrationen und die Berichte der Mietstreiker an die Kollegen erreichten es, daß der „Mieterstreik" in der Fabrik und an den Treffpunkten diskutiert wurde. Ganz so abwegig schien es jetzt nicht mehr, mit den Hausbewohnern Kontakt aufzunehmen und mit uns Aktionen zu beraten. 200 bis 300 Mark zahlen die ausländischen Kollegen oft für ein kaputtes Altbauzimmer, mehr als die Hälfte ihres Lohns für eine „Wohnung", in der die Familie zusammengepfercht ist. Da zwingt die Situation direkt zu der Überlegung, ob man es nicht den Mietstreikern nachmacht. Eine ganze Reihe von Hauskollektiven hat auch Kontakt mit uns aufgenommen. Wir haben diskutiert, Aktionen gemacht, Mietstreiks unterstützt. Die Zahl der Mietstreik-Häuser wuchs. Die Eppsteinerstraße kam dazu, die Elbestraße, die Friedrichstraße, die Bettinastraße, die Brühlstraße, eine Menge Häuser in der Westendstraße, die Gutleutstraße, die Schwindtstraße, die Mörfelderlandstraße und eine ganze Menge anderer.

Die Zersplitterung der Mietstreikbewegung

Und es ergaben sich viele neue Probleme. Vor den ersten Mietstreiks waren wir in die Häuser gegangen und hatten lange diskutieren müssen, bis die Angst vor dem Streik verschwunden war. Und nach der Streikproklamierung mußten wir die Kontakte aufrechterhalten, damit die Mieter nicht durch den zunehmenden Druck der Spekulanten, deren Schlägertrupps, der Polizei und der Gerichte abgeschreckt wurden. Wir waren eine Art reisender Mini-Kadergruppe, die hin und wieder auftauchte, wenns brenzlig wurde, die zwischen den Häusern umherflippte und die Hauskollektive mit Berichten über die anderen Häuser versorgte. Alle Kontakte der Häuser untereinander sind über uns gelaufen.



Klar, daß wir das mit wachsender Zahl der Mietstreiks nicht mehr geschafft haben, und klar vor allem, daß das politisch unmöglich war. In der Fabrik ist es in diesem Punkt einfacher: wenn beim Opel in Rüsselheim oder in Frankfurter Mittelbetrieben die Kollegen für Lohnerhöhung und gegen die beschissene Arbeitssituation kämpfen, dann haben tausende in einer Fabrik alle dasselbe Problem und alle denselben Gegner, die Geschäftsleitung. Da ist es klar, daß man sich zusammentut, wenn aber die Kollegen gegen die Kündigung und zu hohe Mieten kämpfen, dann haben sie zwar alle dasselbe Problem, aber sie haben zunächst so viele verschiedene Gegner, wie es Spekulanten gibt. Jedes Hauskollektiv fühlt sich erst einmal allein mit **seinem** Kampf gegen **seinen** Vermieter, und wenn einem Haus der Prozeß gemacht wird, oder wenn es im Auftrag des Eigentümers von der Polizei überfallen wird, dann liegt es garnicht so direkt auf der Hand wie in der Fabrik, daß der Kollege von nebenan sich solidarisiert. Denn sein Gegner ist ein anderer Spekulant, und nur manchmal gehören beide oder mehrere Mietstreikhäuser demselben Schwein.

Die kollektive politische Organisierung beginnt

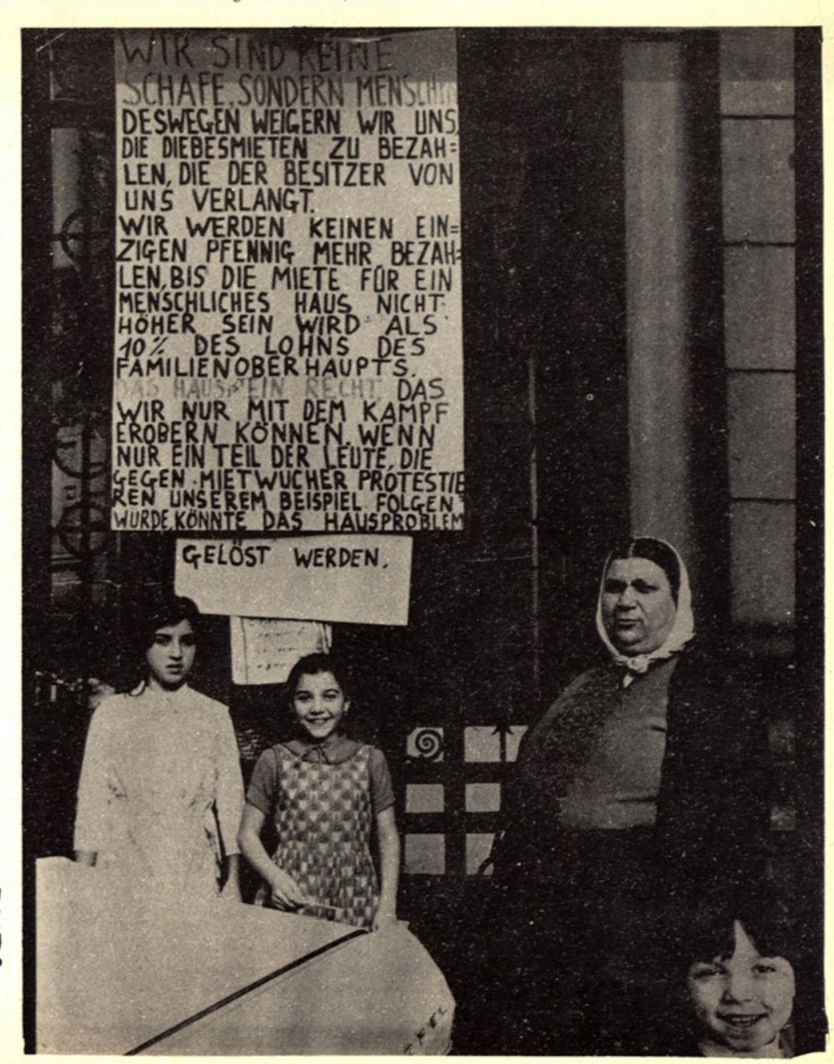
Die italienischen Kollegen und Genossen beginnen trotz dieser Schwierigkeiten die Isolierung der einzelnen Häuser zu überwinden. Seit Mitte des letzten Jahres treffen sie sich jede Woche mindestens einmal, und es kommen aus den Häusern immer fünfzig oder mehr Arbeiter zu den Versammlungen. Sie tun das, obwohl sie verschiedene Hauseigentümer haben, und sie treffen sich nicht, weil sie irgendwo im Kopf den Gedanken haben, daß sie irgendwie alle Mieter sind und deshalb auch irgendwann einmal werden zusammenhalten müssen, sondern sie versammeln sich, weil sie ganz konkret am eigenen Leibe und ganz praktisch erfahren haben, daß es einen **gemeinsamen** Gegner aller Mietstreiker gibt, gegen den man sich zusammentun muß und kann, weil jeder mit ihm zu tun hat: das Amtsgericht, das uns im Auftrag der verschiedenen Spekulanten den Prozeß macht, die Polizei, die uns im Auftrage dieser Spekulanten dauernd terrorisiert, die Stadt und der OB, die uns im Interesse der verschiedenen Vermieter verleumdet und uns mit Zuckerbrot und Peitsche zu fangen und einzuschüchtern versucht.

Die Unione-Inquilini-Gewerkschafter

An dieser praktischen Erfahrung mit unserem gemeinsamen politischen Gegner gehen die Genossen von der Unione Iquilini heute vorbei, wenn sie sagen: „Wir sind Mieter und sonst gar nichts und als Mietergewerkschaft müssen wir uns organisieren, als rein ökonomische Interessenvertretung, die mit politischen Fragen nichts zu tun hat." Wer so spricht, schneidet sich jede Möglichkeit ab, den politischen Gegner der Mieter zu erkennen und sich gemeinsam gegen die zu organisieren, die im ökonomischen Interesse der Vermieter täglich politisch intervenieren in unseren Mietstreik. Wer so spricht, der blockt die Initiativen der ausländischen Kollegen ab, die sich nicht abstrakt und irgendwie als Mieter, sondern durch praktische politische Erfahrungen im Mieterkampf zusammengeschlossen haben. Wer so spricht, der versperrt die Sicht auf die gemeinsamen Feinde und wirft die Bewegung zurück in die alte Zersplitterung, in einzelne Hauskollektive, die dann allenfalls noch durch ein paar besonders aktive uneigen-



nützige Delegierte, die beauftragt sind, sich auch um die Probleme der „anderen Häuser" zu kümmern, verbunden sind. Wir haben jedenfalls eine Menge Erfahrungen mit unseren gemeinsamen politischen Gegnern gemacht, und vom ersten Tag an wird jeder Mietstreiker mit der Nase darauf stoßen, daß er es nicht mit irgendeinem bösartigen Spekulantenschwein zu tun hat, sondern mit einer Stadt und mit einem **Staat**, der sehr geschickt und brutal seinen Kampf zu sabotieren versucht. Das ist eine verdammt politische Erfahrung der Mieter, und man braucht nur ein bißchen nachdenken, um aus dieser Erfahrung die Konsequenzen einer politischen Vereinigung zu ziehen, die italienischen Kollegen haben diese Konsequenzen gezogen. Trotz und gegen die Handvoll Unione Inquilini Gewerkschaftler.



Zuckerbrot und Peitsche: Das Zusammenspiel von Justiz und Stadt

Mehr als 140 Mietstreik-Prozesse laufen vor dem Frankfurter Amtsgericht. Klar, welche Funktion diese Prozesse haben sollen. Wenn das Gesetz sagt: wer keine oder zuwenig Miete zahlt, fliegt raus, auch wenn er vorher den Vermieter noch so reich gemästet hat und er selbst mit seiner Familie daran fast krepiert ist, dann kann diese Massenprozeßserie nur abschrecken. Es hagelt Räumungsurteile und es wird sie hageln. Mit Lohnpfändungen sollen die Mietnachzahlungen und die hohen Prozeßgebühren beigetrieben werden. Wir haben auf die juristische Offensive schlecht reagiert.

Zunächst, beim ersten Prozeß gegen die 20 Ulmenstraßen-Bewohner lief die Sache scheinbar gut. Eine Menge Genossen kam zum Prozeß, die Arbeiter haben den Juristen und der Presse erzählt was läuft, und den Gerichtssaal haben wir mit Plakaten und Fahnen geschmückt. Ergebnis: die Kollegen wurden zwar zur Räumung verurteilt – dagegen läßt sich auch nichts machen – aber die Stadt mußte auf unseren politischen Druck hin Ersatzwohnungen anbieten.

Der Hammer kam vor zwei Wochen: nachdem die Ulmenstrasse ein paar monatelang im Schatten anderer Aktionen lag, zog die Stadt ihre Zusagen, die sie raffinierterweise während des Prozesses unter der Bedingung gemacht hatte, daß die Mietstreiker sich mit dem Multimillionärseigentümer parallel auf eine „Kompromißmiete" einigen, mit der Begründung zurück, **zu dem Kompromiß sei es nicht gekommen**, klar, **denn sogar das Gericht hatte festgestellt, daß die Rothschildschen Pferdeställe als Wohnungen ungeeignet sind und deshalb keine Miete zu zahlen ist!!** Nichtsdestotrotz: ein feines Spiel des SPD-Wohnungsamtes, **entweder die Kollegen zahlen für die Pferdeställe eine „Kompromißmiete" an den Spekulanten, oder sie kriegen von der Stadt keine Ersatzwohnungen** und können in ihren Ställen verrecken.

Ähnlich bei der Eschersheimerlandstraße. Anfang August 1972 haben wir den Räumungsprozeß gesprengt, weil der Richter keinen größeren Verhandlungssaal zugelassen hatte, in dem alle Genossen Platz gehabt hätten. Flugblätter wurden verteilt, das Büro des OB besetzt und schließlich mußte auch hier die Stadt die Zwangsräumung aufschieben und Ersatzwohnungen zusagen.
Aber auch hier kommt der Rückschlag später, als sich die Szene beruhigt hat. Die SPD-Bürokratie verfügt zwar, daß das Räumungsurteil vorerst nicht vollstreckt werden darf, bestimmt aber zugleich, daß die Mietstreiker für die Zeit ihres weiteren Aufenthaltes im Haus die Miete an die Stadt zu zahlen habe, und daß diese Miete dann als „Nutzungsentschädigung" an den Eigentümer weitergeleitet wird. Sollten die Kollegen die Zahlung an die Stadt verweigern, werden sie aus der BRD ausgewiesen, ein sozialdemokratisches Meisterstück: die Stadt läßt sich von der Presse als sozial feiern, weil sie die Zwangsräumung aufschiebt, sie sichert den „sozialen Frieden" indem sie sich zwischen die Mieter und den Spekulanten stellt, erpreßt aber zugleich von den Familien durch ihre Ausweisungsdrohung die Mietzahlung.

In der Eppsteiner Straße lief unser Kampf gegen die Justiz



bisher besser. Mitte August 72, als die Zwangsräumung einer deutschen Kollegin anlag, zogen wir mit 100 Genossen vor das Haus und schickten den Herrn Gerichtsvollzieher samt seiner Möbelwagen wieder zurück. Die FAZ heulte darob Krokodilstränen und zeigte sich ausführlich empört über die Mietstreiker, „denen das Räumungsurteil eines ordentlichen deutschen Gerichts weniger wert ist als das Papier auf dem es geschrieben steht" (gut erkannt vom Kollegen Polizeireporter Kirn). Aber auch in diesem Haus stehen etliche Räumungsurteile an, deren Vollstreckung sich auf die Dauer nicht militant wird verhindern lassen.

Die Deutschen Genossen wahren Distanz

Insgesamt ist die Prozeßsituation beschissen. Die Verhandlungsvorbereitungen klappen nicht einmal juristisch, geschweige denn politisch. Die Genossenanwälte sind überlastet mit den 140 Verfahren, und es finden sich zu wenig Genossen, die bei der Zusammenstellung der Vorinformationen mithelfen. **Überhaupt ist es so, daß die linken Gruppen zwar ausflippen, wenn ein organisierter Genosse wegen einer Hausbesetzung vor dem Kadi steht** – wegen einer punktuellen Intervention also, mit allenfalls beschränktem politischen Demonstrationseffekt – **daß sie sich aber einen Dreck scheren um die Prozesse, mit denen hier einer entstehenden Massenbewegung der Garaus gemacht werden soll.** Und die Sponti-Genossen: verteilen tausende Solidaritätsflugblätter, wenn einer der ihren angeklagt ist, lassen Massenprozesse aber links liegen, in denen nicht nur die individuelle Existenz dutzender proletarischer Frauen zur Verhandlung steht, sondern auch die Zukunft einer politischen Bewegung. Zwei ganze deutsche Genossen und zwei Genossinnen sind in die Frankfurter Mietstreikarbeit integriert. Der Rest begnügt sich damit, bei halbjährigen „Mieterdemonstrationen" den proletarischen Mietstreikern ein solidarisches „Rot Front" hinzuhauen und **zuzustimmen, daß er schon eine tolle Sache sei, „unser Frankfurter Mieterkampf"**: und daß er auch unbedingt in die neue Zeitung reinmuß . . . !

Wir haben aus der Prozeßwelle Konsequenzen gezogen. Totale Mietstreiks werden in Zukunft und wurden bereits in den vergangenen beiden Monaten nicht mehr proklamiert. Minimalzahlungen werden geleistet, weil wir mit den Emigranten alleine das individuelle Prozeßrisiko nicht politisch auffangen können.

Polizeiterror gegen Mieterstreiks

Bei unseren Berichten über die Bulleneinsätze gegen uns und die ausländischen Kollegen hatten wir es nie nötig zu übertreiben. Wir betonen das, weil viele, die davon hören, uns die Brutalität und vor allem die Offenheit des Polizeiterrors nicht abkaufen wollen. Denn der „liberalen" Frankfurter Polizei und der „linken" Frankfurter SPD wird all das einfach nicht zugetraut, was wir vom ersten Tag unseres ersten Mieterstreiks bis heute erleben. Ein paar Beispiele, es fängt harmlos an:

– Unsere Versammlungen. Zivile Polizeiwagen erwarten die Kollegen vor Beginn der Versammlung an ihren Häusern und verfolgen sie auf dem Weg zur Versammlung. Sie geben sich keinerlei Mühe, die Verfolgung zu verbergen. Im Heizkörper und hinter der Theke unseres Versammlungsraumes finden wir Abhörmikrophone mit Sender. Ob sie auf uns oder andere linke Gruppen oder uns alle gemeinsam gemünzt sind, wissen wir nicht.
– Mieterstreik Altkönigstraße 16. Als wir nachts mit den Türken die vermauerten Türen aufbrechen, erscheinen die Bullen mit dem Eigentümer Stieglitz. Sie ermitteln 12 Monate lang gegen Türken und Deutsche wegen „Sachbeschädigung". Bullen dringen am nächsten Tag, nach Proklamierung des Streiks in die Privaträume der Mieter ohne Durchsuchungsbefehl mit dem Eigentümer ein und reißen Plakate und Transparente weg, dies insgesamt dreimal. Wie sie sagen zur „Beweissicherung". Als Stieglitz später bewohnte Zimmer und eine Küche demolieren läßt, unternimmt die Polizei nichts.
– Baustraße 11. Hausverwalterin Schmidt demoliert mit einer Bande türkischer Schläger das Hinterhaus. Ein italienischer Kollege wird verprügelt, ein Kind mit einer Pistole bedroht. Die Bullen unternehmen trotz Aufforderung nichts. Sie kommen später, als Frau Schmidt ihrerseits behauptet, die Kollegen hätten Waffen in ihren Zimmern versteckt (!). Sie durchsuchen das Haus einfach auf Verdacht hin ohne Durchsu-



chungsbefehl, finden natürlich nichts.
– Eppsteinerstr. 44. X-mal, oft mehrmals am Tag, wird das Haus, um das es vor dem Streik immer friedlich war, nach Proklamierung des Streiks von den Bullen gestürmt. Die „Gründe", sofern überhaupt welche angegeben werden: es müsse festgestellt werden, wer in welchem Zimmer wohnt oder die Papiere eines Kollegen müßten überprüft werden (dies mit 12 bewaffneten Bullen, die anstatt durch die Tür über den Balkon in das Zimmer des Kollegen eindringen, sich den Ausweis zeigen lassen und verschwinden); oder man kommt mit drei, vier Beamten einfach mal so gucken; oder man kommt, um einen italienischen Kollegen zu warnen, er werde seine Stelle bei der Post verlieren, wenn er nicht seine Miete zahlt. Ein spanischer Kollege wurde den Bullen, obwohl er nie ausgezogen war, einfach abgemeldet und bekam dann, als er seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen wollte zu hören, daß er keinen festen Wohnsitz nachweisen könne.



– Friedrichstr. 37. Im September 71 werden nachts die Fenster im Treppenhaus von Eigentümer Gertler eingeschlagen. In derselben Nacht werden Mieter gegen ihren Willen mit den Möbeln in Lastwagen verladen und abtransportiert. Weil Gertler nicht, wie er erhofft, sofort die Abrißgenehmigung bekommt, setzt er neue Mieter in das demolierte Haus. Eine von den Hausverwaltern Cakir und Günyel gekaufte Schlägerbande haut aufmüpfige Kollegen zusammen. Bei Proklamierung des Mieterstreiks wenig später erschienen 30 Bullen. Sie verbieten das Beschriften des Abbruchhauses. Ein Kleinbus mit der Schlägerbande fährt vor. Sie riegeln das Haus ab, reißen die Transparente ab, bedrohen die Mieter im Haus und schlagen einen Genossen, der über die Mauer zu den Mietern will.
Die 30 Bullen sehen zu. Die Rundschau berichtet in großen Schlagzeilen genau das Gegenteil: „Polizei erzwingt Beratern Zugang zu den Mietern." Wir verstehen die Welt nicht mehr. Die türkischen Kinder reagieren besser als wir. Auf eigene Faust schmücken sie das Haus wieder mit den reparierten Plakaten und Transparenten. Als Presseleute kommen machen



die Kinder von sich aus Sprechchöre gegen die Bande und für die Hippies, die ihnen helfen (gemeint sind wir).
– Corneliustr. 24: der Eigentümer des besetzten Hauses ruft bei der Polizei an und behauptet, er habe erfahren, das Haus sei ein internationales Waffen- und Rauschgiftzentrum. Die Bullen glauben diesem Schwein das zugleich auch Eigentümer der Friedrichstr. 37 ist, sofort. Sie umstellen in aller Herrgottsfrühe das Haus, stürmen es mit MP's, MG's und kugelsicheren Westen, finden natürlich nichts.
– Brühlstr. 2: 25 DM pro qm werden von dem Hauseigentümer Hechler für elende Dreckslöcher erpreßt. Strafanzeigen der Mieter werden vom zuständigen Polizeirevier in der Nordweststr. nicht angenommen. Als ein Genosse Strafanzeige wegen Nötigung und Körperverletzung stellen will, sagt ihm der Reviebeamte: „Das interessiert uns nicht". Der gleiche Genosse wird, als er zu den Mietern zurückgeht, um zu berichten, von zwei Bullen vor dem Haus festgenommen, mit der Begründung: er wiegle die Mieter gegen den Hauseigentümer auf. Die Bullen drohen ihm die Fresse einzuschlagen. Am nächsten Tag, es klingt wie aus dem Krimi geklaut, werden zwei Genossen und eine Genossin vom Hauseigentümer mit drei Karabinern und einer MP aus dem Haus vertrieben. Die Presse, von uns informiert, ist ganz geil auf den Skandal. Die Bullen sind zum ersten Mal gezwungen, etwas gegen den Hechler zu tun. Sie durchsuchen einen Tag später (!) die Wohnung des Eigentümers und finden tatsächlich Waffen.
Monate später holt das Wohnungsamt zum werbewirksamen Schlag aus. Es verhängt 4000 DM Bußgeld gegen Hechler und fordert weitere 140 000 DM erwucherte Mietbeträge zurück. **Wohin zurück?** Nicht an die Mieter, sondern in die Stadtkasse. Die Presse spielt verrückt. BILD berichtet in Serie über das soziale Engagement der Stadt. Nirgendwo ein Wort über die Mietstreiker, die die Stadt mit ihren Aktionen erst zum Eingreifen gezwungen haben. Neue eingezogene Mieter zahlen verschüchtert bis heute die alten Wucherpreise, und die Stadt tut nichts dagegen. Sie sahnt vom Hauseigentümer die Bußgeld-Prämien ab. Es kommt noch dicker. Die Ausländerpolizei droht einem türkischen Mietstreiker und seiner Frau mit Ausweisung. Die Begründung ist grotesk: die beiden wohnen in einem allzu schäbigen Zimmer in der Brühlstraße und könnten deshalb keinen ordnungsgemäßen Wohnsitz nachweisen! ! ! !
– Elbestr. 36: Ein Musterfall, der es lohnt, genauer dargestellt zu werden. Nichts, gar nichts von der hier dargestellten Ge-



schichte der Zerschlagung eines Mieterstreiks ist übertrieben oder verfälscht.
Hauseigentümer Höhrmann kassierte in den vier vermieteten Etagen 500 DM pro mittelgroßes Zimmer. Wer von den türkischen, jugoslawischen oder griechischen Kollegen in der Vergangenheit aufgemuckt hat, wurde in Selbstjustizverfahren auf die Straße gesetzt. Seine Habe wurde einbehalten. 18.3.71: mehrere Hausbewohner und zwei bürgerliche Rechtsanwälte erstatten gegen die Sau Hörmann Strafanzeige wegen Mietwuchers. August 71. Das mit den Ermittlungen beauftragte Wohnungsamt schließt nach 5-monatiger Untersuchung, „Untersuchung" (wir haben dafür eine halbe Stunde gebraucht) das Mietschätzungsverfahren ab. Ergebnis: die Mieten sind 10fach überhöht.
4.6.72. Die Akte Hörmann ruht. Die Kollegen werden weiter ausgebeutet, bedroht, verjagt. Wir diskutieren mit ihnen. Am Abend erscheint Hörmann mit zwei Bullen, die auf sein Verlangen einen türkischen Genossen in den Privatzimmern der Kollegen gegen deren Proteste wegen „Hausfriedensbruch" festnehmen.
5.6.72. Der Genosse besucht die Kollegen wieder. Wieder erscheinen Bullen. Wieder wollen sie den Genossen festneh-

men. Die türkischen Mieter protestieren, die Bullen verschwinden.

6.6.72. Wir erstatten erneut Strafanzeige gegen Hörmann wegen Mietwuchers, zusätzlich wegen Nötigung und schweren Diebstahls. Wir fordern die Kripo schriftlich und mündlich auf, die Mietakten Hörmann zu beschlagnahmen, da sich dort nachweislich Beweismaterial befindet. Die Kripo lehnt ab.

7.6.72. Die Mieter haben bis zu diesem Tag die Wuchermieten gezahlt. Jetzt proklamieren sie den Mieterstreik. 15 Monate haben sie vergeblich auf die Hilfe des „fortschrittlichen" Wohnungsamtes gewartet. Beim Anbringen der Transparente werden die Kollegen und Genossen auf Anweisung des Polizeioberkommissars Bernhard von Bullen, die sich als Presseleute ausgeben, photographiert.

11.6.72. Hörmann ruft die Bullen an und behauptet, die Kollegen hätten Waffen gelagert. Bullen durchsuchen ohne Durchsuchungsbefehl an mehreren Tagen hintereinander verschiedene Zimmer.

30.6.72. Oberkommissar Bernhard begründet in einem Schreiben an uns den Einsatz von Polizeifotographen bei Proklamierung des Streiks mit der Behauptung, bei Mieterstreiks seien strafbare Handlungen nicht ausgeschlossen und es müßte deshalb „vorbeugend Beweis erhoben werden"(sprich: Fotoakten der Kollegen angelegt werden).

27.7.72. Hörmann tritt mitten in der Nacht mit zwei Männern die Tür eines Kollegen ein. Die herbeigerufenen beiden Bullen lassen sich von Hörmann irgendwas unterschreiben und verschwinden wieder.

18.8.72. Bis zu diesem Tag weitere Repressalien Hörmanns gegen die Kollegen. Die Polizei und Ordnungsbehörde erteilt telefonisch die Auskunft, das Ermittlungsverfahren gegen Hörmann werde „wahrscheinlich von der Staatsanwaltschaft eingestellt." Mittags Pressekonferenz im Haus. Anschließend ein vergeblicher Versuch, gegen Hörmann wegen einer neuen Schweinerei beim 4. Revier Strafanzeige zu stellen. Oberkommissar Bernhard ist zur Entgegennahme der Anzeigen – es treibt einem das Wasser in die Augen, wenn man's hört – nur unter der Bedingung bereit, daß der Genosse vorher mit einem Streifenwagen und zwei Beamten mitfährt und Hörmann die Beschuldigung als wahr zugibt! ! ! Bernhard wird von uns schriftlich zur Begründung aufgefordert. Eine Antwort bleibt bis heute aus.

November 72

Hörmann treibt mit Gewalt einen Mieter nach dem anderen aus dem Haus. Seine Methode: er bietet einzelnen Mietern 500 DM Abfindung an und setzt ihnen zur Annahme eine Frist von wenigen Stunden. Haben die Kollegen dann nicht akzeptiert, fliegen sie raus. Bis Anfang November sind alle Kollegen bis auf sieben Türken und eine Deutsche vertrieben. Mit diesem Rest macht Hörmann kurzen Prozeß. Zwei nicht identifizierbare Bullen in Uniform erscheinen und setzen die



Kollegen innerhalb einer Viertelstunde auf die Straße. Zwei Tage später ist ein Puff im Haus eingerichtet. Die deutsche Kollegin, von Beruf Putzfrau bei der Frankfurter Rundschau, informiert die Lokalredaktion von den Vorfällen. Es wird nichts berichtet von dem Polizeieinsatz, lediglich die zynische Bemerkung ist zu lesen, daß die Einrichtung des Puffs unzulässig sei, daß die Maßnahme aber der kommunalen Bemühung entspreche, die Prostitution auf das Bahnhofsviertel zu beschränken. Kein Wort von der Zerschlagung des Mieterstreiks.

Der Polizeipräsident flippt aus

In zwei Dokumentationen haben wir Ende Juli 72 der Presse den Polizeiterror darzustellen versucht. Die Rundschau berichtet auch fair darüber, die anderen Zeitungen geben einige unserer Behauptungen wieder. Polizeipräsident Müller wird nervös. Er macht eine lange Gegendokumentation und stellt sie der Presse in einer Pressekonferenz vor. Dort blamiert er sich bis auf die Knochen: Als ein Genosse Fragen zu Einzelpunkten stellt, verliert Müller die Nerven. Er schreit, droht dem Genossen, der als Vertreter einer Studentenzeitung erschienen war, mit Prügel und Rausschmiß. Beschwerden der Mietstreiker gegen „seine Beamten" werde er, sagt das Schwein, in Zukunft grundsätzlich nicht mehr auf ihre Berechtigung überprüfen lassen, „weil die doch alle lügen". Die liberalen Presse-Rundfunk- und Fernsehleute sind empört, aber: sie behalten die Sache für sich. Nichts wird veröffentlicht. Erst als wir gegen Müller eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen, berichtet die Rundschau, was wir darin dem Polizeichef vorwerfen. Bis heute, 6 Monate danach, ist auf unsere Dienstaufsichtsbeschwerde keine Reaktion erfolgt. Die Sache verläuft im Sand.

Der Polizeiterror geht aber weiter. Strafanzeigen von uns und den Kollegen in den Mietstreikhäusern werden systematisch nicht entgegengenommen. Kein Mieterstreik wird proklamiert, ohne daß Bullen haufenweise anrücken (vorige Woche in der Bergerstraße 252 waren es 80, mit Helmen und Knüppeln). Wir bieten der Presse x-mal an, alle unsere Behauptungen durch Zeugenbefragung in den Mietstreikhäusern Punkt für Punkt nachzuprüfen; keine Reaktion, nichts wird berichtet. Die FAZ lapidar: „Der Häuserrat weiß, daß er es mit einer demokratischen Polizei zu tun hat, und er sollte endlich von seinen Angriffen ablassen."

Unser Gegeninformationssystem klappt nicht. Die meisten Sauereien werden nicht bekannt, weil wir die Informationsvorbereitung allein nicht leisten können. Die Genossen in den von Studenten besetzten Häusern verhalten sich passiv, sie kümmern sich um nichts. Ein paar von ihnen haben sich jetzt zusammengetan. Sie wollen im Stadtteil arbeiten, und sie haben angefangen, Wandzeitungen mit Kurzinformationen zu verbreiten. Vielleicht diskutieren die Genossen in den anderen Sponti-Gruppen, ob sie nicht doch kontinuierlicher, systematischer in die Emigrantenarbeit in Frankfurt einsteigen?

Der Artikel wird fortgesetzt: Unser Konflikt mit der Unione Inquilini. Warum klappt es bei den Türken mit der Organisierung nicht? Das Verhältnis von Miet- und Betriebsarbeit. Die Isolierung der Emigrantenbewegung . . .

(Die Genossen vom Häuserrat bereiten für eines der nächsten Wochenenden ein gemeinsames Plenum mit dem RK vor.)

(HÄUSERRAT Ffm)

Kontaktadresse: Günther Wagner
6 Frankfurt
Corneliusstr.24
Tel.: 74 85 59



HAUSBESETZER ERZÄHLEN:

– WIR WOLLEN ALLES, vogliamo tutto.
– geben sie uns denn alles?
– dahin wollen wir kommen, es kann zwar sein, daß sie es uns nicht geben, dann nehmen wirs uns eben.
– wir sagen: wollen
– wir sagen: wir wollen alles, und so bieten sie uns was an, und wir nehmen es . . .
– für den moment wollen wir eine wohnung . . . dann wollen wir die fabrik. . .
– sie sind als große lehrer, als große intellektuelle schlau, wir hingegen als kleine. diese (er zeigt die stirn) kann denken, obwohl er nicht studiert hat.
– in der zeitung können wir auch die große spekulation bringen, die heute in europa herrscht, wie Gaetano denkt; die amerikaner geben 1,2 milliarden in deutsche banken, um dann 2,4 milliarden dollar herauszuholen; dies ist wirklich große spekulation! diese sachen können wir in der zeitung bringen, aber wer versteht sie denn schon?
– der kampf um das haus hat vor einem jahr angefangen. im märz ist der hausherr gekommen und wollte das geld, aber wir haben ihm gesagt: entweder du haust ab, oder wir zerschlagen die deine hörner. ich habe ihn und seine tochter rausgeworfen. raus, habe ich gesagt, du kriegts kein geld.
– ich brauche mein geld . . .
– kein geld, ah ah ah . . .
– miete zahlen . . . und er hatte eine stimme wie eine ziege. keine miete zahlen. weg! sofort!
– wir haben den kampf angefangen, weil dieser schweinehund . .
– nein ciccio, das ist nicht so wichtig, erzähle vom kampf.
– ich muß sie beim namen nennen, was kann ich denn machen?
– im november spürte man die ersten anzeichen für den kampf!



– im november ist der erste kündigungsbrief angekommen.
– aber am ende des monats ist er wie immer gekommen und hat sich das geld geholt, nicht? und er hat uns immer gedroht.
– dann im dezember . . .
– wir haben gegen den hausherrn bis ein uhr nachts gekämpft; er hat uns gesagt: ich will das doppelte, und zehn mark mehr pro person.
– am 15. dezember hat er sich das geld geholt. am 16. ist der briefträger mit dem kündigungsbrief gekommen. wir sind zum caritasverband gegangen, die haben uns zu w. (ein rechtsanwalt) geschickt, der hat dem hausherrn einen brief geschickt, in dem stand, daß er nicht kündigen dürfte, aber daß er jederzeit erhöhte miete fordern konnte und daß er die ledigen rausschicken durfte. W. hat für diesen brief 334 DM von uns verlangt, von C. 150 DM usw. dann hat der hausherr jeden monat dasselbe gemacht: am 15. das geld geholt, am 16. den kündigungsbrief geschickt.
– er nahm sich das geld, gab es in die tasche und sagte: wann haut ihr denn ab?
– vorher hatte er eine erhöhung und eine zweite kaution verlangt. und 10 mark pro person.
– er sagte: entweder ihr bezahlt was ich, der mafioso, verlange, oder . . . er steckte die monatsmiete ein und drohte uns rauszuwerfen, wenn wir die mietserhöhung oder die kaution nicht zahlten, die dieser schweinehund von uns verlangte. wir mußten gas und strom von uns aus bezahlen und das war schon eine gemeinheit.

und der armleuchter von L. hat sich wie ein feigling, ein verräter benommen, wie es viele gibt, wie jene die jesus christi verraten haben, judas, er ist wie judas gewesen, nicht? der herr L. hat uns verraten wie er jesus verraten hätte, nachdem er vom kampf aller genossen profitiert hatte. wir haben das lied gemacht: o turiddu come un giuda tu te venisti non sapemmu se fu paura, o ricattu de lu padruni.

aber C. . . war auch da, ein echter genosse, militant, nicht ein hosenscheisser wie wir. er hat die tochter vom hausherrn gepackt und pam! ich weiß gar nicht wo ihr kopf gelandet ist.



– er wurde angezeigt.
– und die anzeige hat er erhalten, als ich erfuhr, daß die gute hausbesitzertochter das geld der kirche schenken wollte. wie ich kirche gehört habe, ich ein revolutionärer genosse, aber in einem gewissen maße glaube ich an . . . bo, was weiß ich? da bin ich zu diesem pfaffen gelaufen, aber er war nicht da. ich bin also dann zur katholischen mission gegangen und habe den padre Gianni alles erzählt. würden sie z.b. glauben, habe ich ihm gesagt, daß ein familienvater mit vielen kindern da unten in italien, würden sie also erlauben, daß er seine kinder verläßt, um die wünsche dieser gnädigen frau zu bezahlen? die gnädige frau will unser geld der kirche, und das geld unserer kinder den waisen schenken.
das darf nicht sein, hat der padre gesagt.
in wirklichkeit will die kirche die arbeiter gegen die arbeiter aufhetzen. wenn morgen die kirche dieses angebot annehmen würde, . . . dann sagen wir . . . wenn du das angebot von diesen hinterhältigen typen, von denen ich dir erzählt habe annimmst . .. und siehe da, da hat die kirche auch angst gekriegt be, die kirche . . . ? die vertreter der kirche. die dreihundert mark, vereehrte gnädige frau, sind schon bezahlt.

und dieses scheißweib, weißt du was sie gemacht hat? in anbetracht der tatsache, daß ihr C. einen ganz schönen schlag versetzt hat, einen von denen die mindestens hundert kilo wiegen, daß der kopf . . . aber diese gute dame hatte sich nicht wie ein mensch benommen. da wir ganz genau wissen, daß man genaue unterlagen braucht, wenn man einen prozeß macht, dieses und jenes, die photos haben wir gedacht, als unwissende arbeiter, gastarbeiter, haben wir gedacht, wir fotographieren das, was uns als beweis dienen kann, nicht? aber hier gibts ein anderes gesetz, die sind nicht wir, hier haben sie ein gesetz für sich gemacht . . . und wir haben ein lied gemacht . . . in dem heißt es, daß sich die richter, die anwälte ein gesetz so unter sich ausgemacht haben, und so haben sie gewonnen. ein beweis, daß sie sich alle die hand geben ist, was der hausherr gesagt hat, als wir ihm einmal gedroht haben, zur polizei zu gehen, anzeige gegen seine wuchermieten zu erstatten. er hat gelacht ah! ah! ah! und gesagt: das gesetz mache ich mit meinen händen, so hat er uns gesagt. in italien hingegen wäre das anders gelaufen, wenn man die beweise liefert.
– nein, in italien ist das ganz genau so.

– aber nein, wenn ich es dir sage, wer schuld hat zahlt, wenn du die beweise bringst.
– wenn es sich um arbeiter und bonzen handelt, dann nicht . . .
– schau mal, Valpreda ist drei jahre im gefängnis gesessen . . . ohne beweise.
– verzeih, wenn ich dich unterbreche, nicht um Valpreda zu beleidigen, der ein ausgezeichneter genosse ist, aber da es sich da um politik handelt, ist das eine ganz andere geschichte.
– aber hier handelt es sich doch auch um politik.
– ich weiß schon, daß das politik ist, kapiert man schon, weil dem valpreda der hals umgedreht wird, wie einem hühnchen. . . . paßt auf kapitalisten, wir drehen euch den hals um . . . aber was wir gemacht haben war doch nicht so erklärt, so offen. wir wollen ja verhandeln, aber die anderen nicht. sie haben uns offen gesagt: ihr seid revolutionäre. ich weiß nicht, ob ihr mich versteht.
– offen muß die revolution gemacht werden, und nicht versteckt.
– nein, erst wenn der moment gekommen ist.
– du bist von denen, die angst haben.
– wer hat keine angst?
– auf jeden fall, um auf den springenden punkt zu kommen: wenn dieser brutale typ von hausbesitzer uns nicht an die wand gespielt hätte, wie jesus ans kreuz genagelt worden ist, dann würden wir dem noch heute seine profite bezahlen, wenn die wohnung auch sowieso überbezahlt war, denn es gibt, glaub ich wenigstens, in frankfurt keine wohnung die 832 DM kostet, und so miserabel wie das hier ist, ist die wohnung sowieso nicht mehr als 270 DM wert. wenn uns dieses schwein von hausherr, oder seiner tochter, oder diese verdammte hausbesitzerin vier alte vergammelte möbelstücke voller wanzen reingestellt hat . . . hat sie das möbliertes zimmer, möblierte wohnung, hat sie gesagt . . .
– ich erzähle mein ereignis mit dem hausherrn, die anderen können das ihrige erzählen. jeder erzählt das seine.
ich war der neue hier, und als neuer kannte ich den hausherrn und seine tochter nicht. ich war also zuhause in meinem zimmer, wo jetzt Luigi wohnt und schrieb oder aß gerade. die tür war abgeschlossen, plötzlich aber stand eine person vor mir, ein älterer mann, groß, mit grauen haaren, boh! möchten sie was? ich bin der herr, ich bin der chef dieses hauses. der hausherr? gehen sie bitte, gehen sie bitte raus. zuerst habe ich bitte gesagt, aber er fing an sich aufzuregen. RAUS!! und zog ihn beim arm raus. wenn man zu mir nach hause kommt, dann muß man als erstes anklopfen, und wenn ich ja sage, kann man eintreten oder sonst wartet man drei stunden wenn ich nicht antworte. da ist dieser hinausgegangen und hat ange-



klopft. wer ist da, habe ich gesagt. ich bin der hausherr. was ist denn? das geld will ich. das geld hat mein cousin, er zahlt alles und noch ist nicht monatsende und er soll nicht am 28. oder am 29. vorbeikommen, sondern am 31. nicht?
so ist er abgehauen, das war das erste mal, daß ich den Hausherrn gesehen habe. so hat er es mit mir gemacht, weil er vielleicht ein wenig angst hatte. weißt du was er unten gemacht hat: er ging sogar in die küche.
– in meine küche ist er öfters gekommen . . .
– er ging in die küche und guckte in die töpfe um zu sehen, was wir kochen
– wie öft hat er die töpfe aufgemacht und hat gesagt . . . guck mal hier, ihr eßt sehr gut, und verbraucht viel gas und strom.



mit einem kleinen stück aßen wir zu kriegszeiten 6 mann, jeder von euch kriegt hingegen ein stück.
– ihr konsumiert zu viel sagte er immer
– ja, wie oft hat er uns die töpfe aufgemacht.
wenn mein mann schlief, oder meine tochter nackt war, schlich er sich bei der tür rein. anklopfen? nein, dann fing er an rumzugehen von einem zimmer zum anderen, ins bad und in die toilette.
– das habt ihr ihm erlaubt, wenn ihr es ihm nicht erlaubt hättet . . .
– das erste mal habe ich mir gedacht, vielleicht ist das hier so. das zweite mal habe ich gesagt: RAUS! und wenn du reinkommen willst mußt du zuerst anklopfen, dann um erlaubnis bitten und dann eintreten.
– was „um erlaubnis bitten?" man muß den einfach nicht reinlassen.
– wenn er einen ofen nachgucken muß soll erst mal anklopfen und nicht einfach reingehen und sehen wer schläft und wer wach ist, wer da ist und wer nicht da ist.
– in diesem zusammenhang wäre auch die geschichte mit den wanzen zu erwähnen.
– vor etlicher zeit
– vor etlicher zeit, arbeitete ich abends schwarz: ich hatte also zwei stellen. abends bin ich dann immer erst gegen eins oder zwei uhr nachts nach hause gekommen.
vor dem schlafengehen bin ich immer in das zimmer meines cousins rein, weil er sehr unruhig schlief: er hätte sich erkälten können, nicht? und ich ging um ihn wieder zuzudecken. eines abends habe ich sie gesehen, aber nicht darauf aufgepaßt. am folgenden morgen: einige blutflecken auf den laken, eher blutstreifen, nicht? ich hatte solche sachen nie gesehen, nicht? nannaggia, was ist denn das?
eines abends komme ich ins kleine zimmer meines cousins rein, der war wirklich . . . da war der schlupfwinkel! da war wirklich der sitz! das licht war aus: ich mache es an: sie wollten alle weglaufen. mein cousin: voll. das gesicht voll. der körper voll. man konnte das gesicht meines cousins nicht mehr sehen.



schweinehunde. er ist langsam aufgewacht, und dabei machte er so mit den händen. sie rannten hin und her. sie liefen. unglaubliche dinge!
mein cousin schlief dann auf dem boden, weil er im bett unmöglich schlafen konnte, er hatte angst . . . nicht gerade Angst, aber doch den eindruck, daß sie noch auf ihm krochen, nicht?
– aber auf dem boden waren sie auch . . .
– von da aus haben sie sich ins andere haus übertragen, und bis hier her. das haben wir dem hausherrn gesagt und darauf hat er uns geantwortet:



– als ich im april aus italien zurückgekehrt bin, fand ich das bett wo Assuntina schlief voller wanzen. ich habe das bett genommen und rausgehauen! der fußboden unter dem teppich war voll, aus dem tisch kamen sie raus. ich habe das linoleum hochgehoben und fand da tausende von nestern. ich habe das linoleum aus dem fenster geworfen um es dann in den mülleimer zu geben.
– es ist gerade auf den hausherrn gefallen. er hat die polizei geholt, die polizei kam. wer hat das zeug da rausgeworfen? ICH! und warum? weil es voller wanzen ist! dann sind sie nach oben gegangen um da nachzusehen. den hausherrn haben wir nicht in die wohnung gelassen. die polizei guckte und guckte, und tatsächlich alles war voller wanzen. dann haben sie sich das bett unten nochmal angeschaut ... so machten die polizisten (und zeigt die polizisten, die die wanzen von den hosen wegschütteln): alles war voller nester! da haben sie den hausherrn wirklich angeschnautzt!
– viele genossen waren da! als er gesagt hat: ich hole die polizei, wir haben die genossen angerufen, und unseren rechtsanwalt und genossen wolfgang ... wir sind sehr gute genossen aber man braucht auch ihre hilfe. wenn sie nicht wären ...
– am zweiten tag hat die polizei desinfiziert und er hat bezahlt.
– und jetzt sind die wanzen mit den möbeln des Hausherrn verschwunden.
– ein zweites mal haben wir die polizei gesehen, wie C. die tochter des hausherrn geohrfeigt hat. wie die wanzen über uns hinwegkamen, haben wir die alten möbel weggeworfen, und angefangen alles zu fotografieren. die tochter des Hausherrn wollte nicht, daß wir fotografieren und hat C. den fotoapparat auf den boden geworfen. er hat zuerst den apparat aufgehoben, dann ihr eine geohrfeigt. die ohrfeige haben wir oben auch gut gehört. sie hat angefangen zu heulen, ich hole die polizei, ich hole die polizei. die polizei kam, sie hat aber keine anzeige gemacht, das war das zweite mal daß wir die polizei gesehen haben. dann öfters.
– welches war der augenblickliche grund des streiks?
– der augenblickliche grund des streiks war, daß ich seit drei jahren, die anderen seit 7 jahren 832 DM bezahlten. dieser ist im Dezember 1971 gekommen: ihr müßt eine zweite kaution bezahlen. eine erste kaution hatte er schon von uns verlangt. ich glaube nicht daß es in deutschland eine zweite kaution gibt.
– ... eine erste, eine zweite, eine dritte kaution ...
– und dann noch die summe von 832 DM auf 912 DM erhöhen.
– 1.000,– DM wollte dieser typ noch verlangen.
– wir zahlten vorher schon zuviel, er hat dann nochmals die Miete erhöht. genug! haben wir gesagt. wir sind zum „caritasverbrannt", und der meinte, daß für die verheirateten die sache so weitergehen durfte, für die ledigen es aber keinen Ausweg gab: sie müssen raus. in 15, oder besser 14 tagen müßt ihr alle draußen sein. wie, die werfen uns raus? So haben wir dann erfahren, daß es eine „unione inquilini" gibt.
– wie habt ihr denn erfahren?
– durch ein flugblatt.
– wir haben erfahren daß sich die „unione inquilini" mit problemen, das die häuser angeht beschäftigt. dann sind Gaetano und cousin Vincenzo dorthingegangen.
– und es kam die kündigung für den 14. februar.
– und deshalb haben wir auch das lied geschrieben.
– also haben wir uns zusammen mit der „unione inquilini" organisiert, oder besser gesagt haben sie uns organisiert, indem sie uns gesagt haben was zu tun sei und außerdem haben sie uns die genossen von „lotta continua" vorgestellt.
– Lotta continua wurde uns am 4. märz vorgestellt ...
– ... bei der demonstration. und vorher als wir die spruchbänder und das flugblatt gemacht haben, waren Sergio, Lorenzo, Wolfgang und Gisela, die deutsche genossen da.
– wir müssen den deutschen genossen dankbar sein. die genossen der „unione inquilini" und die genossen von lotta continua sind zwar fähig, aber ohne die deutschen genossen hätten wir es nicht geschafft ... Sergio und Z. möchten viele genossen die proletarier sind von uns trennen, und deshalb sind sie **Scheiße**. sie sind **Stronzi!** und ich habe Z. gesagt, daß er ein Scheißkerl ist, und daß es uns nicht darum geht euch (S. und Z.) zu berücksichtigen, sondern die **Masse**, die aus den deutschen proletariern, den proletariern von lotta continua, den proletariern besteht, die die masse wirklich vereinigen wollen, nicht euch ...
– die hausgewerkschaft! (allgemeines gelächter)
– am 4. märz haben wir demonstriert.
– kam erst die polizei auch noch, weil die transparente aus dem fenster ausgehängt wurden. da kam auch noch eine gerichtsverhandlung wo wir gezwungen wurden die transparente wieder runterzumachen. aber da waren viele genossen und dann zusammen mit allen hier aus dem haus haben viele flugblätter verteilt in der nachbarschaft, mit den leuten gesprochen, und waren wahnsinnig viele leute in der U-bahn, überall, haben mit vielen leuten gesprochen über den mietstreik, weil es war der erste mietstreik der so offen als aktion verkündigt wurde. da kam sofort die polizei an, und wollte den Wolfgang und mich mitnehmen, festnehmen. wurden personalien aufgeschrieben, und alle. Und dann unten die cappelliera von hutgeschäft, die hat sich sofort mit dem hausbesitzer solidarisiert, und hat hochgesprungen um die transparente runter-



zureissen. und dann haben wir uns hier zusammengesetzt und diskutiert. und dann ist das erste lied auch gemacht worden gleich, mit dem la cappelliera ...
– ... „che rompe le scatole sera e mattina".
– singen wir es, singen wir la cappelliera!!!
– wir haben dann in einer hausvollversammlung darüber diskutiert und die genossen von der eschersheimer meinten, daß dieser streik nicht nur auf ein transparent beschränken sollte, sondern wir sollten auch eine demonstration machen. die genossen von lotta continua, die zu der zeit in den wohnheimen von opel arbeit leisteten, sprachen dann mit italienischen und spanischen genossen über den mietstreik. alle zusammen haben wir dann eine demonstration von der hauptwache ausgehend in die eschersheimer gemacht. wir wollten anschließend auch in die baustraße gehen, weil man da auch schon vom mietstreik sprach und ihn machen wollte, aber die polizei hat uns nicht durchgelassen.
– wir sind also dann direkt hierher und haben eine kundgebung gemacht, und vom fenster geredet, nicht? mit vielen demonstranten. sehr viele ausländer und sehr viele studenten waren da.
– auch wenn im allgemeinen die polizei auf der seite der Unternehmer steht, gibt es unglücklicherweise auch proletarier, die diese arbeit machen müssen.
– aber unter den polizisten gibt es sicher leute, die dies nur machen, weil sie keine lust zu arbeiten haben ...
– nicht weil sie keine lust haben, sondern weil sie gezwungen werden ...
– wie was gezwungen werden?
– gezwungen werden!
– erzähl mal, was dir damals der polizist da unten gesagt hat ...
– er sagte: was würdest du an meiner Stelle machen? als ich darauf antwortete, daß ich die uniform runterreißen und wegwerfen würde, sagte er, er überlege sich das schon seit fünf Jahren.
– fünf Jahren sind ein wenig viel ...
– das habe ich mir auch gedacht.

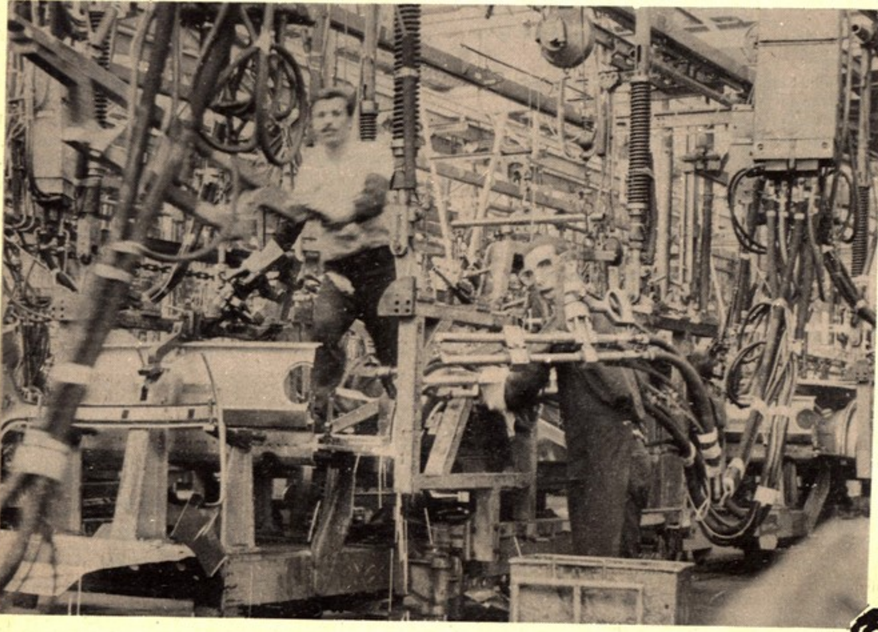
(LOTTA)

(fortsetzung in der nächsten nummer)

Wir wollen leben!

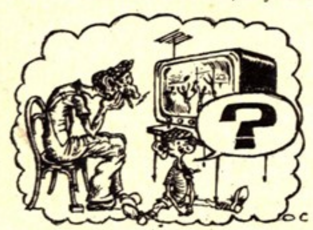
Wir wollen leben
Regionsarbeit in München-Nord

„Akkord ist Mord“ – das ist unsere Parole seitdem wir Betriebsarbeit machen. Alle stimmen dieser Parole zu, außer den Meistern und Arschkriechern. Früher, wenn die Genossen nach der Schicht mit Leuten aus ihren Abteilungen im „Lustigen Bauern“ zusammensaßen, sagten sie wieder „Akkord ist Mord“ und „wir müssen was gegen die Meister machen“. Die Genossen, die nicht im Betrieb sind, sagten natürlich auch „Akkord ist Mord“. Alle waren sich also einig. Schön. Dann gingen alle heim. Die Studenten in ihre Kommunen, die Arbeiter ins Wohnheim oder zu ihren Familien. Aber irgendwas lag da schief bei dieser Art von Diskussion. Die Arbeiter sind nicht nur Teil der Maschine. Ihre Probleme liegen nicht nur in der Fabrik. Ihr ganzes Leben ist ein Problem.



Erst die Arbeit, dann das „Vergnügen“

Wie die Arbeit aussieht wissen wir: Hetze, Befehle, Dreck, Lärm . . . . Man ist froh wenn sie rum ist und im Vergleich dazu erscheint die Welt draußen wie ein Paradies. Während man sich schindet, träumt man von diesem „Paradies“. Es gibt welche, die, wenn man sie fragt, ob ihnen die Arbeit Spaß macht, Ja sagen. Doch wenn man ein bißchen nachfragt merken sie selber, daß sie eigentlich den Farbfernseher meinen, den sie sich vielleicht davon leisten können. Vielleicht eine Karte fürs Fußballspiel. Vielleicht ein paar Freunde, mit denen sie stundenlang in Kneipen rumhocken, Bier saufen, kartenspielen. Vielleicht ein Schuppen in Schwabing, wo die Musik so laut ist, daß man nicht einmal eine Frau anquatschen kann. Vielleicht eine Familie, die jeden Abend



mit dir zusammen vorm Fernseher einschläft. Vielleicht ein Autokino . . . . . Das sind die „Zuckerstückchen“, die einem die Kapitalisten hinschmeißen, damit man jeden Tag wieder brav in die Arbeit rennt. Sie haben unser Leben und uns alle untereinander fein säuberlich auseinandergetrennt. Hier Arbeit, da Konsum, hier Wohnen, da Freizeit und jeder möglichst für sich allein. Verläßt du die Fabrik, schluckt dich ein Meer von Waren, die du nicht erreichen kannst, ein Meer von Werbung und Vergnügungen. Du kannst ihnen allein nicht entrinnen. Sie sollen dich die Scheißarbeit vergessen lassen und dir die Illusion von Freiheit vorgaukeln. Dabei wirst du von dem ganzen Zeug bestimmt, wie von deinem Meister in der Arbeit. Du gestaltest nicht deine Freizeit, sondern wirst von ihr immer wieder zu einem „gutgelaunten“ Arbeitstier gestaltet. Du wirst beschäftigt, um nicht über deine Lage nachzudenken. Du wirst isoliert, um nicht mit anderen deine Lage zu bekämpfen.



Weniger Arbeit – mehr Lohn

In der letzten Tarifrunde brachten die Arbeiter diesen Lebenszusammenhang selbst am klarsten zum Ausdruck. Sie sagten: „Wir finden dieses Spiel beschissen. Was man uns mehr an Lohn gibt, knöpft man uns in den Läden wieder ab. Und außerdem müssen wir jede Lohnerhöhungen noch einmal bezahlen, nämlich bei der Arbeit. Man holt immer mehr aus uns raus.“

Die Antwort auf das Tarifrundentheater muß also doppelt sein. Sie heißt: **Weniger Arbeit – mehr Lohn!**

Weniger Arbeit: das bedeutet, daß in manchen Abteilungen der BMW am Freitag die Meister rumgehen und jeden fragen „du kommst doch morgen zur Sonderschicht!!?“ Die Antwort ist jetzt oft, vor allem von den Deutschen „ihr spinnt ja. Ich ruh mich aus.“

BMW hat inzwischen eine Untersuchungskommission eingerichtet, weil sie wissen will, warum so viel Ausschuß produziert wird. Die Arbeiter wissen es: sie schlampen wo sie können. Sie lassen auch mal Wägen durch. Und manche schmeißen Eisenstücke ins Band, damit es endlich mal steht. Im letzten Jahr haben wir eine Kampane für „20 Minuten bezahlte Pause“ geführt. Offiziell durchgesetzt wurde diese Forderung nie. Aber die Arbeiter versuchen, sich ihre Pause selbst zu nehmen.



Weniger Arbeit heißt auch, daß die miesesten Antreiber angegriffen werden. Es wurden schon die Hauswände eines Betriebsrats angemalt und es wird nicht mehr lange dauern, daß Spitzel oder bestimmte Vorarbeiter wörtlich die Schnauze voll bekommen. Klar ist, daß jeder gesparte Handschlag indirekt



ein Kampf für mehr Lohn ist. Denn je mehr und je schneller wir arbeiten, desto weniger verdienen wir.

Kampf für mehr Lohn heißt auch Kampf gegen die Preise, Mieten, Verkehrstarife. Vor den Supermärkten in der Region machen wir Informationsstände und Interviews. Die Hausfrauen sind sauer.

„Ich will euch was sagen: ich habe 150 Mark Haushaltsgeld die Woche, und da komm ich nicht aus. Und da muß ich



noch Bier und Limonade kaufen, einen Kasten jede Woche. Da komm ich nicht aus. Da muß ich selber was dazu verdienen und zuschustern. „Arbeiten Sie da im Supermarkt?“

„Ja, und dann kommt gleich das Finanzamt und nimmt einem die Hälfte wieder ab. Ja und das mit dem Geld, das finden sie in jeder Familie, die kommen alle nicht hin. Also ich komm nicht aus mit meinem Haushaltsgeld, das gebe ich zu.“

„Was sagen Sie dazu, wenn man Lebensmittel klaut da drin?“

„Ich hab nix gesehen und ich weiß nix.“

„Man müßte einen Fleischboykott machen. Eine Woche lang darf keiner Rindfleisch kaufen. Was meinen'S wie die da drauf hocken bleiben.“

„Absperren müßt man den Supermarkt, dann müssens ihr Zeug selber fressen. – Mit datns schon aushalten, drei Tag, a jeder hat doch an Speck.“

„Laden stürmen und ausräumen!“

„Zwischenhändler san schuld, die brauch ma net.“

Vorschläge gibt es realistische und unrealistische. Nichts essen, Boykott, roter Markt. Eine Aktion steht noch nicht bevor. Aber es liegt an uns, diese Vorschläge weiterzuentwickeln und weiterzuverbreiten.

Herstellung und Verlag der Zeitung:
Politladen GmbH, Erlangen

Wohnheim=Gefängnis

Folgendes Flugblatt schrieb ein junger Arbeiter, der im Wohnheim leben muß:

„Ich zum Beispiel hocke nach Arbeitsschluß regelmäßig in der Kneipe herum, spiele mit Kollegen Karten und zische ein Bier nach dem anderen. Schon während der Arbeit habe ich meine fünf Halbe getrunken. Inzwischen habe ich einen ausgewachsenen Leberschaden. Der Lohn geht dabei weg wie nichts. Wenn ich am Wochenende nach Hause fahre, werden mir die Eltern wieder was zuschießen müssen. Ins Wohnheim gehe ich so spät wie möglich – und dann auch nur zum

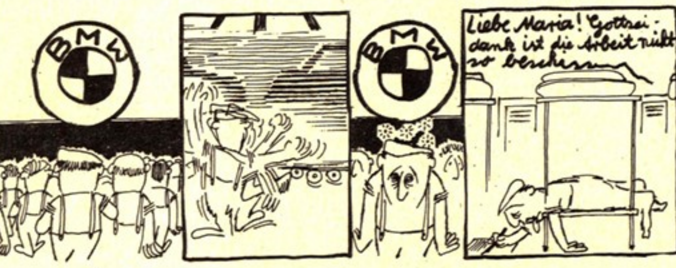








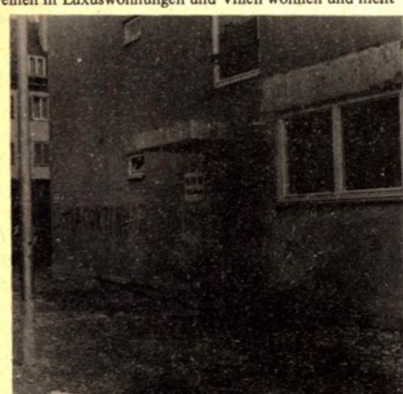




Schlafen. Manchmal vielleicht noch zum Fernsehen. Andere Kollegen verbringen ganze Wochenenden vor dem Flimmerkasten. Was soll man schon machen? Kreuzworträtsel lösen? Von Wohnen kann jedenfalls nicht die Rede sein. Es ist eine Frechheit diese Gefängnisse als „Wohnheime" zu bezeichnen. Zu viert sind wir auf engstem Raum zusammengepfercht. Es gibt keine Gemeinschaftsräume und keine Kantine, wo man sich unterhalten könnte. Im Fernsehraum muß man still sein. Oft arbeiten die Zimmergenossen in verschiedenen Schichten, so daß man sich zwar kaum kennt, aber dauernd gegenseitig stört. Am Eingang sitzt ein Polizist und paßt auf, daß uns niemand besucht. Was ist das für eine Wohnung, in der man nicht einmal seine Freunde empfangen darf, geschweige denn ein Mädchen, oder gar seine eigene Frau?

Wer nachts bummst, anstatt zu pennen, kann am Band nicht schnell genug rennen.

Die Wohnheime sind nicht für unsere Bedürfnisse eingerichtet, sondern für die der Unternehmer, die uns gerade noch schlafen, essen und trinken lassen, damit wir am nächsten Tag wieder arbeiten können. Sowohl aus unserer Arbeit, als auch aus unserem Schlaf holen sie ihre Profite heraus. Man braucht nur einmal den Quadratmeterpreis für ein Vierbettzimmer auszurechnen. Und wenn sie einmal unsere Arbeitskraft nicht mehr brauchen, wenn sie uns entlassen, wird uns der Stall auch gleich gekündigt. Sie haben uns von unseren Familien getrennt und besitzen die Unverschämtheit zu sagen: ‚Wir sind eine große Familie! Wir sitzen alle im gleichen Boot!' Eine schöne Familie, in der die einen in Luxuswohnungen und Villen wohnen und nicht



arbeiten und die anderen in Baracken und Schlafställen eingepfercht sind, oder für eine Wohnung so viel zahlen, daß sie Überstunden schieben müssen und die Frauen zum Mitarbeiten gezwungen sind .... " Mancher, der in diesem Gefängnis vereinsamt und sich langweilt ist froh, wenn wir ihn besuchen. Besuchen wir uns gegenseitig auf unseren Zimmern. Machen wir gemeinsame Essen und laden wir die anderen dazu ein. Machen wir Wohnheimversammlungen. Diskutieren wir in den Kneipen ... " Die Arbeiter selbst haben uns darauf gestoßen, daß unsere Fabrikborniertheit eine Beschränkung ist. Wir selbst wiederholten die Aufteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit, indem wir im Arbeiter nur den Teil sahen, der acht Stunden am Tag in der Fabrik ist. Sicher ist dieser Teil der wichtige und bestimmende. Aber die Arbeiter selbst überwinden die Spaltung des Lebens und ihre Aufspaltung in einzelne Fabriken, indem sie mit uns nicht nur über den Akkord oder die Löhne bei BMW reden wollten. Sie wollten wissen, was in den anderen Fabriken los ist, sei es in der Region, sei es bei Hoesch, Klöckner oder Opel. Sie sehen, daß ihnen die Löhne „draußen" wieder abgenommen werden, daß sie kaputt nach Hause kommen und die Familie alles ausbaden muß.

Die Region

Das ist die BMW mit ihren 20.000 Arbeitern und Angestellten, die ca. 800 Autos am Tag produzieren; wo am Band 80 % Ausländer stehen; wo man im Durchschnitt 800.- netto verdienen kann, im Akkord bis 1.000.-.

Das sind die kleineren Metallfabriken im Umkreis: Hurth, Südbremse, Leichtmetall, wo dieselben Zustände herrschen: viele Ausländer, Deutsche, Akkordhetze, Meister, Wechselschicht ...

Das sind die Wohnheime für die Griechen, Türken, Italiener, Jugoslawen, Spanier, Österreicher, für die deutschen Wochenendpendler aus Niederbayern und für die Lehrlinge, wo ein Bett im 3-Bett-Zimmer zwischen 80 und 100 Mark kostet, inklusive Kontrolle und Besuchsverbot.

Das sind die Neubaubunker, wo eine 3-Zimmer-Wohnung im Durchschnitt 600 Mark kostet.



Das sind die Kneipen, die sich nach der Schicht schlagartig füllen, weil die Arbeiter zwischen Arbeit und Familie oder Wohnheim schnell noch einen schlucken wollen.

Das sind die Supermärkte, wo einem durch die ständigen Preiserhöhungen wieder mehr abgenommen wird, als die Lohnerhöhungen ausmachen.



Das sind die Häuserwände – ab und zu Parolen ...

Das sind immer mehr auch die Wohngemeinschaften der Genossen, die hier wohnen wollen, weil sie hier politisch arbeiten; die ihren Lebenszusammenhang nicht aufsplittern wollen in Agitation vor oder Arbeit in der Fabrik einerseits und linkes Studentenmilieu andererseits.

Das ist das „Zentrum", wo die Sitzungen und Versammlungen stattfinden und samstagsabends ein Fest.

Das alles ist die Region. Aber nicht nur das, nicht nur Mauern und Maschinen. Die Region wird von den Leuten gemacht, die dort arbeiten, essen und wohnen, die auf allen Ebenen ihren Unmut darüber zeigen, daß sie überall beschissen werden. Überall, in den Fabriken und Häusern haben sie schon längst angefangen, sich einzeln oder gemeinsam zu wehren. Wir haben die Aufgabe, die Ansätze von Klassenkampf miteinander zu verbinden, die Kämpfe in den Fabriken miteinander, den Stadtteil mit der Fabrik und umgekehrt. Das ist Regionalisierung. Sie läßt sich nicht räumlich festlegen auf die mehr oder weniger zufällige Region BMW, in der wir arbeiten.

Das Zentrum

Seit einem halben Jahr haben wir ein Zentrum in der Region. Es ist der erste Versuch so etwas wie einen kulturellen und politischen Bezugspunkt für die Region zu schaffen. Fast jeden Samstag ist jetzt was los. Das reicht natürlich nicht. Wir müssen mehrere Zentren schaffen, die täglich benützt werden können. Seien es Kindergärten, Jugendzentren, Genossenkneipen usw. So springen wir jetzt immer noch von Höhepunkt zu Höhepunkt und dann ist mal wieder eine ganze Weile gar nichts los. Die Proletarier sind noch nicht Träger einer dauerhaften politischen Gemeinschaft geworden. Wir müssen Zentren der ständigen Diskussion und Information, der ständigen gemeinsamen Freizeitgestaltung, der ständigen Initiative und Aktion schaffen: Rote Märkte, Kinderfeste, Sprachkurse, Theater ....



Proletarische Feste

Wir müssen unsere Freizeit benützen, um über unsere Arbeit zu reden, wir müssen den Kampf in allen Lebensbereichen aufnehmen und miteinander verbinden, wir müssen die bürgerliche Kultur, die alles verschleiert, angreifen und eine proletarische Kultur entgegensetzen (ohne, daß ich jetzt schon genau weiß, was das eigentlich ist). Mit Sicherheit ist sie nicht die Kultur des klassischen kraftstrotzenden erzernen Proleten, sondern eine jugendliche, multinationale, spontane, ein bißchen subkulturelle ... Soviel haben wir bei unseren Festen erkennen können.





Viele Arbeiter sind nicht durch die Agitation am Fabriktor zu uns gestoßen, sondern durch die Feste, die wir veranstaltet haben. Wir haben damit ein konkretes Bedürfnis, vor allem der Ausländer, angesprochen. Für sie war es eine erste Möglichkeit aus ihrer Abkapselung und Langeweile herauszubrechen, Kontakte zu den anderen Nationalitäten zu knüpfen. Das haben wir von den italienischen Genossen gelernt, die mit ihrer Spontaneität, ihrer Emotionalität und Kollektivität, ihren Liedern, ihren Festen und ihren gemeinsamen Essen mehr erreichten, als wir durch monatelange Agitation vor der Fabrik.

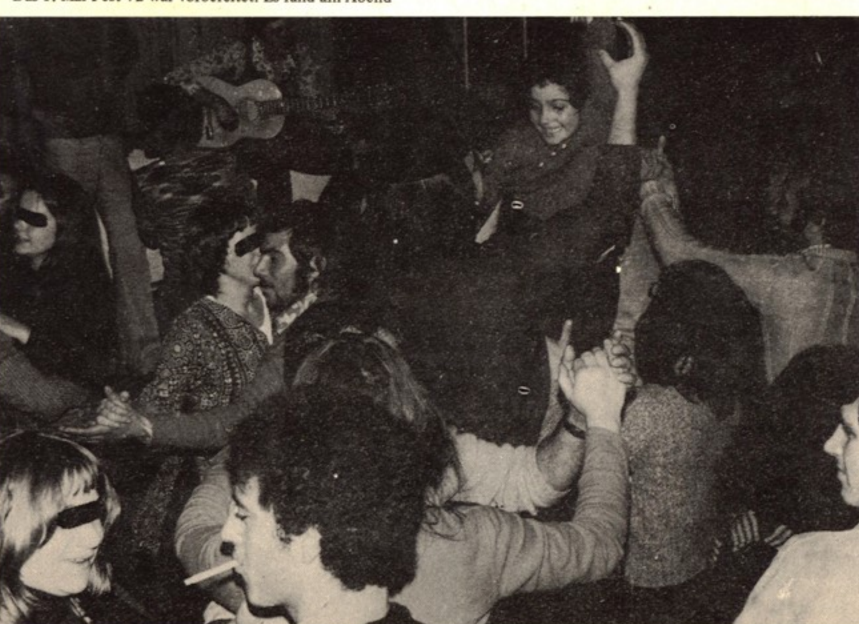
Unser erstes wirklich proletarisches Fest fand in einer Arbeiterkneipe statt. Es kamen Griechen, Jugoslawen, Türken, Italiener und ein paar deutsche Lehrlinge. Die Italiener sangen ihre Kampflieder, alle tanzten mit den Griechen und wir

agitierten mit unseren paar deutschen Liedern einige Stammgäste, die im Rhythmus die Maßkrüge auf den Tisch hauten. Die Nationalitäten kauderwelschten untereinander, die Studenten diskutierten mit den Arbeitern und alles endete in einem irren Getümmel.

Etwas anderes war die Pantomime von Alberto Vidal aus Mailand. Alle Nationalitäten waren da. Die stumme Darstellung des Lebensablaufes eines Fabrikarbeiters garantierte für Multinationalität. Alle fühlten sich erkannt und angesprochen. Er schilderte mit Klamauk und Akrobatik den Arbeitstag, den Konsum, das Wochenende, das mißlungene Liebeserlebnis und schließlich den Ausbruch und Kampf. Die Arbeiter waren begeistert, es war ihr Stück. Sie rissen sich um Diskussionsbeiträge, die allerdings ziemlich allgemein blieben, weil wir es nicht verstanden sie konkreter auf Betrieb und Aktionen zu lenken: „Solche Veranstaltungen müssen wir öfters machen – Bei einer Gruppe, die so etwas macht, werde ich alle Aktionen mitmachen – Das war heute ein Anfang für die Verständigung zwischen den Nationalitäten – Wir müssen alle zusammenhalten . . . . "

Das 1. Mai-Fest 72 war vorbereitet. Es fand am Abend vor der Demonstration statt, sozusagen als Lockvogel und ein großes Flugblatt mit den Kampfinhalten des ganzen letzten Jahres wurde an allen Fabriken verteilt. Das Programm sollte alle Nationalitäten berücksichtigen, doch der Ablauf, wie wir ihn bestimmt hatten, wurde von den spontanen Programmkorrekturen der Arbeiter völlig über den Haufen geworfen. Das Fest bekam dadurch eine unglaubliche Dynamik, die allerdings auch zu einer negativen Erscheinung führte: die Nationalitäten gerieten in Konkurrenz zueinander, wobei einer der Organisatoren fast verprügelt worden wäre. Trotzdem war es für alle, auch wenn vielleicht jemand zu kurz gekommen war, ein unwahrscheinlicher Erfolg: Ein italienischer Arbeiter berichtete von den Klassenkämpfen in Italien, die er miterlebt hatte, Pino Masi sang seine Lieder, eine Türkengruppe tanzte was türkisches, ein Türke spielte Lyra und griechische Arbeiter tanzten dazu, ein Grieche sang Lieder von Theodorakis, ein paar Türken sangen zwar falsch, aber umso intensiver revolutionäre Lieder ins Mikrofon, eine Tunesierin wagte sich auf die Bühne und tanzte für alle, der ganze Saal stand auf Tischen und Stühlen, sang und brüllte mit . . . . Jede Nationalität hielt kurze politische Reden.

Die Arbeiter kommen mit unterschiedlichen Bedürfnissen auf unsere Feste, und das bringt einige Schwierigkeiten mit sich. Wir haben es in erster Linie mit Leuten zu tun, die im Wohnheim leben. Sie sind dort besonders abgekapselt und vom „gesellschaftlichen Leben" ausgeschlossen – vor allem als Ausländer.



1. Sie haben ein Bedürfnis nach Kommunikation. Sie wollen mit jemandem reden, Musik hören und Musik machen, tanzen und was trinken. Das ist einigermaßen gewährleistet, wenn auch nur einmal in der Woche. Diese Funktion der Feste ist nicht zu unterschätzen. Ein Beispiel: Einige spanische Arbeiter aus einem nahegelegenen Wohnheim, von dessen Existenz wir gar nichts wußten, gerieten rein zufällig auf so ein Fest. Sie sind erst seit 3 bis 4 Monaten in Deutschland und arbeiten alle in der gleichen Fabrik hier in der Region. Sie beklagen sich über ihren geringen Kontakt zu den anderen Arbeitern in der Fabrik, zu den Deutschen und den anderen Nationalitäten, ja zu ihren eigenen Landsleuten, im Wohnheim und sogar im selben Zimmer. Bei uns erleben sie zum erstenmal so etwas wie Kollektivität und Verständigung. Jetzt haben sie ihre ersten Versammlungen gemacht. Sie



sprechen über den Akkord und über die Meister, über die Emigration und über das Francoregime. Sie wollen sich organisieren und die anderen Arbeiter ansprechen. Demnächst wollen sie selbst ein Fest machen, um besonders mit den anderen Wohnheimbewohnern ins Gespräch zu kommen.

2. Die Arbeiter haben ein Bedürfnis nach politischer Diskussion. Die wollen uns als politische Gruppe kennenlernen und unsere Vorstellungen von Politik. Da haben wir bisher noch nicht viel geleistet, obwohl es oft kritisiert wird. Wir müssen viel mehr Filme zeigen, Diskussionen zu aktuellen und allgemeinen Problemen vorbereiten, Theater spielen und das alles in allen Sprachen zugänglich machen. Hier scheiterten wir meistens an schlechter Organisation oder Übersetzungsschwierigkeiten.

3. Die Arbeiter haben auch ein sexuelles Bedürfnis. Einige kamen bloß deswegen. Wir stehen da vor einem Problem. das jetzt und auch in längerer Zukunft nicht leicht zu lösen sein wird. Die Genossinnen werden von den sexualmoralisch vorbelasteten und meist abstinent lebenden Wohnheimproletariern oft als Freiwild betrachtet. Die Genossinnen verhalten sich natürlich auch anders als die gut behüteten Mädchen in einem anatolischen Dorf. Aber die liebeshungrigen jungen Arbeiter versuchen meistens erfolglos ihr Glück. Das soll natürlich nicht heißen, daß sich die Frauen – womöglich aus Mitleid – mit ihnen einlassen sollen. Aber Konflikte und Frustration sind einfach nicht zu vermeiden. Am wenigsten kommt es zu diesen Konflikten, wenn es gelingt, weitgehendst kollektive Momente zu schaffen. Kollektives Tanzen, Singen, Diskutieren und ein gemeinsames Programm.

(ARBEITERSACHE)

Mieterstreik

BERICHT ÜBER DEN WIDERSTAND VON 3 000 MIETERN GEGEN MIETERHÖHUNGEN

Kurz vor Weihnachten flatterte von insgesamt 20 000 Mietparteien der sog. gemeinnützigen „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen" in Frankfurt a.M. ein Brief ins Haus, der für die Zeit ab 1. 1. 1974 eine durchschnittliche Anhebung der Mieten um ca. 50 % ankündigte. Bis Ende Januar hatten nach Angaben der ABG rd. 4 000 Mieter die für die Erhöhung erforderliche Zustimmung (neues Mietrecht) nicht gegeben. Daraufhin regte und organisierte sich in den letzten Wochen der Protest der Betroffenen, zunächst individuell, z. B. in



empörten Leserbriefen, dann allgemeiner. Dazu trug sicher nicht unwesentlich der Aufruf der DKP und der von ihr angeführten „Mietervereinigungen" in einigen Stadtteilen, sowie die von den Jusos ausgehende Initiative im Gallus-Viertel (Mieterhöhungen der Hellerhof AG, ebenfalls eine „gemeinnützige Gesellschaft") bei.

Selbst städtische Institutionen wie das Amt für Wohnungswesen, an seiner Spitze ein Sozialdemokrat, bestätigten eher den Protest der Mieter, indem auf die unzulänglich eingehaltenen rechtlichen Bedingungen der angekündigten Mieterhöhungen in einem groß aufgemachten Zeitungsartikel hingewiesen wurde.

Angesichts des zunehmenden – zunächst noch diffusen – Protests sah sich der Aufsichtsrat der ABG, an seiner Spitze der Vorsitzende M. Berg, der gleichzeitig Dezernent für „Soziales" und damit auch Leiter des Wohnungsamtes ist, gezwungen, der Forderung der Mieter nach einer öffentlichen Diskussion stattzugeben. Vielleicht spielte bei den Verantwortlichen der SPD die Hoffnung mit hinein, daß eine solche Versammlung nur den aufgestauten Dampf ablassen könnte und ansonsten keine praktischen Folgen hätte. Sicher dachte Herr Berg auch daran, daß er als Frankfurter Sozialdemokrat doch noch ein demokratisches Mäntelchen für solche weitgehenden Entscheidungen brauchen könnte.

Am 31. Januar fand eine Versammlung von 1 500 Mietern statt; es wären wahrscheinlich noch mehr gekommen, wenn die ABG nicht jeder Mietpartei nur einen Eintrittsausweis zugeschickt hätte. Auf dem Podium thronten sechs Herren des Aufsichtsrates und versuchten in halbstündigen Monologen, die Mieterhöhung als „sachnotwendig", „selbstkostendeckend" etc. darzustellen. Der kaufmännische Leiter stellte die Forderung auf nach einer „echten Unternehmensmiete" (!!).

Dafür hatten die gekommenen Mieter aber kein Verständnis. Schon in den ersten Sekunden wurde ihre Empörung laut: „Wir wohnen schon 20 Jahre in der Wohnung und zahlen ebensolange Miete, und was ist da repariert worden: eine Kloschüssel! Und das ist doch nicht besonders sozial" sagte ein Mieter. Andere bestätigten, daß 15 Jahre lang keine Reparaturen oder Renovierungen vorgenommen worden sind, obwohl die meisten



Häuser schon über 40 Jahre alt sind. „Ich will erst einmal wissen, was Sie mit unseren bisher gezahlten Mieten gemacht haben. Die Häuser sind doch längst abbezahlt!" Wenn die ABG aber Reparaturen vorgenommen hatte, waren diese oft sinnlos oder verschwenderisch. „In der Rotlintstraße haben Sie ein Dach völlig neu machen lassen, das hat 1,5 Mill. gekostet – ein Jahr drauf ist das Haus abgerissen worden!"

Dem Aufsichtsrat wurde sichtlich der Boden seiner Argumentation entzogen. Wer kann sich schon auf gestiegene Selbstkosten berufen, der von den bisher gezahlten Mieten kaum einen Pfennig sinnvoll für die Instandhaltung der Häuser verwendet hat? Einem Aufsichtsrat rutschte unbedachterweise der Satz heraus: „Ja aber die Verwaltungskosten steigen, sie verbrauchen ein Drittel der Miete!" Prompt fragte jemand die Herren auf dem Podium nach der Höhe ihrer Aufsichtsratsgehälter. Das wollte allerdings keiner sagen. „Aha" kam es von den Mietern. Zu allerletzt griffen die Verantwortlichen von der ABG mangels Argumente zu einem altbewährten Mittel: sie drohten „Wenn die Mieterhöhung nicht gezahlt wird, dann müssen wir die Häuser abreißen!" Hier wurde auch dem letzten klar, daß „die da oben auf dem Podium" doch nicht dieselben Interessen haben wie die Versammelten. Die Arroganz von zwei Stunden wirkte für

viele wie ein Schock. Eine Frau brachte die große Enttäuschung über die erst im Herbst mit absoluter Mehrheit gewählte SPD-Spitze auf den Begriff „Wenn diese Mieterhöhung nicht unsozial ist, was ist dann **überhaupt** noch unsozial? Was ist denn hier noch sozialdemokratisch? " Darauf gab es allgemeinen Beifall. Ein anderer fragte: „Weshalb haben wir denn alle im Herbst die SPD gewählt? " In zahlreichen Beiträgen der Mieter wurde auf die ständig steigenden Lebenshaltungskosten hingewiesen. Die Haltung der Mieter zur Frage einer reduzierten Mieterhöhung war an diesem Abend uneinheitlich.

Am Schluß überließ man die ABG-Herren, die immer weiter schwätzten, sich selber, lachte sie aus und ging teils mit der Wut, denen da bei der nächsten Wahl eins auszuwischen, teils mit der festen Absicht, sich zu wehren, auseinander.

II. MIETERVERSAMMLUNGEN ÜBERALL IN FRANKFURT

In den folgenden zehn Tagen wurden in den meisten Stadtteilen, in denen ABG-Wohnungen liegen, Flugblätter verteilt, die zu dezentralen Bezirksversammlungen der Mieter aufriefen. Dabei erwies sich als großer Vorteil, daß man sich auf die Erfahrungen und Berichte – auch durch das einfache Weitersagen von Nachbar zu Nachbar – auf die massenhafte Versammlung am Montag unmittelbar beziehen konnte. Es gab überall eine rege Teilnahme an den Stadtteil-Versammlungen für die ABG-Wohnungen (zwei Versammlungen mit je 100, eine mit fast 200 und weitere zwei mit je 40 Teilnehmern). Nunmehr konnten die „Betroffenen" auch zahlreicher und eher „frei weg von der Leber" reden. Immer wieder wurde von den Mietern betont, es sei vordringlich, die Einheit unter den Mietern herzustellen, insbesondere sollten auch die Mieter für die Forderungen gewonnen werden, die schon ihre Zustimmungserklärung mangels Kenntnis oder aus Angst vor den Folgen (Prozeß usw.) abgeschickt hatten. Die Mieter selbst bräuchten ein Organ, das zunächst die Koordination zwischen den verschiedenen Wohnbezirken in ganz Frankfurt herstellen



und damit ein einheitliches und starkes Auftreten gegenüber der ABG ermöglichen solle. Zu diesem Zweck wurden auf allen Versammlungen 5 bis 10 Delegierte in einen „Mieterrat" gewählt, Personen, die sich in der Diskussion besonders profiliert hatten. Bei der Wahl wurde aber nicht mit der notwendigen Entschiedenheit darauf abgestellt, mit welcher inhaltlichen, insbesondere politischen Begründung die Kandidaten die Mieterhöhungen ablehnten. Es kamen verschiedene Auffassungen, warum die Erhöhung „ungerechtfertigt" sei, doch jeder, der sich auf den Versammlungen der Forderung nach Rücknahme anschloß, konnte sich zum Mieterrat wählen lassen. Durch diese Unklarheit kamen neben den bewußteren und kämpferischen Delegierten (meist Arbeiter und Lehrlinge) auch geschäftige, profiliersüchtige, vereinsmeierische, aufstiegsbewußte Personen (meist Beamte oder solche in Funktionärsberufen, z. B. Ortsbeirat) in den Mieterrat. In der weiteren Auseinandersetzung spielten diese Elemente eine abwiegelnde Rolle (z. B. Forderung nach „sozial differenzierten Mieterhöhungen"), sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Die verschiedenen Grundauffassungen der Mieter auf den Versammlungen waren:

1. Eine Begründung, die auf der Großversammlung stärker, auf den Einzelversammlungen schwächer oder überhaupt nicht mehr hervortrat, aber nichtsdestoweniger unter den Mietern eine Bedeutung hat, begreift die Auseinandersetzung eher als „Kulanz"-Verletzung, als „ein undankbares, taktloses und ungerechtfertigt hartes Vorgehen der ABG, wie es die Mieter nicht verdient haben!" „Warum konnte die 50 %ige Erhöhung nicht auf die letzten fünf Jahre verteilt werden, warum auf einen Schlag? " „Mieterhöhungen müssen hingenommen werden, aber nicht so!" Auch das sog. „kostendeckende (und den Profit verdeckende) Prinzip", in das allein ein Drittel der Miete für Verwaltung draufgeht, wurde nicht in Frage gestellt. „Was die Verwaltung an Geld braucht, das weiß sie schon selbst, das ist nicht unsere Sache!" Von diesem Kreis der Mieter wurden keine Forderungen, schon gar nicht mit ultimativem Charakter, sondern **Bitten** an den Aufsichtsrat gerichtet. Diesen Mietern fehlt wahrscheinlich ganz die Erfahrung und das Vertrauen, daß sie gemeinsam selbst eine Macht darstellen. Ihren profiliertesten Ausdruck fand diese „minimalistische Linie" prompt in einer DKP-„Mietervereinigung", einem Verein, der auf keiner Versammlung gewählt worden ist, der seine Berechtigung, für alle Mieter über deren Köpfe hinweg zu verhandeln, aus seiner „nunmehr 40jährigen ungebrochenen Tradition" herleitet. (Den jüngeren unter den Mieterräten wurde auf die Frage nach der Legitimation entgegengehalten: „Wir haben eine Oma in unserem Verein, die hat gekämpft, als Ihr noch in die Windeln geschissen habt!") Der Versuch dieses Vereins, mit der ABG auf einer Aufsichtsratssitzung einen Kompromiß von 25 % Mieterhöhung auszumauscheln, ist kläglich gescheitert: nach drei Minuten Anhörung eines Bittgesuches hat man die Vereinsvertreter hinausgeworfen. (Die gewählten Mieterräte, die der Kontrolle halber mit rein wollten, wurden erst gar nicht reingelassen) Der harte Kurs der ABG dürfte diesen Kreis der Mieter in ihrer Passivität bestätigen.

2. Die überwiegende Mehrheit auf den Versammlungen forderte dagegen die sofortige und völlige Rücknahme der Erhöhung, Offenlegung der Geschäftsbücher und eine effektive Kontrolle der Mieter bei den Reparaturen. Sie war sich bewußt: „Nur durch gemeinsames Handeln können wir mehr erreichen" (Flugblatt). In der Auffassung dieses Konflikts vermischen sich widersprüchliche Elemente: Einerseits ist man bereit, doch eine kleine Mieterhöhung evtl. sogar als legitim zu akzeptieren, wenn die ABG nur eine Garantie dafür gäbe, daß dies die letzte in den nächsten Jahren sei, und wenn dieses Geld für die notwendigen Reparaturen verwendet würde. Am Rande gibt es eine gewisse auf die Justiz gesetzte Erwartung. Ein Musterprozeß soll zeigen, daß die Maßnahmen der ABG nicht rechtens sind. Allerdings ist die Angst groß, daß „unsereiner" selbst vor dem Kadi steht und dann doch drankommt. Andererseits teilen viele von ihnen – freilich mehr emotional – die eher politischen Interpretationen und Forderungen der dritten Gruppierung.

3. Ein kleinerer Teil der Mieter hält die Ablehnung jeder Mieterhöhung für realisierbar („wenn nur die Mieter zusammenhalten"). Über den politischen Charakter der Auseinandersetzung ist man sich klar: „Mieten, erst recht in sog. gemeinnützigen Wohnungen sind eine hochpolitische Sache!" Nicht die marktüblichen „Vergleichsmieten" (Mietgesetz) dürfen der Maßstab für die Miethöhe sein, sondern „nur das, was der einzelne am Freitagabend in der Lohntüte nach Hause bringt und sich davon bei der heutigen Verteuerung noch kaufen kann". Dafür gab es allgemeinen Beifall. „Mieterhöhungen um 50 %! Ist doch nicht schlimm! Ich habe gerade gehört, daß die Löhne in diesem Jahr auch um 50 % steigen sollen!" (allseitiges Gelächter) Immer wieder kam auch: „Alles auf Kosten des kleinen Mannes, aber die Profite werden nicht angetastet!" Überall waren sich die Mieter auch darüber klar, daß ihr Kampf in den ABG-Wohnungen ein Kampf für alle anderen Mieter im „sozialen" Wohnungsbau und erst recht auf dem privaten Sektor ist. Denn: „Kommt die ABG und die Stadt mit den 50 % auf einen Schlag durch, ist das ein Signal für alle Vermieter, auf dem freien Wohnungsmarkt nachzuziehen." „Schon deshalb müssen wir was dagegen tun. Deshalb geht diese Sache auch die ganze Bevölkerung an!" Prompt wurden daraufhin widerspruchslos auch Nicht-ABG-Bewohner in den Mieterrat gewählt. Auch deswegen wurde beschlossen, daß die Mieterdemonstration für den Samstag eine Demonstration aller Mieter in Frankfurt sein sollte. Vereinzelt wurde unter Beifall die Forderung erhoben, daß die Mieten generell einen bestimmten prozentualen Anteil des Einkommens von Arbeitern und Rentnern nicht überschreiten dürften („5 %, 10 % oder höchstens 15 %, aber nicht mehr"). Außerdem wurde die Forderung erhoben: „Es muß für jeden aus der arbeitenden Bevölkerung ein Recht auf billige Wohnungen geben; die Wohnung ist ja schließlich kein Luxus, sie ist so notwendig zum Leben, wie die Luft, die ich atme."

Viele Mieter halten das alles für richtig. Vielleicht wird davon aber nicht oft gesprochen, weil es in diesem Fall doch nichts einbringt und für ihre heutige Situation, in der sie erst mit dem Kampf anfangen, drei Schritte vorausliegt. Auch die Forderung nach Einfrieren der Mieten in der alten Höhe erscheint wahrscheinlich vielen als zu gewagt und nicht durchsetzbar. Häufig kommt der Einwand hinzu: „Wir sind zu alt, um so etwas noch durchzustehen".



Die überall gemeinsam beschlossene Forderung heißt deswegen zunächst „Rücknahme dieser Mieterhöhung". Von den Mietern wurde auch bewußt kein Verhandlungsangebot gemacht, denn „jetzt ist die ABG am Zug, machen wir sie erst mal weich und lassen die zu uns kommen – nicht immer umgekehrt!" Im Fall einer wirklich erheblichen Reduzierung der Erhöhung wäre aber die überwiegende Mehrheit bereit, einen Kompromiß zu schließen.

Eine Woche darauf versuchte die ABG einen taktischen Schlag, der allerdings ins Wasser ging. Sie senkte die Erhöhung von 50 % auf 40 % und stellte dies als soziale Tat dar. Kein Mieter nimmt dieses „Angebot" ernst. Für die Kämpfenden ist es trotzdem ein Erfolg: „Die ABG befindet sich auf dem Rückzug".

DEMONSTRATION

Am 17. 2. 1973 wurde die vom zentralen Mieterrat vorbereitete und auf den Versammlungen diskutierte Demonstration für alle Mieter Frankfurts gemacht. In Anbetracht des großen Agitationsaufwands war sie zahlenmäsig eher bescheiden (ca. 200 ABG- und Hellerhof-Mieter). Ein Alter, der mitmarschierte, regte sich über seine Nachbarn auf: „Mieterhöhungen wollen sie nicht zahlen, aber demonstrieren tun sie nicht, weil sie Schiß haben". Ein anderer erklärte sich den kleinen Zug so: „Die Mieter sind zu zahm und die Beine zu lahm." Die Demonstration endete in einem Go-in auf dem gerade stattfindenden Parteitag der SPD- Ffm, wo ein Mieterrat eine Erklärung abgab, die die Kooperation von Stadt und Kapitalinteresen aufdeckte. OB Arndt wurde gezwungen, sich diese 16minütige Rede ohne Widerspruch anzuhören. Unter dem „Druck der Straße" kam am nächsten Tag ein Mehrheitsbeschluß des Parteitags zustande, wonach die verantwortlichen SPD-Funktionäre die Mieterhöhungen sofort zurücknehmen, und mit den Mietern über eine Neufestsetzung beraten sollten. Die Jusos glaubten, sie selbst hätten nun mittels Parteitaktik und Intrige für die Mieter einen Sieg errungen. Dabei paßten die Demonstranten ihnen nicht ins Konzept: „Ihr macht doch alles, was links ist, kaputt!" und: „Ihr schadet Euch doch nur selber mit dem Go-in!" Als ein Opa dem Redner des Mieterrats aus Dankbarkeit um den Hals fallen wollte, wurde er vor dem Podium von einem halben Dutzend Juso-Ordnern gepackt und im Polizeigriff aus dem Saal geworfen.

Für die Jusos folgte dann eine kalte Dusche, die vielleicht zur Ernüchterung der Partei-Meierei beitragen könnte: OB Arndt und die ABG-Bosse lachten sich ins



Fäustchen wegen der Beschlüsse. Der Parteitag könne beschließen, was er wolle, das sei für den Magistrat noch lange nicht bindend. Um ihre Unnachgiebigkeit zu unterstreichen und die Mieter zu verängstigen, schickte der ABG-Vorsitzende und Magistratsmitglied Berg prompt nach dem Parteitag Briefe in die Häuser, wonach gegen jeden Zustimmungsunwilligen rücksichtslos prozessiert werden soll.

Die Hauptaufgabe der Mieterräte und der beteiligten politischen Gruppen besteht jetzt darin, die Kommunikation unter den Mietern zu erweitern durch regelmäßige Versammlungen und Flugblätter. Dies wird um so wichtiger, je schärfer die Auseinandersetzung wird, und die Stadt Hand in Hand mit der Presse noch stärker versuchen wird, die kämpfenden Mieter zu isolieren. Schon heute schweigt die Presse den Widerstand von ca. 3 000 Mietern, die noch nicht zugestimmt oder widerrufen haben, einfach tot.



ZUR EINSCHÄTZUNG DES KONFLIKTS UND DER ROLLE DER SOZIALISTISCHEN STADTTEILGRUPPEN

Zum Selbstverständnis der Masse der protestierenden und Widerstand leistenden Mieter ist zu sagen: Bisher ist es entscheidend von der Empörung über das „unsoziale Verhalten" der SPD-Spitze bestimmt worden. Die Kritik an der SPD-Politik (Steuererhöhungen, keine Verhinderung der Preislawine, Gas-, Wasser-, Strom-, Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt und Mieterhöhungen) versteht sich nicht nur noch, sondern gerade auf dem Boden des „Sozialstaatsprogramms" der SPD (siehe Zitate oben). Es kam immer wieder heraus, daß die SPD die auf sie als „an der Macht befindliche Arbeitnehmerpartei" gesetzten Erwartungen schmählich mißachtet habe. Die Mieter, zum größten Teil Stammwähler der SPD, sahen sich deshalb schamlos übers Ohr gehauen, weil sie erst im Herbst bei den Kommunalwahlen die SPD gewählt hatten (absolute Mehrheit), um dann für die schon vor den Wahlen geheim beschlossenen Erhöhungen zur Kasse gebeten zu werden („Wahlbetrug"). Dieser Schock kann sich möglicherweise bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts in eine antiparlamentarische und antiinstitutionelle Kritik umsetzen lassen. Die Fixierung auf die SPD als „Arbeitnehmerpartei" könnte sich lockern. Momente einer antiinstitutionellen Kritik sind zumindest im Keim vorhanden: Es gab auf den Versammlungen über das Gefühl der „unsozialen Behandlung" hinaus eine Empörung über die „undemokratische" Verfahrensweise, in der zehn Aufsichtsräte über die Interessen von 10 000 Familien eigenmächtig verfügen. Herrschende erscheinen nicht mehr so übermächtig, wenn sie wie „die da oben auf dem Podium" als kleine Minderheit gegenüber Tausenden aus der Bevölkerung abzählbar sind. Auch wurde der Klassengegensatz zwischen denen, die noch die Macht haben, und den Mietern in klare Worte gefaßt: „Für Euch da oben ist eine 50 %ige Mieterhöhung doch ein Pappenstiel. Was verdient Ihr denn als Aufsichtsräte?"

Auch die Wahl der Mieterräte, die auf den Versammlungen gewählt und abgewählt werden und weisungsgebunden sind, ist ein Hinweis darauf, daß die Bereitschaft wächst, sich nicht mehr auf die Institutionen, sondern auf Selbstorganisation und gemeinsames Handeln zu verlassen. Die beiden intervenierenden Gruppen, die Stadtteilgruppe Bockenheim und die Nordendgruppe, haben von Anfang an den Mieterrat als eine Form der Selbstorganisation unterstützt und versuchen weiterhin, seine Funktionen über den aktuellen Konflikt hinaus zu erweitern; freilich müssen noch basisnähere Selbstorganisationsformen, etwa in den Straßen oder Häuserblocks, gefunden werden. Für diese Basisorganisationen gibt es schon heute ein absehbares Betätigungs- und Konfliktfeld: die Kontrolle der Mieter über Reparaturen (wo und wie) und im weiteren Sinne die Verwaltung der Häuser durch die Bewohner selbst. Es wird allerdings entscheidend auf den Politisierungsprozeß unter den Mietern und die Intervention der sozialistischen Gruppen ankommen, wenn der Mieterrat über den aktuellen Konflikt hinaus eine den Kampf vorantreibende Funktion behalten und davor bewahrt werden soll, zu einem „Mitbestimmungsorgan" zu degenerieren.



Die Aufgaben, die die Genossen bisher erfüllten, bestanden anfänglich weitgehend darin, überhaupt die Initiative für die Einzelversammlungen zu ergreifen und (mit Flugblättern und Gesprächen mit einzelnen Mietern) vorzubereiten. Auf den Versammlungen war unsere Rolle wesentlich bescheidener: Wir gaben zunächst juristische Aufklärung und boten den Versammelten unsere technische Unterstützung an (Druck, auch Verteilen der Flugblätter etc.). Auch die Koordination zwischen den einzelnen Mieterräten hing am Anfang entscheidend von den Gruppen ab, da sie die besten Informationen und Kontakte hatten. Auch wurde die Demonstration mit eigenen Flugblättern vorbereitet, die deutlicher als die Mieterflugblätter für die ABG-Bewohner die politische, allgemeine Seite des Konflikts herausstellten. Diese Initiativrolle wurde aber auch anders aufgenommen, als wir uns das vorher gedacht hatten: Manche Mieter glaubten, daß sich nunmehr ihre eigene Aktivität erübrige: „Die machen das schon für uns, die Studenten können besser demonstrieren", oder es kam der vielfach unterstützte Vorschlag, einen Mieterverein zu gründen, „der schon alles Notwendige machen wird". Es bleibt daraus die Konsequenz zu ziehen, unsere bisherige Stellvertreterfunktion im Zuge der Mobilisierung der Mieter aufzugeben. Für uns ist es selbstverständlich, eine radikalere Interpretation nicht von außen – abgehoben vom aktuellen Konflikt – eine freiere Atmosphäre zu fördern, wo die Versammelten sich ungezwungen auch und gerade über ihre persönlichsten Erfahrungen mit der Wohnung äußern konnten. Die politisch bewußtesten Sprecher wurden von uns argumentativ unterstützt. Die Aufdeckung von Systemzwängen, die für die Unterentwicklung des „sozialen Sektors", besonders des Wohnungsbaus verantwortlich sind, konnten bisher allerdings nur am Rande der Diskussion eingebracht werden. Die DKP hat es da leichter mit ihrer „Analyse", die keine die politischen Instanzen bindenden Verwertungszwänge kennt. Dementsprechend muß man den Politikern nur genügend einheizen, damit sie ihre „unsozialen" Maßnahmen ändern, z. B. die Rüstungs senken und dafür mehr Wohnungen bauen und subventionieren. Diese Forderungen entsprechen auch eher der Sozialstaatsillusion der Bevölkerung und finden sofort Zustimmung. Unter unseren theoretischen Voraussetzungen ist es schon etwas schwieriger, Vermittlungsprozesse über das kapitalistische System in Gang zu setzen. Vor allem tritt ein praktisches Dilemma auf: Wir müssen „soziale" Forderungen aufstellen (s. o.) und dafür kämpfen, und wissen doch, daß sie generell auf dem Boden des Kapitalismus nicht realisierbar sind. Der aktuelle Kampf zwingt uns, das Problem von „Reform und Revolution" praktisch zu stellen ...

Kontaktadresse:
W. Reder, 6 Ffm, Bockenheimer Landstr. 111

EIN JUGENDHAUS MUSS HER! ABER FIX!



GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Habt ihr schon etwas von uns gehört? nein!

wir sind der aktionskreis jugendzentrum aus bebra – rotenburg (hessen). wir haben diesen artikel geschrieben, um anderen leuten klar zu machen, wie wichtig es ist, ein jugendzentrum zu haben und wie wir versuchen eins zu kriegen.

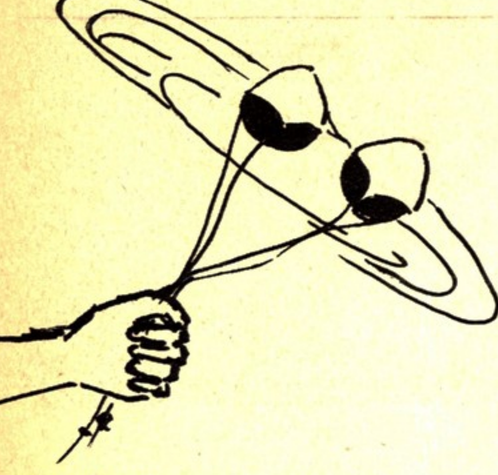
am sonntag, den 5.11.72, versuchten wir mit dem chef der einzigen diskothek über die gerade erhöhten preise und den neu eingeführten eintrittspreis zu diskutieren.

erfolg: *rausschmiß!!!*

am selben abend noch verteilte ein typ vom kreisjugendring ein flugblatt, in dem wir aufgerufen wurden, am 13. 11. über unsere situation zu diskutieren. das resultat der diskussion war, daß schnellstens ein jugendzentrum her muß.

zuerst brachten wir ein flugblatt heraus, um die öffentlichkeit auf unsere forderung hinzuweisen. daraufhin kamen noch einige leute zu uns. das interesse der älteren war nicht so groß. nachdem sich dann mehrere jugendliche nicht mehr blicken ließen, blieb ein „fester kern", um für ein jugendzentrum zu kämpfen.

kurz nachdem der aj also entstanden war, glaubten wir, daß wir im plenum wegen der großen anzahl von leuten nicht arbeiten konnten, daher bildeten wir vier arbeitsgruppen, die sich mit dem provisorischen jugendzentrum, einer konzeption, der öffentlichkeitsarbeit, der kontaktaufnahme zu anderen gruppen und mit der finanzierung unserer arbeit beschäftigen sollten. bis auf eine gruppe – eine reine frauengruppe



– sind alle anderen kaputt gegangen und zwar in dem moment, als die große „aktionsphase" vorbei war, d.h. als wir den weg durch die institutionen gegangen sind. wir haben gemerkt, daß wir alles im plenum besser gemeinsam diskutieren können, abgesehen von einigen praktischen und organisatorischen punkten.



eines war jetzt wichtig; wie können wir unsere forderung nach einem jugendzentrum ganz deutlich durchsetzen? wir planten drei aktionen: flohmarkt veranstalten, gleichzeitig ein flugblatt herausgeben und zu einer podiumsdiskussion einladen. zu fünft setzten wir uns zusammen und hatten nach zwei nachmittagen das flugblatt zusammengeschrieben. das war eine hektik, termine festlegen, kneipe suchen, flohmarkt organisieren, karikaturen, umbruch machen und drukken lassen, dann drei tage warten:

am freitag (9.12.) bekamen wir endlich unsere flugblätter. wir waren sehr stolz darauf, sie sahen wirklich dufte aus, din a 3 und treffende karikaturen. *gemeinsam sind wir stark* stand groß obendrüber.

am bahnhof trafen wir uns

GEMEINSAM SIND WIR STARK

DISCOTHEK

Jugendzentrum

Anfang November versuchten einige von uns mit dem Besitzer des " rose garden " über die überhöhten Preise zu diskutieren.



FREIZEIT OHNE KONSUMZWANG UND AUFPASSER!

Wir haben KEINE ALTERNATIVE

DAS LÄNGST-VERSPROCHENE

JUGENDZENTRUM MUSS HER

Wir müssen wieder in Kneipen gehen!!

und fingen sofort an, die flugblätter zu verteilen. ein bißchen angst hatten wir schon. manchmal war es gar nicht so einfach ein blatt loszuwerden. viele bekamen es mit der angst und wollten abhauen. wenn man sie aber ansprach oder einen witz machte, nahmen sie doch eins. so wurden wir langsam unsere angst los, mütterchen durften wir's in die einkaufstasche stecken. viele fingen auch gleich an, über das flugblatt zu quatschen. „das ist ja toll, daß die Jugend endlich mal was tut," oder „macht denen da oben mal ruhig dampf". einige waren aber auch sehr mißtrauisch „ist das was kommunistisches? " überhaupt war es sehr lustig, wir hatten alle dufte laune. wut bekam man, wenn man in die papierkörbe schaute: unsere schönen flugblätter, mit denen wir uns so viel mühe gegeben hatten. eigentlich waren die leute um 40 viel aufgeschlossener als die um 20. man sah ihnen ihre verklemmung an den augen an. fünfzig meter mußte man manchmal hinterherlaufen, bis sie mal eins nahmen oder auch nicht. gerade diese typen wollten wir doch ansprechen und ausgerechnet da war es so schwierig. aber was soll's. immerhin hatten wir 2.000 flugblätter in 2 stunden in bebra und rotenburg verteilt. das langte uns für diesen Abend.

gemeinsam zogen wir dann vor den „rose garden" (das ist die diskothek), um weiter zu verteilen. vor dem eingang ergab sich sehr schnell eine diskussion mit dem besitzer – der uns vertreiben wollte – und einem dutzend anderer jugendlichen. sie waren der meinung, man müsse auch sehen, daß der erich (das ist der besitzer) auch geld verdienen müsse. als wir dann sagten, „nicht auf unserem rücken und nicht mit diesen erpresserischen methoden" stimmten uns zwar einige zu, hatten aber keine lust, mit uns für ein unabhängiges jugendzentrum zu kämpfen.

okay – mit der zeit wurde es uns vor der tür saukalt und wir zogen in die gegenüberliegende kneipe, um noch einen zu trinken. die besitzer von unserer damaligen stammkneipe, dem „bratwurstglöckle", sind unheimlich in ordnung und konnten uns sehr gut leiden. schade, daß ihr sie nicht kennt. jetzt ist der laden zu, weil die nicht genug verdient haben und die scheißbrauereirechnungen nicht bezahlen konnten. – also an diesem abend waren wir alle da.

die besitzerin verschloß die tür und nun waren wir „eine geschlossene gesellschaft". so einen duften abend hatten wir noch nie miteinander verbracht. wir fühlten uns zusammengehörig. so ein gefühl kann man nicht beschreiben, man muß es erlebt haben. wir haben die tische weggeräumt, tanzten tango, walzer usw. bulli hättet ihr erleben sollen! es war ein sehr schöner tag und wir freuten uns schon auf den nachfolgenden, an dem wir unseren *flohmarkt* starten wollten. glücklich und müde gingen wir heim.

am nächsten morgen um 9.00 uhr trafen wir uns an der post (einige schüler hatten blau gemacht) und hatten erst noch schwierigkeiten mit dem parkplatz, den wir zu dieser gelegenheit zur verfügung gestellt bekommen hatten. aber das machte uns nicht viel aus. als nächstes besorgten wir apfelsinenkisten und fingen an, unsere „verkaufsstände" aufzubauen. ihr könnt das nicht mit einem flohmarkt in frankfurt/m. vergleichen, aber für bebra war das schon etwas tolles. bücher, töpfe, tischtennisschläger und bilder (irre alte schinken mit röhrendem hirsch und so) gab's. jeder hatte mal den „dachboden aufgeräumt". sogar eine pickelhaube und alte kupferkanne waren zum vorschein gekommen. den größten erfolg brachte die pickelhaube, mit 50,00 dm war sie dabei – der typ, der sie gekauft hat, hat sie am gleichen abend für 50 *dollar* weiterverkauft –. während der gleichen zeit liefen horst und lilo mit einem megaphon durch die stadt und machten lauthals werbung für den flohmarkt: „helft dem aj mit einem besuch auf dem sensationellen flohmarkt. besser als ein winterschlußverkauf". flugblätter wurden auch noch unter die leute gebracht. zwischendurch frühstückten wir gemeinsam und zwar rum, käse und brötchen. bully hat dann noch einen plattenspieler aufgestellt. man – ihr könnt euch gar nicht vorstellen, was da los war. der flohmarkt lief. peter, der sonst einen recht zurückhaltenden eindruck macht, rannte mit einem zylinder auf dem kopf rum und beschwatzte die leute zum spenden. stellt euch vor, für 300,00 dm haben wir klammotten verkauft. damit haben wir dann unser tolles flugblatt bezahlt.



am abend feierten wir dann eine irrsinnige fete mit mindestens 40 leuten. „sklavenhändler hast du arbeit für mich" und „weil der mensch ein mensch ist" (schleichwerbung: ton, steine, scherben) haben wir noch wochen später gesungen. diese zeit war wohl einer der höhepunkte für unsere gruppe.

auf dem in der stadt verteilten flugblatt hatten wir auch zu einer diskussion mit magistrats- und landtagsvertretern aufgerufen. kurz vor dem tag, als diese ablaufen sollte, haben wir uns überlegt, was da laufen soll. der struppi spielt den bürgermeister und so haben wir mit vertauschten rollen „diskussion" gespielt, damit wir nicht mehr so viel angst vor den obermackern hatten und auch auf eventuelle überraschungen des bürgermeisters mende (spd) gefaßt waren. es wurde ein irrsinniges theater! wir konnten uns vor lachen kaum halten und die angst schien verflogen.





DEMONSTRATION AM 3.3.73 IN BEBRA UND ROTENBURG MIT 200 JUGENDLICHEN.



aber auf der „richtigen“ diskussion lief das alles nicht mehr so gut, weil wir dann doch noch schiss hatten (der saal war gerammelt voll) und wir uns untereinander auch nicht so einig waren. der mende kam viel zu spät, war angetrunken und beschwerte sich, keine einladung erhalten zu haben. er habe nur das flugblatt gesehen und sei daraufhin gekommen. immerhin, er war da (warum wohl auch ohne einladung?). er und seine juso-gehilfen haben dann auch versucht, uns auf „den sachlichen trip“ zu bringen. antrag hier einreichen und verhandlungen da führen. bis auf eine kleine gruppe von uns im hintergrund haben die meisten von uns sich auf der podiumsdiskussion echt anschmieren lassen. diese kleine gruppe aber hat fest auf unseren forderungen bestanden und ständig gefragt, wo denn was für unser jugendzentrum getan wird. jedenfalls ist nicht das herausgekommen, was wir bezweckt hatten, sondern wir waren alle kaputt und enttäuscht. das war wohl der anfang unserer „institutionellen“ arbeit.

wir fingen also an, uns an den bürgermeister und landrat zu wenden und ihnen dampf zu machen. das fanden einige nicht so gut. sie gingen aus dem aj, weil sie meinten, daß es erpresserisch wäre und nicht legal, was wir vorhätten. na gut, das war es auch, aber es war richtig, weil wir buchstäblich auf der straße saßen und nicht wußten wohin. überhaupt fing hier eine fraktionierung an. die einen fanden, daß man alles sachlich, legal und nach den richtlinien der institutionen machen sollte. der andere teil von uns meinte, man solle so schnell wie möglich an eine richtige bude kommen, sonst würde alles kaputt gehen. außerdem gab es auch sonst eine menge streitigkeiten untereinander. wir haben jetzt noch viel an uns zu arbeiten, weil es für uns schwierig ist, uns gegenseitig offen die meinung zu sagen und miteinander zu diskutieren.

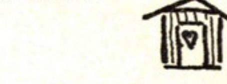
auf der podiumsdiskussion hatte uns der bürgermeister seine hilfe im beschaffen eines provisorischen jugendzentrums „zugelallt“. (denke er hatte einen sitzen! auf unserer diskussion). als sich dann ziemlich lang nichts tat, haben wir ihm ein ultimatum geschrieben. wir sagten, daß, wenn sich bis zum 28.2.73 nichts rührt, wir putz machen werden. in seiner antwort meinte er, daß wir ihn erpressen würden und das sei kriminell. anscheinend konnte er sich „in folge einer leichten trunkenheit“ an sein versprechen nicht mehr erinnern. in unserer antwort haben wir versucht, ihm klar zu machen, daß dies keine erpressung sei und daß es in hinblick auf unsere lage nur selbstverständlich sei, wenn wir so reagieren. nach diesem brief hat er nichts mehr von sich hören lassen.

das erste schreiben schickten wir auch noch an den landrat. der meinte dann, daß der neue kreisausschuß noch nicht gewählt ist, und damit die sache nicht noch „verzögert“, beauftragte er den kreisjugendpfleger sich um ein geeignetes haus für ein provisorisches jugendzentrum zu beschäftigen.

da wurde uns mit der zeit klar, daß sie uns auf dem weg durch die institutionen auseinanderbringen wollten und sich gedacht haben, daß wir dann aufgeben.

aber da war bei uns nichts drin!
wir wählten drei kontaktleute, die mit dem jugendpfleger verhandelten. er meinte, daß in rotenburg häuser leer stehen, und daß auf der nächsten stadtverordnetensitzung beschlossen wird, ob wir eins kriegen oder nicht, und daß er uns bescheid gibt. nach vier wochen war immer noch nichts da. als wir ihn dann angerufen haben und fragten, was denn mit dem provisorium liefe, meinte er, daß dies thema erst später auf die tagesordnung der stadtverordnetensitzung käme, da noch viel wichtigere themen zu bearbeiten wären.

es ist wirklich unheimlich wichtig!
zum beispiel stritten sie sich um wasseruhren, müllsäcke, schilder mit „müll abladen verboten“ und noch so wichtigen sachen wie, wann sie einen freien hang bebauen, wie sie eine straße benennen und daß sie eine genehmigung vom regierungspräsidenten brauchen um einen zebrastreifen zu pinseln. wir wären da hinten in der zuschauerecke beinahe abgefahren vor lachen. es ist sagenhaft, was da sooo wichtig ist. gitti meinte nach einer weile: „ich möchte jetzt endlich wissen, ob wir dieses



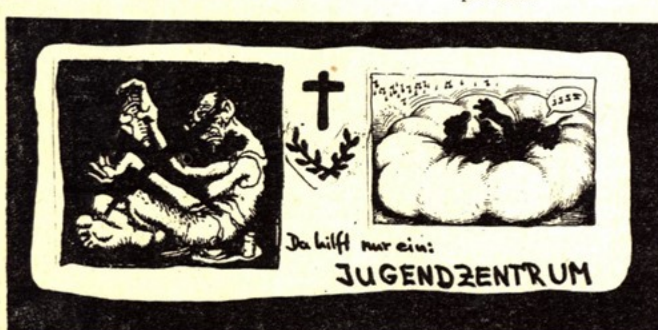
bekommen? “ aber das war wohl nichts an diesem abend.

weil wir durchblicken, müssen wir uns überlegen, was wir dagegen tun. trotz dieser umstände, kriegen wir unser provisorium und werden es nach unseren vorstellungen einrichten. hierzu wollen wir auch jugendliche außerhalb des aj aktivieren. für die inhaltliche arbeit haben wir schriftlich noch keine konzeption ausgearbeitet.

um die öffentlichkeit an der mitarbeit an unserem jugendzentrum zu bewegen, haben wir vor, artikel in die zeitung zu setzen und weitere flugblätter zu machen. außerdem wollen wir bei unsren aktionen rundfunk und fernsehen einschalten. zusätzlich wird ein informationsstand in der stadt errichtet.

ps: und wenn ihr mit uns in kontakt treten wollt, dann wendet euch an

aktionskreis jugendzentrum
c/o verschuer
644 boxerode
post bebra







JUGENDHAUS RÜSSELSHEIM
Eine Dokumentation über die Besetzung eines Jugendzentrums in Rüsselsheim, die Räumung durch die Bullen und was danach geschah ist inzwischen fertig. Sie kann durch Überweisung von (je) DM 3.- auf das Postscheckkonto 329887-605, K.H. Bender Sonderkonto, Frankfurt, bezogen werden. 94 Seiten Din-A-4. Kontaktadresse: J. Fischer, 6090 Rüsselsheim, Waldstr. 33. Ein Bericht in Nr. 3 von Wir Wollen Alles.

SCHÜLER

Schülervollversammlung. Unsere „Schülervertreter“ müssen mal wieder ausgewechselt werden. Wir sollen uns anhören, was sie alles gutes für uns tun wollen. Naja, trotten wir also in die Aula, immerhin fällt eine Stunde Unterricht aus. Trotzdem haben wir das Geschwafel ganz schön satt, die Typen reden wie immer dasselbe, werden teils geduldig ertragen, teilweise ausgelacht. Ziemlich große Unruhe ist da und jetzt reicht es einigen doch. „Nicht bescheißen lassen, selbst anfassen!“ Das ist die Parole. Ein ganzer Haufen geht nach vorne und besetzt das Mikrophon. Wir nehmen unseren Vertretern die Versammlung aus der Hand. Wir machen sie zu unserer Versammlung und versuchen, mal über unsere Lage zu reden, was uns hier alles nicht paßt, was man dagegen tun kann. Und das zündet. SV-Leute und Lehrer sind ziemlich hilflos, ihre Kontrolle ist weg. Es geht zwar ziemlich durcheinander, aber ein Anfang ist da. Ein Teil von uns ist bereit, endlich zu handeln. Am Nachmittag treffen wir uns, planen Aktionen, machen Flugblätter. So ging das während der ganzen Zeit. Das meiste lief trotzdem ziemlich spontan.

Zuerst einmal setzten wir die Schulordnung außer Kraft. Das war ganz einfach, z.B. als wir in den Pausen rausgehen sollten, weigerten wir uns gemeinsam auf den Schulhof zu gehen, die Lehrer hielten das erst für einen schlechten Scherz und versuchten, uns ganz gütig rauszuschieben. Wir kümmerten uns kaum um sie, gingen im Schulgebäude rum und unterhielten uns ganz nett. Da werden sie immer unsicherer und flattern ganz schön herum, denn sie konnten nichts gegen uns machen als leere Drohungen ausstoßen. Das machte uns natürlich Laune und wir gingen noch später zum Unterricht.

Daraufhin kriegten einige von uns Schulstrafen, als sogenannte „Rädelsführer“. Sie dachten, damit wäre die Sache erst mal gestorben, aber da lagen sie falsch. Erstmal wollten wir wieder eine Vollversammlung, wurde natürlich nicht erlaubt. Die SV-Leute meinten: vielleicht mit Genehmigung in 10 Tagen, aber so ließen wir uns nicht abspeisen. Wir mußten uns sofort versammeln, deshalb machten wir es selber. Daß die Lehrer gerade eine Konferenz abhielten, kam uns zur Hilfe. Einer stieg durch ein Fenster und öffnete die Aula. Andere waren noch durch die Klassen gegangen und die VV konnte anlaufen. Thema: Verhinderung der Strafen. Außerdem waren uns noch einige Hamburger Studenten zur Hilfe gekommen, die auch noch berichten wollten, wie die Rationalisierung an der Uni aussieht. Die SV-Leute versuchten, zu stören, aber einer schrie sie häufiger an, da hielten sie lieber die Klappe. Wir waren gerade so schön angefangen, da kam durch den Lautsprecher der Befehl, sofort in die Klassen zu gehen. Darum kümmerte sich keiner. Dann kam aber der Direktor, um die Versammlung aufzulösen. Vor dem hatten eine Menge ziemlich Schiß. Wir waren noch nicht so gefestigt und es trotteten also die meisten heraus, schön langsam unheimlich verächtlich gegenüber dem Direktor, der mit seinem Hinweis um unseren Block herumlief. Aber in der Pausenhalle hatten wir uns wieder versammelt. Den Bestraften und den Studenten drohte er mit Hausfriedensbruchsanzeigen. Das ließ uns ganz kalt, wir wußten ja, das waren leere Drohungen. Die Typen zischten dann auch ab, ziemlich kopflos: einige Lehrer versuchten, uns auseinander zu bringen. Einen, vor dem wir früher besonders viel Angst gehabt haben, umkreisten wir und gingen ganz sachte mit ihm weiter, bis er mit dem Rücken am Pfeiler stand. Da hatte der auch keine Lust mehr Ordnungshüter zu spielen und verschwand sehr schnell, dann guckten sie uns aus der Ferne zu mit den SV-Leuten. Eine schöne Brut!

Es ging kaum einer zum Unterricht. Wir diskutierten weiteres Vorgehen und waren gespannt, was sie tun würden. „Zwei Kripoleute sind in die Schule gekommen“ meldete plötzlich einer. Jetzt waren wir richtig heiß. Es empörten sich viele: denen werden wir es schon zeigen. Aber es kam nichts gegen uns. Aber die Sache mußte jetzt weiter laufen.

Am Nachmittag in der Schule. Unheimlich gelöst gingen wir das erste Mal zum Essen, ermutigten uns, lachten. Endlich mal ohne Druck, endlich den Betrieb in der Lernfabrik gestört.

Mieses Wetter war am Nachmittag, aber trotzdem kamen ca. 70 Leute vor die Schule. Die war allerdings „vorsorglich“ abgeschlossen. Jetzt kam doch bei vielen Angst vor der eigenen Radikalität auf. Wir wußten genau, daß es jetzt richtig war, in die Schule einzudringen, sie für unsere Versammlung zu besetzen, sie für unsere Bedürfnisse zu benutzen. Trotzdem. die Angst. das eingepflanzte „Rechtsdenken“ waren noch zu stark. Nur ein Teil war dazu bereit. Um nicht auseinanderzulaufen, zogen wir um die Schule und machten Sprechchöre, als wir hinter einem beleuchteten Fenster den Direktor sahen. Sehr wohl war dem sicher nicht. „Sein“ Hausrecht, „seine“ Stellung beeindruckte uns nicht mehr. Mittlerweile war bekannt, daß zwei von

WIR WOLLEN ALLES – AUSGABEN IN ITALIENISCHER UND GRIECHISCHER SPRACHE –––

Die Zeitung erscheint auch in diesen beiden Sprachen und kann über die Gruppen oder den Verlag bezogen werden. Genossen, bitte organisiert den Vertrieb, indem ihr sie bestellt und an Italiener und Griechen, die ihr kennt, weitergebt. DAS IST SEHR WICHTIG!

STREIK

uns aus der Schule fliegen sollten. Wir blieben hinter der Schule zusammen. Unsere Nahziele waren klar: keine Strafen – jederzeit Schülervollversammlungen – jederzeit Räume in der Schule – Aufhebung der alten Schulordnung.

Wichtiger war: wie setzen wir das durch. Mit „Bitte, bitte" war es nicht getan. Von unserer Mitbestimmung hatten wir auch genug. Viele Vorschläge: Presse einschalten, die Öffentlichkeit aufmerksam machen. Aber wozu das? Das half uns direkt nicht weiter, das überließ unseren Kampf doch nur wieder Vertretern. – Demonstration, Verhinderung des Schulbetriebs – aktiver Streik in der Schule, ja das mußte von uns selbst organisiert werden. Also morgen früh machen wir eine VV, ganz egal, wer alles sie verhindern will. Das war jetzt vielen klar: rausschmeissen können sie nur wenige und nur dann, wenn die anderen sich wieder dem Schulbetrieb unterwerfen. Eben jeder für sich paukt für die Punktejagd, um bei den Arbeiten durchzukommen, nicht weil ihn der Stoff interessiert. Dann sitzen wir hübsch dieser ganzen Maschinerie gegenüber, die den Leistungsdruck enorm verschärft. So siehts für viele jetzt schon aus: unsicher, gehetzt, ohne viel Kontakt untereinander, dauernd voll Angst, nicht mithalten zu können, kommen wir da morgens schon in ohnmächtiger Wut hin. Wie soll man auf dieser Grundlage versuchen, seine Bedürfnisse durchzusetzen, große Kämpfe anzufangen. Deshalb mußten wir den Schulbetrieb selbst angreifen, sonst könnten wir diesen Zustand nicht überwinden. Man schafft und organisiert sich natürlich eine Menge Löcher, um durch zu kommen, aber ein richtiger Angriff ist das ja nicht gerade. Wir versuchen uns mit schummeln, schwänzen, absprechen beim zuspätkommen, teekochen in der Schule, zwar etwas bequemer einzurichten, aber das läuft nur von einzelnen hin und wieder, das ist keine große Macht. Früher in den Klassen hatten wir uns mehr abgesprochen. Da haben wir soviel gearbeitet wie es uns Spaß machte, keinen Strich mehr. Dann kamen die „Reformen": mehr individuelle, leistungsbezogene Lernmöglichkeiten. Das heißt einmal , daß unsere Kontrolle über die Leistungsanforderungen futsch war. Jeder mußte jetzt nach Punkten jagen, untereinander absprechen lief überhaupt nicht mehr. Dadurch hatten sie uns kleingekriegt, keine Unruhen mehr wie 68/69. Dazu gehört auch, daß jedes Vierteljahr eine ganze Woche lang Arbeiten geschrieben werden, für die wir den Stoff aus der ganzen Semesterzeit wissen müssen. All das soll uns zwingen, immer mitzumachen. Das diszipliniert wirklich unheimlich. Eine richtige Rationalisierung der Schule, dabei ist es erst der Anfang.

Und genau nächste Woche sollten diese Klausuren geschrieben werden. Setzt die Gegenseite das durch, bricht alles wieder zusammen, ohne Zweifel. Also weigern wir uns, das mitzumachen. Ohne uns geht es nicht! Schreiben wir Arbeiten zusammen, keiner schreibt für sich allein, dann haben die schon verloren. Ihr bestes Druckmittel gegen uns wollen wir umdrehen gegen sie. – Am nächsten Morgen strömen wir vor der Aula zusammen, die ist natürlich dicht! Frechheit! Jetzt werden wir uns alle vors Lehrerzimmer setzen und sie einschließen. Da kommen sie aber schon an. Direktor vorne weg, noch ziemlich siegessicher, aber unsere Entschlossenheit macht ihn nervös, Unruhe, die klare Forderung: sofort VV. Er schwingt sich noch einmal auf: „Was hier passiert, bestimme ich". Mitleidiges Grinsen, nun steht er da, wird immer unsicherer. Je mehr er schreit, desto schöner wird seine Bombe. Als er knallrot ist, merkt, wie machtlos er geworden ist, rennt er weg, diesmal allein. Einige schreien: jetzt wollen sie wohl die Bullen holen, was!: da hatte kaum noch einer Angst, wir spürten nämlich so richtig unseren Zusammenhalt. Wir hatten gesiegt, nicht er. In dem Augenblick gehörte uns die Schule, wir hätten sie umkrempeln können, aber das haben wir verpaßt. Statt nun den Unterricht in den anderen Klassen zu beenden und gleich Aktionen zu beschließen, ließen wir uns in fruchtloses Gerede mit der SMV ein. Dabei kam nichts raus, aber wir waren selbst noch zu überrascht, wie weit uns unsere Kraft nach vorn geworfen hatte. So kamen bei der Versammlung keine konkreten Beschlüsse raus. Schließlich liefen wir auseinander ohne daß bekannt war, was genau passieren sollte. Von der Durchführung der Klausuren hing nun alles ab. Ein Teil wollte sie nicht mitschreiben als einziges richtiges Kampfmittel. Am Montag hatten sich aber zu viele mit den Arbeiten abgefunden, sie fanden doch statt. Rausschmisse wurden verhindert, aber nicht alle Strafen. Wir waren noch nicht stark genug, aber das wird sich noch ändern. Warum haben die Lehrer noch immer nicht gewagt, einen von uns rauszuschmeißen?

P.F.

BERICHT EINES STUDENTEN

ÜBER DIE SITUATION AN DER HAMBURGER UNIVERSITÄT

Seit einigen Monaten ist die Presse wieder mit Schlagzeilen zur ‚Misere' an den deutschen Hochschulen gefüllt. Streiks, Vorlesungssprengungen, Besetzungen, kurz: Aufruhr – die Antwort der Studenten auf neue Prüfungsordnungen, Ordnungsrecht, NC (Numerus Clausus = totale Zulassungsbeschränkung zu allen Fächern) und ähnliches – bereiten Industrie, Gewerkschaften und Bundesregierung erhebliche Kopfschmerzen.

Doch warum diese neuen ‚Hochschulreformmaßnahmen'? Wurde uns in den letzten zwei bis drei Jahren nicht immer wieder vorgeschwätzt, daß sich ‚die Situation an den deutschen Hochschulen dank kluger Maßnahmen der Regierung, die auf die vernünftige Einsicht der meisten Studenten baute, beruhigt hätte'?

Rückgratbrechmaschine werden. Wer von uns noch die Illusion hat, seine Studieninhalte in etwa bestimmen zu können, ist auf dem Holzweg. Das Verhältnis der Studenten zu ihrer Arbeit wird immer mehr oder ist schon ein Spiegelbild der Arbeitsbedingungen in der Fabrik.

Da der Arbeitsanreiz nicht mehr in der Arbeit selbst liegt, wird er künstlich hergestellt; er läuft jetzt hauptsächlich über Benotung und Belohnung. Genau wie der Arbeiter nach den Anforderungen der kapitalistischen Produktivität auf dem Markt gemessen wird, soll jetzt auch der Student endgültig dem ‚Marktinteresse' dienen, soll das gesamte Bildungswesen den Profitinteressen des Kapitals im Eiltempo unterstellt werden. Wer motzt oder sich dagegen auflehnt, dem drohen Ordnungsrecht, Lern- und Berufsverbot.



Weil dem Kapital die ‚Studentenbewegung' mit ihren radikalen Aktionen, die sich immer mehr gegen die bürgerliche Wissenschaft, gegen die kapitalistische Ausbildung selbst richtete, als großes Unbehagen, als noch nicht vergessener Schreck in den Knochen sitzt; weil die Studenten auch während der letzten drei Jahre einen täglichen Kleinkrieg gegen die kapitalistische Ausbildung führten. Sie hatten einfach keine Lust mehr, sich in den Seminaren und Vorlesungen Inhalte einbläuen zu lassen, die überhaupt keinen Zusammenhang mehr mit ihrem Lebensbereich herstellen konnten; die sie zu jederzeit beliebig einsetzbaren Fachidioten des Kapitals machten. Sie drückten diese Unlust teils in einzelnen, teils in kollektiv geführten Verweigerungsaktionen aus: Schwänzen, Mogeln, Verweigerung von Klausuren (in Klausuren soll das blind eingepaukte Wissen überprüft werden, um den Studenten danach einzeln zu ‚benoten'), bis hin zu Seminarsprengungen. Deswegen – um die durch die Massenbewegung 1967–70 eindeutig gewordene, zeitweilig durch ‚Reformen' beruhigte und sich nun wieder abzeichnende studentische Aufsässigkeit erneut unter Kontrolle zu bringen – rationalisiert und diszipliniert das Kapital das Studium über verschärfte Leistungsanforderungen: der Studiengang selber soll der 40-Stundenwoche angeglichen werden, Semesterferien soll es nun nicht mehr geben, das Studium soll gleich ein Jahr dauern und im übrigen soll hinter diesem verschärften Studium der große Knüppel stehen: entweder du bist in 6 oder 8 Semestern fertig, oder du fliegst.

Damit auch ja keine Solidarisierung unter den Studenten gegen diese Unverschämtheit entstehen kann, vereinzelt man die Studenten und zwingt sie, gegeneinander zu konkurrieren: es gibt jetzt wieder individuelle Benotungen, tausend Regeln und Regelchen, wie man aus der UNI fliegen kann, wenn man nicht pariert, sowie Zwischen- und Abschlußprüfungen nach dem 5. und 8. Semester. Falls sich irgendwo doch noch Widerstand regen sollte, ist man gleich mit dem Ordnungsrecht (das Recht, daß die kapitalistischen Interessen an der UNI gegen Störungen verteidigen soll) und NC zur Hand. Durchgesetzt wird das alles mit den berühmt-berüchtigten Berufsverboten, Polizeieinsätzen und Verhaftungen. Das ist die eine Seite, die Angst vor studentischer, vor unserer Aufsässigkeit, die die erstrebte kapitalistische Friedhofsruhe an der UNI stören könnte. Doch daneben gilt der kapitalistische Angriff auf den Ausbildungssektor auch der Angleichung der Lehrinhalte an die Profitinteressen des Kapitals. So sollen die Studiengänge bis ins Einzelne aufgegliedert werden, damit Grundlagen- und Methodenwissen stur gepaukt werden kann, damit die ‚Einführung mehr praxisbezogener Lehrinhalte' durchgesetzt werden kann.

Das bedeutet für uns: so wie der Arbeiter nur ein paar Handgriffe lernen soll, um sich z. B. als Fließbandarbeiter für die Profitinteressen des Kapitals kaputt zu machen, so sollen wir ebenfalls bestimmte Grundbegriffe lernen; so sollen wir jederzeit für die Profitinteressen des Kapitals nutzbar gemacht werden; so soll uns die kaputtmachende kapitalistische Fabrik als höchstes zu erstrebendes Ziel erscheinen.

Die kapitalistischen Rationalisatoren haben sich das wirklich fein ausgedacht: die Universität soll zur Genick- und

Dabei ist vorausgesetzt, daß uns zum Motzen überhaupt noch Zeit bleibt: Der Höchstsatz der Ausbildungsförderung (420,– DM) reicht hinten und vorne nicht. So sind wir immer gezwungen gewesen, neben dem Studium auch noch zu arbeiten. Doch damit ist es jetzt vorbei, es bleibt keine Zeit mehr.

In Hamburg hat sich die berühmt-berüchtigte Sozialdemokratie der ‚Herren' Schmidt und Ruhnau etwas besonders FEines ausgedacht. Rechtzeitig zu Weihnachten bescherte sie uns eine neue Rahmenprüfungsordnung, die die durch die ‚Kommunisten' des DKP-Studentenbundes „Spartakus" schon lammfromm beeinflußte Universität endgültig den Kapitalinteressen unterordnen sollte. Die ganze kapitalistische Profitinfamie, die den Arbeitern in den Fabriken immer mehr monotone Arbeitsqual aufzwingt, soll nun auch an der Universität eingeführt werden. Für uns bedeutet das ganz klar: **MEHR DRUCK – MEHR LEISTUNG – WENIGER FREIZEIT – WENIGER GELD.**

Doch dieses ganze Paket an Maßnahmen genügt ihnen offensichtlich nicht. In den Schulen setzen sie mit der ‚Studienstufe', neuen Prüfungsordnungen etc. schon Maßstäbe für die UNI. Wer dazu kommt, dem soll – so die Kapitalisten – das Rückgrat mindestens schon angeknackt sein; die UNI besorgt dann den Rest. Falls aber die Studenten sich dagegen wehren und die kapitalistische Ausbildung zum Teufel schicken, hat man immer noch eine Karte in der Hinterhand. Diese Karte heißt: Bundeswehrhochschule. Private Universitäten. Sie sind der zusätzliche Knüppel, mit dem man uns drohen will: Wenn Ihr nicht wollt, machen wir unseren eigenen Verein, also pariert lieber!

Hier bei uns in Hamburg lief der Karren – trotz aller Scheiße, den die ‚Kommunisten' des MSB uns als studentisches ‚Kampfgold' verkaufen wollten – nicht so ganz einwandfrei für die Kapitalisten.Am 12. Dezember stimmten über 5 000 Studenten in einer Vollversammlung aller Studenten der Hamburger Uni für einen dreitägigen Warnstreik. Gleichzeitig wurde ein Ultimatum an die SPD-Bürgerschaftsfraktion gestellt, die RPO bis zum 10. Januar 1973 zurückzunehmen. In einer neu einberufenen Vollversammlung am 11. Januar 1973 konnte der AStA (die Vertretung der Studenten an der Uni) , angetan von seinen Informationsständen während des Warnstreiks in der Stadt mit Slogans wie „In der Bildung tun sie nix, in der Rüstung sind sie fix", oder „Leistungskontrolle ja, politische Disziplinierung nein", seinen Vorschlag einer Urabstimmung mit knapper Mehrheit (0,951 %) durchsetzen. Diese Urabstimmung sollte den richtigen Gegenvorschlag, den Streik sofort und massiv zu beginnen, um dem Kapital eindeutig zu zeigen, daß die Uni nicht nur aus Kriechern a la MSB/SHB besteht, verhindern. Das Ziel dieser Urabstimmung, ein einwöchiger Vollstreik konnte nicht erreicht werden. Durch Manipulation an der Gesamtstudentenzahl zauberte der AStA dann doch noch schnell eine Mehrheit herbei, um den weiter kampfbereiten Studenten in den Rücken zu fallen: er nannte seine jämmerlichen Aktionen in der Bevölkerung nun einfach „Streik". Der Erfolg war, daß ein großer Teil der „Streikenden" wiederum

die Bevölkerung aufklärte über einen „Streik“, denn es gar nicht gab. Ein großer Teil der Seminare ging weiter.

Die Ablehnung der aktiven Streiks, d. h. mit Streikposten und, wenn notwendig, auch Barrikaden, machte den Streik zur Farce, zum Glaubensbekenntnis mit Informationspflicht und zerstörte die Bereitschaft vieler Studenten, den Kampf gegen das Studium aufzunehmen. Angemerkt sei noch, daß viele Streikende nach diesem ganzen Firlefanz unter verschärftem Leistungsdruck standen.

Doch da zeigte sich zum Entsetzen des AStA und der Uni-Bürokratie, daß ein Teil der Studenten keine Lust hatte, dies Theater mitzumachen. So begannen sie, den Kampf gegen die RPO dort aufzunehmen, wo sie das Studium erst einmal erlebten: in den Seminaren und Vorlesungen. Jeder Professor und Dozent, der uns in seinen Veranstaltungen zu Fachidioten des Kapitals machen wollte und will, stellten und stellen wir vor die Alternative, entweder mit uns und zwar zu unseren Bedingungen und nicht zu denen des Kapitals, oder ohne uns. Dahinter steht die einleuchtende Tatsache, daß das Kapital, wenn die Seminare und Vorlesungen ausfallen, keine Fachidioten mehr in seine Fabriken schicken kann. Mit Forderungen, die den Veranstalter zwangen, Stellung zu nehmen, begannen wir Seminare und Vorlesungen zu bestimmen. So z. B. im Bermbach-Seminar (Bermbach gehört zu den sog. fortschrittlichen Dozenten, d. h. er ist ein „Seminarlinker“, der besonders von „modebewußten Linken“ umgeben wird):

In seinem 30 bis 40 Leute starken Seminar verteilten wir unser Flugblatt, in dem jeder, der die RPO verteidigt, als Leistungsvampir des Kapitals entlarvt wird. Als der Herr Dozent dann kam, war er bezeichnenderweise sofort bereit zu diskutieren. Wir informierten kurz über die RPO und zeigten auf, warum eine solche Maßnahme gerade heute kommt. Nach einer guten halben Stunde ergriff er das Wort zur grossen „Richtigstellung“. Er bezog sich auf reaktionäre Professoren, die die Unterstellung der Wissenschaft unter „Allgemeininteressen“ immer noch nicht einsehen würden. Dagegen hätte die Gesellschaft ausdrücklich das Recht, ihren Ausbildungssektor selbst zu bestimmen, denn schließlich zahle sie ja auch dafür. Im Anschluß an diese „Vergesellschaftungstheorie“ warf er uns dann Verteidigung von Vorrechten vor. Es gelang uns, diesen theoretischen Höhenflug als das zu entlarven, was er war, nämlich eine platte Verherrlichung der RPO mit linkem Akzent. Überhaupt wurde viel mit dem Begriff „Privilegienverteidigung“ hantiert. Anscheinend sind diese „Linken“ der Meinung, weil es in der Fabrik beschissen ist, müßte es auch sonst überall beschissen sein. Das ist allerdings nicht nur Verteidigung des Kapitalismus, sondern Vorantreiben der Profitherrschaft selber.

Wir machten allerdings den Fehler, wiederum zu viel zu reden und zu versuchen, diese linke Variante des Kapitals an der Uni mit Worten zu entlarven, während er weiter sein Seminar beherrschte. Doch daraus lernten wir, daß wir den Dozenten sofort vor die Alternative stellen müssen: entweder mit uns oder gegen uns. Gegen uns würde dann sehr schnell dazu führen, daß der Betreffende sich die Tür „seines“ Seminars einmal von außen ansehen müßte.



Zum erstenmal gelang uns das ansatzweise beim SPD-Bildungsexperten und Leistungsvampir Tormin. Tormin lehrt Politologie, ein Fach, in dem uns vorgeschwätzt wird, daß wir in der schönsten aller WElten leben. Mit kleinen Fehlern zwar, doch die können durch Reformarbeit geflickt werden. Erstarrt mußte Tormin mit ansehen, wie „Politische Wissenschaft“ von Seiten der Studenten wirklich politisch wurde: indem sie darauf schissen. Tormin wurde klipp und klar erklärt, daß die RPO Kampagnen wichtiger seien als seine schönfärberischen Referate und er sich gefälligst mit dem zu begnügen hätte, was er bekommt. Seine unverschämte Arroganz zu Anfang der Aktion: „Was ein Leistungsnachweis ist, bestimme ich; und wie das Studium hier aussieht auch“ wich sehr schnell einem begütigendem „Aber selbstverständlich bekommen sie alle ihren Schein“, als ihm klargemacht wurde, daß wir uns von einem SPD-Leistungsschwein nichts bieten lassen und daß uns seine „Wissenschaft“ einen Dreck interessiert.

Professoren und Dozenten, die trotzdem glaubten, weiter Leistungsdruck ausüben zu können, mußten in vielen Seminaren erleben, daß das nicht hinhaut: sie verließen den Saal dann meistens unter Protest, bei den Juristen z. B. Arm in Arm mit „unserem“ Unipräsidenten Fischer-Appelt, der eine schöne Büttenrede hielt, sich dann aber weinerlich zurückziehen mußte (der Mann arbeitet in seinem eigenen Humor nicht) – wahrhaft traurige Ritter des Kapitals – und wieder konnten die kapitalistischen Rationalisatoren eine Veranstaltung mehr abschreiben.

Wir wissen, daß alles ist noch nicht viel, kann erst ein Anfang sein. Wir wissen aber auch, daß dieser Anfang gemacht werden muß. Unser Kampf ist nicht isoliert; wenn immer von „Verbindung mit der Arbeiterklasse“ geschwätzt wird, die in der Regel so aussieht, daß die Studentenbonzen und Gewerkschaftsbonzen sich um den Hals fallen, um Studenten und Arbeiter gemeinsam zu bescheißen, so wissen wir, daß mit den Arbeitern etwas ganz Konkretes verbindet:

DER HASS AUF DAS KAPITAL, DAS IN SEINER PROFITGIER ÜBERALL DAS LEBEN ERSTICKT!

PROLETARISCHE FRONT
HAMBURG

So wie wir begonnen haben, den Kampf an unserem Arbeitsplatz gegen die Profitschinderei aufzunehmen, so werden wir ihn auch da aufnehmen und weiterführen, so die Kapitalisten sich ihren zusätzlichen Profit dadurch erzwingen wollen, daß sie uns unsere ohnehin schon beschissenen Lebensbedingungen noch mehr beschneiden. Hier sitzen Schüler, Studenten und Arbeiter in genau der gleichen Scheiße. Deswegen werden wir den Kampf in den Regionen auch gemeinsam führen. Gegen Miet- und Fahrpreiserhöhungen werden wir gemeinsam vorgehen, indem wir Miet- und Fahrpreiserhöhungen organisieren, Hausbesetzungen durchführen.

In diesen Kämpfen können wir erfahren, was uns die bürgerliche Wissenschaft, was uns Wissenschaft überhaupt nützt: gar nichts. Sie ist vielleicht fähig, klug über unsere Praxis zu schwätzen, aber wenns soweit ist, zieht sie sich mit ebenso viel klugem Geschwätz von unseren Kämpfen zurück. Im gemeinsamen Kampf mit Arbeitern, Lehrlingen und Schülern werden wir **gemeinsam** feststellen und entscheiden, was zur Weitertreibung des Kampfes notwendig ist; werden wir **gemeinsam** lernen und so feststellen, daß ‚wissenschaftliche Qualifikation‘, die Trennung vom bestenfalls Nachdenken über unsere Kämpfe und die Kämpfe selbst ist, uns nicht weiterbringt, sondern daß die Alternative der Kampf allein ist.

STREIK BEI KÜPPERSBUSCH



VORAUSSETZUNGEN:

Alle Kollegen, die Akkord arbeiten und vor 1970 eingestellt wurden, erhalten einen Akkordzuschlag, der in Lohngruppe 5 DM –,27, in Lohngruppe 4 DM –,54 pro Stunde ausmacht. In den anderen Lohngruppen gibt es keinen Zuschlag.

Die Kollegen, die seit 1970 eingestellt wurden, erhalten keinen Akkordzuschlag, womit eine doppelte Spaltung erreicht ist. Einmal die Spaltung zwischen denen, die Anspruch auf den Akkordzuschlag haben, und denen, die keinen haben; sowie der Widerspruch zwischen denen, die den Zuschlag bekommen, und denen, die zwar den Anspruch haben, aber nicht in den entsprechenden Lohngruppen arbeiten.

Als ich anfing, gab es schon Debatten über eine mögliche Streichung dieser Zulage. Das Gerücht hält sich also schon seit einiger Zeit.



Schon im November hatte es Unruhe gegeben, weil die Geschäftsleitung kein Weihnachtsgeld zahlen wollte. Erst ein angekündigter Streik zwang sie, einzulenken. Und dennoch blieb die Unruhe, weil etliche Kollegen durch die Tarifierung des Weihnachtsgeldes auf 30 % erhebliche Einbußen hatten.

Nach dem letzten Tarifabschluß wurden den Angestellten übertarifliche Zulagen angerechnet. Es heißt, es seien Kürzungen um 25 DM. Bei den Angestellten gab es keinerlei Abwehrreaktion. Das ermutigte den Vorstand wohl zu seiner jüngsten Schweinerei, die unheimlich spalterisch ausgedacht war. Und zwar hieß das Gerücht, die oben beschriebenen Akkordzulagen und übertariflichen Zeitlohnzulagen sollten im Laufe der nächsten drei Jahre schrittweise abgebaut werden; und zwar zugunsten der Schichtarbeiter. Spalterisch deswegen, weil erstens der Widerspruch zwischen Schichtarbeitern und Nichtschichtarbeitern reduziert wurde, zweitens der Widerspruch unter den Akkordarbeitern und drittens die räumliche Trennung von Akkordarbeitern und Zeitlohnarbeitern (der größte Teil der Akkordarbeiter arbeitet im neuen Werk, der größte Teil der Zeitlohnarbeiter im alten Werk) ausgenutzt wurde.

ABLAUF DES STREIKS

Zunächst wirkte sich diese Spaltung auch aus. Schon am 27. Februar hatten die Kollegen der Kupferschmiede im alten Werk für eine halbe Stunde warngestreikt, nachdem bei einer Sitzung mit dem Betriebsrat der Vorstand dieses Thema angeschnitten hatte. Von diesem Streik erfuhren wir im neuen Werk nichts. Auch nicht später. Alle Kollegen aus dem alten Werk, mit denen ich sprach, gaben nur spärlich Auskünfte. Jedenfalls verdichtete sich das Gerücht am nächsten Morgen und die Arbeit wurde gegen 7 Uhr in der Kupferschmiede wieder niedergelegt. Die Parole „Wir müssen zu den Akkordarbeitern!“ tauchte auf und ein Zug von vielleicht 150 bis 200 Mann aus dem alten Werk kam rüber ins neue Werk. Bis dahin war die Geschichte wohl vom Gewerkschaftskörper im Betrieb in Gang gebracht worden, aber das kann ich auch nicht mit absoluter Sicherheit sagen. Jedenfalls warteten die Kollegen dann alle auf den BR-Vorsitzenden Scherer.

Es war ein ganz komischer Zug, der uns da entgegenkam. Die Kollegen schwiegen fast alle und schienen nur ihr Ziel, den Frühstücksraum in der Montagehalle, im Auge zu haben. Man mußte ihnen förmlich die Würmer aus der Nase ziehen. Wir hatten ja keinen blaßen Schimmer. Die Kollegen aus der Presserei schlossen sich sofort dem Zug an und nach und nach kam auch die Arbeit an den Montagebändern zum Erliegen. Um 7.45 Uhr stand alles.

Der BR-Vorsitzende hielt eine Rede und klärte auf, worum es ging, ließ einen Menschen aus dem Vorstand zu Worte kommen, der das übliche Bla-Bla brachte, es sei noch nichts entschieden, und forderte dann zur Weiterarbeit auf. Aber wir rührten uns nicht. Daraufhin verschwanden die Bonzen und die Betriebsräte. Und das war der entscheidende Punkt. Spätestens jetzt hatte der Streik keine Führung mehr, wenn er je eine hatte. Das sah so aus: Alle Kollegen blieben stehen. Wir bleiben hart. Aber keiner sagte das. Alle warteten darauf, daß irgendeiner etwas sagt, vor allem, was jetzt zu tun sei. Aber keiner sagte etwas. Das dauerte ungefähr zehn Minuten. Da war echte knisternde Spannung. Ich habe in der Zeit mit ein paar Kollegen gequatscht. Die waren alle irgendwie resignativ. Sieh, viele hauen schon wieder ab. Wir schaffen das nie, mal was durchzusetzen. So weit wie jetzt waren wir schon oft. Paß auf, gleich ist alles vorbei. Und das etliche Minuten lang.

Endlich machte sich ein Kollege zum Wortführer: Zur Hauptverwaltung. Wie sehr alle darauf gewartet haben, zeigt sich daran, daß alle schon unterwegs waren, als kaum die Parole ausgegeben worden war. Im neuen Werk wurde nur noch im Emaillierwerk gearbeitet. Alle anderen saßen herum oder machten sich auf den Weg zur Hauptverwaltung. Wir waren etwa 300, die zur Hauptverwaltung marschierten, wieder schweigend. Die Spitze blieb vor der Tür stehen. Die Nachfolgenden drängten (es war kalt) und riefen: Reingehen. Zögernd ging die Spitze ins Haus. Das Foyer war schnell gefüllt, aber immer noch waren Kollegen draußen: Geht doch die Treppe hoch. Zögernd gingen wir nach oben. Wir hatten uns also auf zwei Etagen verteilt. Die unten wußten nicht, was oben geschah und andersrum. Verbunden waren wir nur durch die Treppe und verbunden haben wir uns durch ein unheimliches Geschrei, das wir urplötzlich anstimmten. Wir oben machten uns daran, die Chefbüros ausfindig zu machen, wobei uns die Angestellten unterstützten. Aber durch unser Geschrei waren die Vorstandsvertreter und die Betriebsräte schon aufgeschreckt worden. Sie kamen uns entgegengestürzt, vorneweg Scherer. Er machte darauf aufmerksam, daß verhandelt werde und forderte wieder zur Arbeit auf. Die Kollegen oben buhten und die Kollegen unten, die die Rede nicht mitgekriegt hatten, buhten sofort mit. Die Schlipse und die Betriebsräte gingen wieder ins Verhandlungszimmer, nur der Personalchef Maschmeyer blieb da und schaute sich auffällig „unauffällig“ um, wen er denn alles kenne. Dann wollte er uns ein Gespräch aufzwingen. Aber er brachte keinen Satz zu Ende, entweder vor Nervosität oder vor Schreien oder vor Widerrede. Dann ließ er sich dazu hinreissen, einem Kollegen, der sich zum Sprecher gemacht hatte, zu drohen: Sie machen sich zum Sprecher von solchen Dumm-



Jetzt war wieder ein Augenblick der Besinnung. Was sollten wir jetzt tun? Arbeiten? Warten? Die Verhandlungen beschleunigen? Einigkeit wurde nicht geschaffen, weil nicht vor allen darüber geredet wurde, sondern nur in kleinen Gruppen. Da beschleunigten die Kollegen eben das Geschehen. Als Maschmeyer wieder ins Verhandlungszimmer ging, hatten wir gesehen, daß die da alle nur rumstanden, was die Wut wieder schürte. Einer sagte, wir müssen denen wohl wieder Feuer machen. Und alle fingen wieder an zu schreien. Die Tür wurde aufgerissen und die Vorgänge im Verhandlungssaal gestört. Die kamen wieder rausgestürzt wie aufgeschreckte Hühner.

Scherer erzählte uns, der Gesamtbetriebsrat würde einberufen und für 11 Uhr sei eine Verhandlung mit dem Vorstand angesetzt (es war kurz vor 9 Uhr). Auf die Frage, warum nicht sofort, sagte er, das sei eine so wichtige Sache, die Argumente müßten gut vorbereitet werden. Und er sei vom Gesetz dazu verpflichtet, uns jetzt wieder zum Arbeiten aufzufordern. Wir daraufhin, wir warten so lange, bis wir wissen, daß wir unsere Zulage wieder haben. Da kamen die Schlipse und sagten, wir verhandeln nicht unter Druck. Wir sagten, wir arbeiten nicht unter Druck. Sie: Das bräuchten wir auch nicht. Es sei ja noch nichts entschieden. Wir: Wir wollen die Entscheidung sofort. Sie: Wir verhandeln nicht unter Druck etc. Sie bekamen kein Bein auf die Erde und verschwanden.

Wir warteten also. Nach einiger Zeit entdeckten wir die Kantine und hier machten wir uns jetzt breit. Jetzt bekam die Sache einen ganz anderen Charakter. Während bisher noch die Ungewißheit und die Wut und die Angst, hauptsächlich vor der eigenen Courage im Spiel war, so verschwand das jetzt. Das Ganze bekam einen Volksfestcharakter. Alle freuten sich. Wenn wir soweit gekommen sind, dann halten wir es noch lange aus. Einige sprachen schon vom nächsten Tag, vom Rest der Woche usw. Alle fühlten, wie gut es ist, wenn sich alle einig sind. Der Satz: Ja, wenn sich alle einig wären! wurde jetzt anders gebraucht: Siehst Du, wenn sich alle einig sind! Es wurde über alles mögliche geredet. Über die mögliche Länge unseres Streiks, darüber daß die Kollegen in England und Italien manchmal wochenlang streiken. Über das Verhalten in der Halle (Tratscherei usw.). Aber im Vordergrund stand Lachen, Freuen, Jubeln. Es war einfach das Gefühl der Solidarität und das Gefühl, stark zu sein. Jedesmal, wenn ein neuer Kollege in die Kantine kam, wurde er bejubelt. Das war einfach großartig.

Kurz nach elf begannen die Verhandlungen, um viertel vor zwölf waren sie beendet. Das Ergebnis: Die Zulagen bleiben. Kurzes Aufmucken gab es noch einmal bei dem Zusatz: für die Dauer des jetzigen Tarifvertrages. Scherer bog das ab, indem er sagte, das ist immer so. Wir waren zufrieden und gingen wieder ins Werk mit dem Tenor, im nächsten Jahr geht s wieder los.

WIE KONNTE DIE SPALTUNG ÜBERWUNDEN WERDEN?

Ich hatte anfangs drei Spaltungsansätze gezeigt. Wie kam es nun, daß sie überwunden wurden?

Zum ersten Punkt: Spaltung zwischen Schichtarbeitern und Nichtschichtarbeitern. Da waren wohl zwei Sachen entscheidend. Einmal war die Geschichte natürlich zu dick aufgetragen: Abbau der Akkordzulage zugunsten der Schichtarbeiter. Die Kollegen sagten, natürlich wollen wir mehr Geld, aber nicht auf Eure Knochen. Wenn sie auch teilweise nicht mitstreikten (Emaillierwerk), so sympathisierten sie doch. Zum anderen sind natürlich unter den Schichtarbeitern auch Akkordarbeiter und da ging es nach dem Motte: Die Akkordzulage in der Hand ist besser als die Schichtzulage auf dem Dach. Entsprechend streikten die Kollegen in der Presserei sofort.

Der zweite Ansatzpunkt war die örtliche Trennung zwischen Zeitlohn- und Akkordarbeitern. Die wirkte sich am ersten Tag ja auch aus. Am zweiten Tag wurde sie durch den Demonstrationszug überwunden, der deswegen das beste Mittel war, weil er Information und Aktion vereinte.

Überraschend ist eigentlich, daß die Spaltung zwischen den Kollegen, die den Akkordzuschlag bekommen, und denen, die ihn nicht bekommen, von Anfang an keine Rolle spielte. Das hat mehrere Gründe. Der wohl wichtigste Grund ist der Einbruch in die Monotonie der Arbeit, den der Demonstrationszug hervorgerufen hat. Viele Kollegen hatten die Arbeit schon hingeworfen, als sie noch gar nicht wußten, worum es ging. Und als sie es dann wußten, da war der Streik eine ganz tolle Möglichkeit, diesen verfluchten Mittwoch rumzubringen, einmal nicht 349 Herde zu montieren oder 1723 Drähte zu biegen oder irgendwas, sondern vielmehr rumzusitzen, zu quatschen, zu dösen, oder auch zur Hauptverwaltung zu ziehen. Jedenfalls war in diesem Handeln Widerstand gegen den Charakter der Arbeit vorhanden, ihm eigenes, selbständiges Handeln entgegenzusetzen. Dieser Charakterzug des Streiks stand auch irgendwie im Raum, war irgendwie sichtbar, spürbar. So meinte z. B. ein Boß: „Einige fassen das hier als Karnevalsscherz auf!“ Wenn der wüßte, was wirklich dahintersteckt, ihm würde das kalte Zittern kommen.

Sodann war da natürlich das Problem mit den Ausländern, die teilweise echt nicht begriffen, worum es ging, die dann mit; machten, weil wir sie dazu aufforderten oder aus dem eben genannten Grund. Viele der Ausländer sind eben solche Kollegen, die den Akkordzuschlag nicht bekommen.

In Gesprächen wurde jetzt auch wiederholt herausgestellt, wie beschissen das ist, daß einige den Akkordzuschlag bekommen, andere nicht; und die Kollegen mit Akkordzuschlag wunderten und freuten sich, daß die anderen auch mitmachten. Vielleicht ergibt sich hier auch ein Ansatzpunkt für eine spätere Offensive.

Der Angriff der Kapis ist zurückgeschlagen – an dieser Stelle. Die haben natürlich nichts Eiligeres zu tun, um sich an anderer Stelle schadlos zu halten. Es ist auch nicht schwer zu erraten, wo. Schon seit einiger Zeit gibt es Ankündigungen, daß Akkorde neu aufgenommen werden sollen. Das wird jetzt mit einiger Sicherheit passieren. Dagegen müssen wir uns wehren.

Der Streik hat natürlich auch noch andere Wirkungen. Die Kollegen sind wieder viel freundlicher zueinander. Wir haben gesehen, wie die einzelnen sich verhalten haben, und das ist durchaus eine Bewertungsgrundlage.

Am nächsten Tag haben wir uns natürlich die Berichterstattung in der Presse angesehen und wir haben gesehen, wo sie verkürzt berichtet, wo sie lügt, wo sie den Unternehmerstandpunkt vertritt. Gewundert haben wir uns über den Begriff „Besetzung“, den auch die DKP verwendet hat. Das war es nämlich nicht, jedenfalls nicht subjektiv. Ich habe das ja geschildert. Hier wurde mir klar, daß ein solch abgestandener Begriff nicht in der Lage ist, die Motivationen und die eigentliche Bewegung in den Griff zu kriegen, ja daß er sogar lügnerisch gebraucht werden kann.

Wohltuend war, daß abgesehen von der DKP niemand aufgetaucht ist, um den Streik für sich in Anspruch zu nehmen. Ich meine die diversen Roten Fahnen.

Da ist noch etwas, was mir aufgefallen ist. Vor einem Jahr hatten wir dort, wo ich damals arbeitete, einen Warnstreik. Ich erinnere mich, wie schwer das dort war, den Streik durchzuführen. Diskussionen, Tätlichkeiten, Auseinandersetzungen in den Abteilungen für eine halbe Stunde Warnstreik. Und hier, obwohl es eigentlich nicht zu vergleichen ist, kam mir das vor wie eine Selbstverständlichkeit.

GENOSSEN AUS DEM WERK





NACH WIE VOR STREIKEN die meisten Arbeiter des Walzwerks der Mannesmann AG in Duisburg-Huckingen, weil sie nicht einsehen, daß sie trotz gesteigerter Produktion weniger verdienen sollen. Am Mittwochmorgen kam es vor dem Werkstor zu einer Diskussion zwischen Arbeitern und einem der Direktoren, unser dpa/UPI-Bild.

Streik in Duisburger Mannesmann-Werk geht weiter

Arbeiter blockieren Walzstraße / Weniger Lohn trotz höherer Produktion /

IG-Metall-Vorstand versucht zu schlichten

FRANKF. RUNDSCHAU 8.3.73

DUISBURG, 7. März. Der seit einer Woche andauernde Ausstand von rund vierhundert Stahlarbeitern des Profilwalzwerkes der Mannesmannwerke Duisburg-Huckingen ging am Aschermittwoch unvermindert weiter. Trotz der vom Duisburger Arbeitsgericht auf Antrag der Werksleitung verfügten Aussperrung von 42 Streikenden gelang es der Werksleitung bis zum späten Nachmittag nicht, ihre Ankündigung wahrzumachen und die Produktion mit eilends zusammengezogenen Arbeitswilligen wieder in Gang zu setzen. Rund vierzig streikende Walzwerker hatten sich auf die Walzstraße gestellt und damit eine Produktionsaufnahme verhindert. Offenbar um weitreichende Solidarisierungen mit den Streikenden zu verhindern, ging die Werksleitung nicht mit Werksschutz oder Polizei gegen die Streikenden vor.

Parallel dazu könnte sich eine Beilegung dieses Lohnkonfliktes in den nächsten Tagen durch Verhandlungen abzeichnen, nachdem sich das Mitglied des IG-Metall-Bundesvorstandes, Rudolf Judith, eingeschaltet hatte. Am Spätnachmittag fand ein erster Kontakt zwischen Vertretern der Werksleitung, des Betriebsrates und Judith statt.

Bis dahin hatte der Vorstand stets erklärt, Verhandlungen erst nach Beendigung des Streiks aufnehmen zu wollen. Angesichts der Rechtslage hatte der IGM-Vorstand in einem am Mittwoch im Werk verteilten Flugblatt die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeit „unverzüglich“ wieder aufgenommen werde, um die Gespräche zu ermöglichen.

Ursache des Ausstandes ist das Entlohnungssystem im Profilwalzwerk; dessen Belegschaft produziert zwar auf Grund von technischen Veränderungen erheblich mehr als 1969; aber wegen neuer Bewertungsmaßstäbe verdienen die Arbeiter trotz dreier Lohnerhöhungen 1973 großenteils weniger als 1969, wie Vertreter der Streikenden am Mittwoch auf einer Pressekonferenz erläuterten. Zwar hatte eine vom Vorstand und Betriebsrat paritätisch besetzte Kommission ein neues Lohnschema erarbeitet, doch wies der Konzernvorstand hinterher dieses von seinen Vertretern miterarbeitete Papier (es hätte pro Jahr 300 000 Mark mehr Lohnkosten erfordert, das sind rund 56 Mark mehr Monatslohn pro Arbeiter), zurück und wollte nur rund 100 000 Mark für Lohnverbesserungen zur Verfügung stellen. Die streikenden Arbeiter erklärten mehrfach, sofort wieder an die Arbeit gehen zu wollen, sobald der Vorstand das ausgehandelte Kompromißpapier akzeptiere.

Verschärft hatte sich der Konflikt, als der Vorstand am Dienstag per Arbeitsgerichtsverfügung 42 Streikenden das Betreten des Werksgeländes untersagen ließ. Die Verfügungen bedrohen Zuwiderhandlungen mit 3000 Mark Geldstrafe oder ersatzweiser Haft.

Gegen diese als einmalig empfundene arbeitsgerichtliche Anordnung hatte der IG-Metall-Vorstand am Dienstag scharf protestiert.



FRANKF. ALLGEMEINE ZEITUNG 8.3.

IG Metall: Arbeit wiederaufnehmen

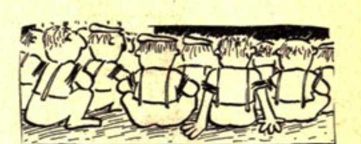
Der Gewerkschaftsvorstand will mit Mannesmann verhandeln



Ri. DÜSSELDORF, 7. März. Der Vorstand der IG Metall hat am Mittwoch an die seit einer Woche im Profilwalzwerk Mannesmann-Huckingen streikenden Arbeiter appelliert, den wilden Streik zu beenden. In einer Bekanntmachung, die von dem nach Duisburg entsandten IG-Metall-Vorstandsmitglied Rudolf Judith unterzeichnet ist, erklärt die IG Metall ihre Bereitschaft, mit der Unternehmensleitung sofort Gespräche aufzunehmen, um die Ursachen des Konflikts zu erörtern und die Folgen beizulegen.

Die IG Metall erwartet jedoch von den Streikenden, daß die Arbeit unverzüglich wiederaufgenommen wird. Wie zu erfahren ist, war ein erstes Kontaktgespräch zwischen Werksleitung, Betriebsrat und IG Metall bereits für den Mittwochnachmittag angesetzt. Die Erklärung der IG Metall, die an die Belegschaft verteilt wurde, hat aber noch nicht dazu geführt, daß schon — wie von der Werksleitung vorgesehen — mit der Mittagsschicht um 14 Uhr wieder normal gearbeitet werden konnte.

Etwa zwanzig Streikende hatten sich auf die Bänder gesetzt, so daß die vollzählig erschienene Walzmannschaft vorerst wieder zurückgezogen werden mußte. Am Tor und im Walzwerk selbst befanden sich am Nachmittag noch rund 60 Arbeitnehmer im Ausstand. Die Werksleitung rechnete aber damit, noch im Laufe des Mittwochs die Walzstraße wieder anlaufen lassen zu können, da der Appell der IG Metall für eine weitere Beruhigung der Fronten gesorgt haben dürfte.



FRANKF. RUNDSCHAU 10.3.

Streik führte zum Erfolg

Mannesmann-Leitung gesteht besseres Entlohnungssystem zu

DUISBURG, 9. März. Mit einem Erfolg für die rund 400 streikenden Walzwerker endete am Freitagmorgen nach neuntägiger Dauer die spontane Arbeitsniederlegung im Profilwalzwerk der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen. In den Morgenstunden hatte sich eine vom Vorstand, dem Betriebsrat, der IG Metall-Ortsverwaltung und der IG-Metall-Bezirksverwaltung Essen beschickte und seit Donnerstag nachmittag tagende Verhandlungskommission auf ein neues Lohnschema innerhalb des Tarifvertrages für das bestreikte Walzwerk geeinigt.

Danach erhalten alle Beschäftigten zwischen 25 und 35 Pfennig je Stunde mehr, die Prämienöffnung nach oben wurde um fünf Prozent abgesichert. 20 Arbeitsplätze wurden nicht berücksichtigt.

Die IG Metall und der Betriebsrat teilten auf Anfrage mit, der Werksvorstand habe ferner zugesichert, daß es keine Repressalien gegen die Teilnehmer an diesem von der Gewerkschaft nicht genehmigten Streik geben werde und daß auch keine Ersatzansprüche geltend gemacht werden sollten. Die Einstweilige Verfügung des Duisburger Arbeitsgerichtes, die 42 der Streikenden bei Androhung einer Geldstrafe von 3000 Mark (ersatzweise Haft) das Betreten des Werksgeländes untersagt hatte, wurde vom Vorstand für gegenstandslos erklärt; die Kosten werden vom Werk übernommen. Zu einer abschließenden Runde traf sich die Verhandlungskommission am Freitagnachmittag.

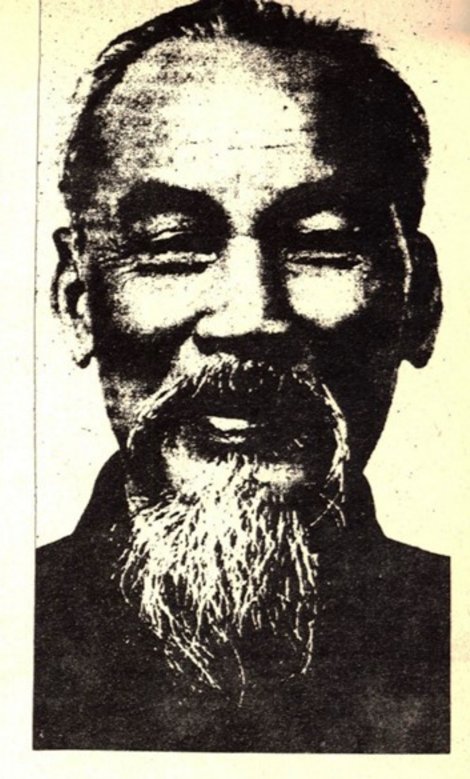
Ursache der Arbeitsniederlegung, bei der die streikenden Arbeiter zeitweise auch ein Sit-in in der Halle des Verwaltungsgebäudes machten, war die seit längerer Zeit schwelende Unzufriedenheit mit einem neuen Entlohnungssystem; danach hätten sie bei erhöhter Arbeitsanforderung trotz dreier Lohnerhöhungen weniger verdient als 1969.

Streik bei Fiat

Aus Solidarität mit rund 1,5 Millionen italienischen Metallarbeitern, die nach fünfmonatigen Verhandlungen noch immer vergebens auf neue Tarifverträge warten, haben die meisten der etwa 90 000 Fiat-Arbeiter in Turin die Arbeit niedergelegt. (rtr)



VIETNAM: UND WAS NUN?



Der Waffenstillstand in Vietnam ist ein Sieg des vietnamesischen Volkes. Der gewaltigen Militärmaschinerie der USA ist es nicht gelungen, Vietnam unter ihre Fuchtel zu bekommen. Aber der Kampf ist nicht zu Ende, denn die Vietnamesen wollen frei sein. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, mit welchen neuen Mitteln die Amerikaner und ihre Marionetten zum gleichen Ziel kommen wollen.

1. Zwischen dem Waffenstillstandsvertrag vom Oktober 1972 und Januar dieses Jahres gibt es keinen wesentlichen Unterschied. Trotz der Einigung im Oktober ließ Nixon Weihnachten noch einmal Mord und Zerstörung über Vietnam kommen. Um „Nordvietnam an den Verhandlungstisch zu bomben?" Nein, um das politisch schwache Regime in Südvietnam für den Tag des Waffenstillstands militärisch so stark wie möglich zu machen. Das heißt: – eine letzte Zerstörungswelle gegen nordvietnamesische Lebenszentren – Stärkung Thieus durch Lieferung von Unmengen Militärmaterial und ökonomischer Mittel und durch den Zeitgewinn für die Unterdrückung der Opposition in Südvietnam.

2. Die militärische Seite des Waffenstillstands wird wenigstens auf dem Papier genau festgelegt, die politische Lösung dagegen wird unbestimmt auf zukünftige Verhandlungen in Organen wie dem Nationalen Versöhnungsrat verlagert. Entscheidend dabei ist, daß das Marionettenregime in allen Fragen ein Vetorecht hat und sie so auf die lange Bank schieben kann. Der Ableger der Amis in Südvietnam muß Zeit gewinnen, um der politischen Konfrontation mit der Befreiungsbewegung zu entgehen. Das betrifft die Freilassung der politischen Gefangenen, den Charakter und die Organisationsweise der Wahlen, die konkrete Bestimmung der politischen Kontrolle in den verschiedenen Gebieten des Lanes.

Diese neue Strategie ist gefährlicher als die alte. Denn sie kann damit rechnen, daß sie die mehr oder weniger stillschweigende Duldung der UdSSR und Chinas erhält. Das Interesse der SU daran ist klar: Entspannung in Europa, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anerkennung bestimmter Einflußgebiete durch die Amerikaner.

Auch China wird sich dieser Politik kaum widersetzen. Noch sind wir nicht in der Lage, alle Faktoren eindeutig zu benennen, die die Haltung Chinas bestimmen. In jedem Fall aber scheint es so zu sein, daß die Interessen einzelner revolutionärer Bewegungen von China zumindest kurzfristig zurückgestellt werden hinter einem Hauptziel: nämlich zu erreichen, daß die verschiedenen Großmächte ein bestimmtes Gleichgewicht untereinander erhalten, daß die einseitige Vorherrschaft der USA und UdSSR gebrochen wird. Aus diesem Grund unterstützt China die europäische Integration. Aus diesem Grund ist es auch nicht gegen einen starken Einfluß der Japaner in Asien. Die Probleme, die sich aus dieser Haltung Chinas für die Fortsetzung der Kämpfe in Südvietnam ergeben können, liegen auf der Hand – erst die nächste Etappe wird zeigen, ob in dieser Lage dem revolutionären Kampf Priorität eingeräumt wird.

Das Ende des amerikanischen Terrorismus in Vietnam und der Waffenstillstand bedeuten also den Beginn einer neuen Art und Weise, internationale Beziehungen zu gestalten. Der Imperialismus setzt seine Hoffnungen auf ein „friedliches" Überwinden der Konflikte. Die revolutionären Bewegungen werden sich mit dieser neuen Strategie auseinandersetzen müssen, um trotzdem zu siegen; das gilt für die Palästinenser ebenso wie für die lateinamerikanischen Guerillas und den Vietcong.

In jahrzehntelangem Befreiungskampf wurde im Norden und mehr als der Hälfte des Südens die Volksmacht aufgebaut. In diesem langen Krieg hat das Volk seine Interessen durchgesetzt, es hat immer gewußt, wofür es diese Leiden auf sich nimmt. Diese Stärke der Befreiungsfront in der politischen Konfrontation mit der Thieu-Regierung fürchten die Amerikaner. Zerbomben konnten sie sie nicht. Deshalb sollen die politisch selbstbewußten vietnamesischen Massen zu Statisten einer sterilen Gegenüberstellung auf Verhandlungsebene gemacht werden. Und das, wofür sie so lange gekämpft haben, soll durch in die Länge gezogene Verhandlungen seines Inhalts entleert werden. Die längere Einfrierung der gegenwärtigen Situation soll Thieu Luft geben und die Kraft der Befreiungsfront untergraben. Und für den Fall, daß das Volk wieder zu den Waffen greifen müßte, stehen die B-52 noch immer in der Nähe, in Thailand und auf Okinawa.

Diese neue Etappe des Klassenkampfs wird die ganze politische, militärische und diplomatische Fähigkeit der vietnamesischen Genossen auf die Probe stellen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß es über den weiteren Weg zu Widersprüchen innerhalb der „Front" kommen wird, indem die unterschiedlichen Interessen dieses Bündnisses der Bauernmassen mit Teilen der nationalen Bourgeoisie aufbrechen können.

3. **Statt Bomben : Dollars.** Der erzwungene militärische Rückzug der Amerikaner bedeutet nicht, daß sie ihre Interessen in Vietnam aufgeben. Nur werden sie ihren jahrelangen Bombenhagel und Soldatenterror jetzt durch „Dollarhilfen" ersetzen, so etwas wie einen Marshallplan für Vietnam lancieren. An diesem Hilfsprogramm sollen sich die Verbündeten der USA, vor allem Japan, intensiv beteiligen.

Was bezweckt diese Politik? Durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau, durch eine Ankurbelung des Konsums, im Schlepptau der Amerikaner und des Imperialismus, soll die Teilung Vietnams tendenziell verewigt werden; ein Spiel, das die USA schon in Deutschland mit Erfolg gespielt haben. Ein Spiel, das die Aufgabe der kämpfenden Genossen in Südvietnam sehr erschweren kann.

4. **Vietnam hat bewirkt, daß der imperialistische „Papiertiger" in der ganzen Welt anders vorgehen muß.** Die Amerikaner haben erklärt, sie würden sich nicht mehr in solche lokalen Kriege wie in Vietnam verwickeln lassen. Diese Entscheidung kommt nicht aus einem neuen Gefühl für Gerechtigkeit oder Humanität. Sondern: Die USA ziehen die Konsequenz aus ihrer Niederlage und wählen eine neue Strategie, um ihre Interessen durchzusetzen. Diese neue Strategie zeichnete sich schon in der diplomatischen „Öffnung" und in den Reisen Nixons ab. Sie hat zwei Hauptpunkte:

1. Neben den USA sollen in Zukunft andere Mächte die Rolle des Kontrolleurs und Weltgendarmen spielen – in Asien vor allem Japan, sonst Europa.
2. Gegenüber den abhängigen Ländern wird eine Schaukelpolitik von **Investitionen** einerseits und **Gewalt** andererseits eingesetzt – um zu erreichen, daß keine Gebiete aus der imperialistischen Einflußsphäre ausschwenken. Auch für Vietnam besteht dieses Ziel. Sollte dies jedoch wegen der langen Kampferfahrung des Volkes nicht mehr möglich sein, so geht es darum, das Land zu isolieren, zu verhindern, daß der Kampf auf andere Länder übergreift.

LOTTA CONTINUA

KLASSENKAMPF IM EIGNEN LAND





Die Vordiskussionen im Revolutionären Kampf

Der Bombenkrieg hatte – da ging es uns nicht anders als anderen Leuten – uns überrascht und zu einer Empörung geführt, die uns seit langem das erste Mal veranlasste, wieder über die vietnamesische Revolution zu diskutieren und zwar im Rahmen der Generaldebatte. Die Diskussionen erbrachten zweierlei. Zum einen wurde unsere weitgehende Hilflosigkeit an Einschätzung gegenüber der Politik des US-Imperialismus offenkundig, ein Punkt, den wir auch später in den Diskussionen über die Agitation kaum lösen konnten. Was die Wiederaufnahme der Bombardierungen bedeuten könnte, darüber gab es zunächst eine Reihe verschiedener Einschätzungen. Vom relativ kurzfristigen Interesse der Amerikaner, ihre Verhandlungsposition – auch gegenüber Thieu – zu verbessern bis zu der Meinung, Nordvietnam solle von kapitalistischer Aufbauhilfe und der Hilfe der Sowjetunion und Chinas abhängig gemacht werden, wurde so ziemlich alles für möglich gehalten. Allerdings kristallisierte sich als wichtigste Einschätzung heraus, daß es die Absicht der USA sei, das nordvietnamesische Wirtschaftspotential so zu zerstören, daß eine spürbare Hilfe für den Kampf in Südvietnam unmöglich werden sollte. Damit wäre auch die politische Überlegenheit der Befreiungsfront zurückgedrängt.



Die Opfer der Agression bei ihrer Ankunft in New York

Zu Weihnachten verhängte Nixon, trotz laufender Friedensverhandlungen in Paris, eine fast totale Bombardierung Nordvietnams. Die verursachten Verwüstungen (Deichsysteme, Hanoi, Haiphong) erreichten ein Ausmaß, daß die Existenz ganz Nordvietnams in Frage stellte. Jeder Tag brachte einen neuen Superlativ über die Tonnenzahl der abgeworfenen Bomben, der Einsätze der Luftwaffe und zerstörten Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen, Transportwege). Über Ziel und Zweck dieses Vorgehens schwieg sich die amerikanische Regierung aus oder lieferte Erklärungen, die angesichts der Nachrichten aus Vietnam auch für die Presse nicht mehr unmittelbar nachzuvollziehen waren. In der ganzen Welt artikulierte sich ein Protest gegen die Beteiligung der Amerikaner am Krieg in Vietnam. Italienische und australische Hafenarbeiter weigerten sich amerikanische Schiffe zu entladen, in Dänemark riefen Gewerkschaften zum Boykott amerikanischer Waren auf. In dieser Situation mußte sich selbst die Sozialdemokratie gegen den Krieg in Vietnam aussprechen.

Die Schwierigkeiten der Diskussion spiegelten sich als etwas hilfloses Hintereinanderreihen der imperialistischen Interessen in der Agitation: Weltmachtkonstellationen, Ölinteressen und kapitalistische Investitionspläne für den Wiederaufbau wurden unvermittelt nebeneinander angeführt. Zum anderen gelang es aber der Diskussion, unser politisches Interesse am Sieg der vietnamesischen Revolution aus der Verschüttung des herben Revolutionsalltags in der Fabrik zu holen. So wurde ein Punkt am Anfang der Diskussion artikuliert: Daß der revolutionäre Volkskrieg beweisen kann, daß ein militärisch überlegener Gegner politisch-militärisch besiegt werden kann.

Ferner gingen wir davon aus, daß wir die Parole „Für den Sieg der vietnamesischen Revolution – Klassenkampf im eigenen Land" genau zu erklären hätten. Wir wollten nicht nur gegen die Amerikaner demonstrieren, sondern auch die Rolle der Bundesrepublik und eben auch der SPD-Regierung im imperialistischen Weltsystem vermitteln. BRD und USA haben in Südamerika, Afrika und Ostasien die gleichen wirtschaftlichen Interessen zu verlieren oder durchzusetzen. Beide brauchen im eigenen Land das Ansehen der Demokratie. Deshalb wollten wir mit Jugendlichen, Gewerkschaftsleuten und Jusos diskutieren, ob man für den Sieg der vietnamesischen Revolution und für Willy Brandt gleichzeitig sein kann. Denn die Loyalität zu Willy und der SPD hindert die Juso-Anhänger an einer radikalen antikapitalistischen Politik.

Für die aktuelle Kampagne gingen wir – nach einer relativ schwachen spontanen Demonstration im Dezember – davon aus, daß das Moment der moralischen Identifikation mit den Vietnamesen, ähnlich wie am Beginn der Studentenrevolte jetzt weit über das übliche Potential der sogenannten Spontidemonstrationen hinausging. Von daher beschlossen wir, für eine Demonstration über einen Aufruf-Deckel von Abendroth bis Böll eine möglichst breite Basis zu schaffen. Diese Aktionseinheit sollte zugleich heißen: politische Vordiskussionen mit Gruppen, zu denen wir sonst keinen Kontakt haben (also sozialistisches Büro, Jusos, Judos und Gewerkschaftsjugend). Dieser Plan wurde hinfällig, als der SPD-Unterbezirk Frankfurt zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung auf dem Römerberg aufrief. Dort sollte ein Vertreter Nordvietnams sprechen. Umsomehr war uns klar, daß wir keine eigene, getrennte Demonstration machen. Bis zum letzten Augenblick blieb unklar, ob die Bundesregierung das Einreiseverbot für Nordvietnamesen aufheben würde. Dies ist nicht geschehen. Unsere Beteiligung an dieser Kundgebung wurde zudem unter dem gleichen Aspekt diskutiert wie vorher der Aufruf-Deckel: Agitation gegenüber Reformisten und Unorganisierten als Beitrag zur Loslösung von Bindungen an die Sozialdemokratie.

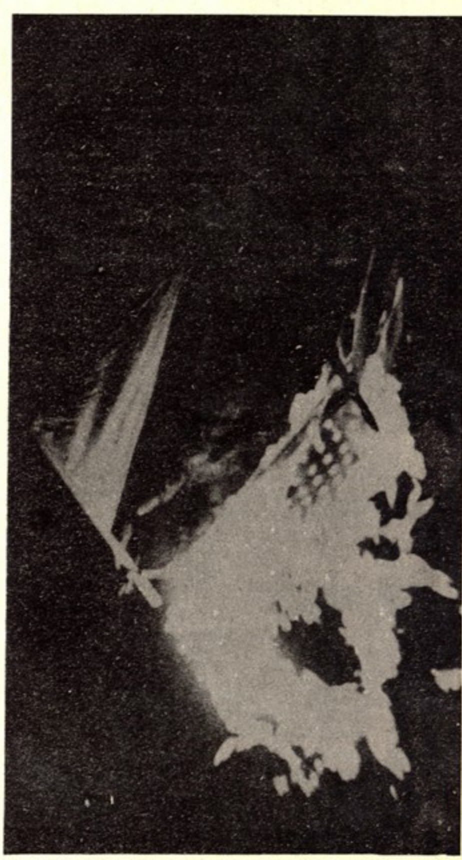
Moral am Römerberg, Bullenknüppel am Amerikahaus: Die SPD demonstriert

Auf der Kundgebung verurteilten die SPD-Sprecher das militärische Eingreifen der Amerikaner und sprachen sich für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung aus.

Wir waren auf die Kundgebung gekommen, um die Leute, die durch den Aufruf der Jusos mobilisiert wurden, damit zu konfrontieren, daß wir uns mit dem Volkskrieg der Vietnamesen identifizieren können, weil er sich nicht nur gegen den militärischen Angreifer USA richtet, sondern auch gegen die Interessen der internationalen Konzerne, die hinter diesem „Eingreifen" stehen. Doch SPD und Jusos konnten mit ihrer Demonstration weit weniger Frankfurter Bürger mobilisieren als wir gedacht hatten. Wir hatten in den Vordiskussionen beschlossen in kleinen Gruppen zum Römer zu gehen, Geldsammlungen „Waffen für den Vietcong" durchzuführen als Anknüpfungspunkt für eine solche Auseinandersetzung mit den Bürgern. Diese Konfrontation fand praktisch nicht statt. Das erste, was einem auf dem Römerberg einfiel war, nach bekannten Gesichtern zu schauen. Wir glauben auch, daß die Auseinandersetzung in dieser Form sehr schwer zu konkretisieren ist.

Der Protest der SPD hatte zwei Seiten: auf der einen faßte sie ihn in Worte der Anteilnahme am Ausmaß der Zerstörungen auf der anderen verwandelte sie durch ihre Polizei Frankfurt in ein Heerlager. Deshalb war es kein Zufall, daß Oberbürgermeister Arndt die Sprechchöre der Genossen „Heuchler, Heuchler" als „Freundschaft, Freundschaft" verstanden haben wollte.

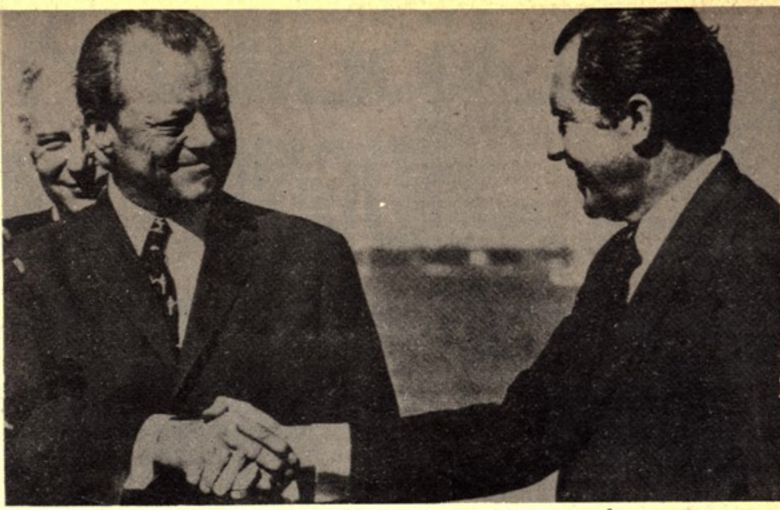
Für uns erschöpfte sich die Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas nicht in moralischen Resolutionen, weil wir nicht gleichzeitig wie die SPD die Interessen des deutschen Kapitals in Indochina vertreten müssen, noch Interesse nach Völkerverständigung mit dem amerikanischen Kapital haben. Wir waren entschlossen unsere Gegnerschaft zur SPD zum Ausdruck zu bringen. Reden konnte nicht genügen. Deshalb haben wir nach Schluß der Kundgebung am Römer zu einer Demonstration aufgerufen, die zu einer amerikanischen Einrichtung in Frankfurt unter der Parole „Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eigenen Land" führen sollte. Die ganze Innenstadt war voll von Bullen, so daß nicht klar war, ob wir überhaupt bis zum Einkaufszentrum der US-Army kommen würden. Doch als der letzte Teil des Zuges den Römer verließ, verblieben bei Bürgermeister Arndt 30 getreue SPD-Anhänger und der „massenfreundliche" KSV (Studentengruppe, die zum Zirkelblock um das Neue Rote Forum gehört). Der Rest, eine kleine Minderheit von 4000 „Linksradikalen" zog gegen das Einkaufszentrum. Auf



dem Weg verschönerten mehrere kleine Trupps die Innenstadt mit Sprühdosen. Wie immer, glaubten wir durch die Demonstration als solche und die Parolen die wir riefen, einen Vermittlungsprozeß bei der zuschauenden Bevölkerung auszulösen. Als wir dann die Demonstration am Einkaufszentrum auflösten und gemeinsam in die Innenstadt zurückgingen, klirrten die Scheiben bei den US-Geschäften, die auf dem Weg lagen. Doch unsere Militanz war nur das lang erwartete Startsignal für die Bullen den Zug aufzulösen, jeden, der sich vor dem Amerikahaus befand, ob Demonstrant oder nicht, zu verprügeln und bis spät in die Nacht hinein mit kleinen Schlägertrupps von 20 Mann durch die Stadt zu fahren, um die Genossen, die nach Hause gingen und solche, die dafür gehalten wurden, zu verprügeln.

Unsere Auseinadersetzung mit der SPD wurde von der mit den Bullen überlagert.

NIXON IST EIN MÖRDER – BRANDT IST SEIN KOMPLIZE





Bonn - die zentralisierte LANGEWEILE

Lediglich ein „Haufen verantwortungsloser Elemente" störte – wenn auch nicht wesentlich – das massenhafte disziplinierte „in Zehnerreihen (Standardabweichung +/- 0) durch die Straßen ziehen" in der 20 000 starken Vietnamdemonstration in Bonn. Die Veranstalter NRF-Block, KPD-AO und KPD-ML und ihre disziplinierte Zehnerreihengefolgschaft, konnten in schwarzen Fahnen und losen Ketten nichts anderes erblicken als „abenteuerliche Haufen".

Unsere Beteiligung an der Bonner Demonstration war in den vorangegangenen Diskussionen wenig diskutiert worden, wesentlich unter zwei Aspekten: Die Zugfahrt nach Bonn, die Gelegenheit zu politischen Diskussionen geben sollte und Erfahrungen in der Bonner Geographie für den damals noch erwarteten Nixon-Besuch im Februar. Um so frustrierender war das, was dann an antiimperialistischem Kampf folgte. Stundenlang harrten die Zehnerreihen auf den Abmarsch, geredet wurde wenig, es war eher als wäre der Genosse Generalsekretär Horlemann von uns gegangen. Die RK (Revolutionärer Kampf) und Sponti-Genossen, die seit der Turnstunde in der Schule nicht mehr so was gewohnt sind, standen in lockeren Gruppen auffällig abgehoben herum. In völliger Verkennung des Ernstes der allgemeinen und besonderen Lage, sowie der wichtigen Aufgaben, die der Klassenkampf uns stellt, riefen sie Parolen wie:„ Ist es auch ein Auswärtsspiel, sind wir doch schon ganz schön viel". „Einen Studenten kann man brechen – fünf Studenten sind eine Partei."



Als die Genossen schließlich noch auf die Wiese gingen – die war immerhin umzäumt – und dort unverständlicher Weise Tänze aufführten („ich bitte dich Genosse, wann hätte man je gehört, daß der Genosse Lenin auf der Wiese getanzt hätte!") machten sich erhebliches Murren in den Zehnerreihen bemerkbar.

Die Demonstration selbst führte, wie gesagt massenhaft und friedlich, was ja nicht verkehrt sein muß, an Schrebergärten und leeren Stadtvierteln vorbei zum Marktplatz. Spätestens hier verschwanden die meisten Sponti-Genossen in die umliegenden Kneipen. Sie versäumten dabei die gemeinsame Aktion von Lenin-Schüler Joscha Schmierer (Neues Rotes Forum) und der Polizei. Berliner Genossen hatten gewagt, die Rathaustreppe zu betreten, was gegen den Willen der Bullen war. Es kam zu einer Auseinandersetzung – mit anderen Worten: es wurde geknüp-



pelt – und Ordnungstheoretiker Schmierer versah die Funktion des Polizeisprechers. Er gab die Verlautbarung ab, bei den Genossen händele es sich um Provokateure.

Die Differenz zwischen Spontaneität und politischem Ritual – konkreter die Differenz zwischen paramilitärischen Zehnerreihen im Rücken des Zentralkomitees und nicht abgezählten Ketten, nicht registrierten Parolen und parteigenormten Fahnen, ist mehr als bloß formale. Bestätigen Massendemonstrationen in sinnlich konkreter Weise das Vorhandensein der Massen als politischer Bewegung, so kommt eben hier der Charakter einer solchen Bewegung zum Ausdruck. Die Parteien des Proletariats, die fortschrittliche Kraft am Straßenrand im Auge, stellen sich ihr gegenüber als ihr bloßes Spiegelbild in Rot dar, ordentlich, sauber und diszipliniert.

Dagegen ist auch für Aktionsformen festzuhalten: „Als Element des Klassenbewußtseins kann alles angesehen werden, was der bürgerlichen Ordnung widerspricht. Was Keime der Auflehnung enthält; als Hemmung des Klassenbewußtseins dagegen alles, was an die bürgerliche Ordnung bindet, sie stützt und festigt." (W.Reich)

Eine revolutionäre Bewegung, die den Rasen nicht betritt, zeigt nur, daß für sie der „Abbau demokratischer Rechte" schon bei der Parkordnung aufhört.

Für uns dagegen sind Demonstrationen – die je nach politischer Einschätzung und ihrer spontanen Entwicklung mit oder ohne Konfrontation mit den Bullen stattfinden – nicht die massenhaft passive Bestätigung von ZK-Politik, sondern politischer Ausdruck und Selbstverständigungsprozeß und damit Politisierungsprozeß der Massen. Oder wie eine Parole des Pariser Mai lautet: „Der Kampf ist die einzige Demokratie der Ausgebeuteten."

Falsch wäre es aber, als Erfahrung der Bonner Demonstration festzuhalten, daß man als Sponti sich an so was nicht beteiligen kann. Unsere politische Schwäche in Bonn war, daß wir mit der Basis der KP-Organisation keine politische Auseinandersetzung führen konnten. Zwar war es richtig, andere Aktionsformen praktisch aufzuzeigen, jedoch führten die mangelnden Vordiskussionen schließlich zu einem regressiven Verhalten gegenüber der geballten Macht der Parteifront. Wir müssen erkennen, daß viele der Genossen Anhänger der KP's sind, weil sie keine Alternative kennen. Eine solche zu vermitteln ist praktisch und argumentativ unsere Aufgabe.

SOLIDARISIEREN - MITMARSCHIEREN!

Zur Geschichte der Aktionsformen

1 000 bis 2 000 Spontis formierten die Demonstrationen der letzten Jahre. Mal mit, mal ohne KSV (Kommunistischer Studentenverband - Frankfurter Gruppe, die dem Heidelberger Neuen Roten Forum nahesteht), je nach Stärke des jeweiligen imperialistischen Schlages oder des Regens. Vielleicht mit Ausnahme des Häuserkampfes sprachen wir niemanden an. „Solidarisieren – Mitmarschieren" blieb ein hilfloser Apell und starb endlich aus. In unserem eigenen Bewußtsein beschränkte sich die Funktion von Demonstrationen zwangsläufig auf Selbstbetätigung und aktuelle Mobilisierung von eben den paar tausend Spontis. Viele Genossen verstrickten sich in den Zwiespalt zwischen ihrem Bedürfnis zu kämpfen und der traurigen Erfahrung des isolierten Demonstrationszuges. Wenn sie sich in die Köpfe der Bevölkerung hineindachten, konnten sie auch nichts anderes als rote Horden sehen. Andere Genossen machten sich gar keine Gedanken darüber, wem hier auf welche Weise Antiimperialismus demonstriert wurde. Sie begnügten sich mit der Freude an pfiffigen Parolen und den Späßchen in der eigenen Reihe. Schließlich wurde unsere Emotionalität während einer Demonstration zum Zeichen des Erfolgs.

Die Kämpfe und Demonstrationen der Studentenbewegung waren von ganz anderer Bedeutung. Dies hängt nicht von den Aktionsformen, sondern vom geschichtlichen Kräfteverhältnis ab. Nachdem die Ziele der Arbeiterbewegung beim Aufbau der BRD von der Allianz US-Besatzungsmacht und deutsches Kapital praktisch geschlagen waren, entstand ein autoritärer Staat. Der nach innen wie nach außen wirksame Antikommunismus verunmöglichte eine qualitativ sich absetzende Opposition, entpolitisierte die Öffentlichkeit und drängte das Interesse der Massen auf die langsame, aber beständige Einkommenszunahme. Liberales Bewußtsein war wesentlich rechtsliberal, wie sich in den Koalitionen von FDP und CDU zeigte. Die SPD mußte sich von reformistischen Arbeiterpartei zur staatsfähigen, technokratischen Reformpartei mausern. In dieser politischen Kräftekonstellation entstand die Studentenbewegung als Revolte der Intelligenz. Allen klassenanalytischen Bestimmungen zum Trotz entwickelte sie im „Medium kritischer Reflexion" (Krahl) eine praktisch wirksame und theoretisch begründete radikale Opposition. Sie konnte gegen den Antikommunismus nur entstehen, weil sie sich in radikalen Emanzipationsansprüchen des Individuums gegen hierarchische Universität, autoritären Staat und manipulative Presse und Fernsehen vom osteuropäischen Sozialismus absetzte. Gleichzeitig fand sie in der chinesischen Kulturrevolution und im vietnamesischen Befreiungskampf eine auf Spontaneität, Antibürokratismus und Solidarität gründende Kampfperspektive, während das Vorbild westlicher Demokratien eben in Vietnam die Ideale bürgerlicher Emanzipation zu verraten schien.

Getragen vom Selbstbewußtsein, die Revolution stünde unmittelbar bevor, verlängerten die Studenten massenhaft den Kampf von der Universität in die Straßen, ohne sich um Vermittlungsprobleme zu scheren. Gewiß erschraken Leute, die sich mit den langen Haaren der Beatles noch nicht abgefunden hatten, erst recht vor Dutschke und der Kommune 1. Aber wie Jugendliche massenhaft ihre antiautoritären und solidarischen Bedürfnisse von der Kleidung über Beat, Kiffen, Wohngemeinschaften zum militanten Kampf gegen Eltern, Lehrer, Springer und den Staat entdeckten, so nahm die zurückgedrängte liberale Öffentlichkeit – wenn auch verändert – kritische Impulse von der Studentenbewegung auf. Universität, Schule, Jugendfürsorge, Jugendorganisationen von den Pfadfindern bis zu den Jusos fanden sich in einem Umwandlungsprozeß.

Aber als der **Staat** selbst sich über die große Koalition zum sozialliberalen entwickelte und damit die Reformansprüche in sich aufnahm, fiel die Studentenbewegung mit ihrem politischen Kräftedefizit in sich zusammen. Dem emanzipatorischen Enthusiasmus waren die Flügel gestutzt. Nur aus diesem geschichtlichen Zusammenhang erklären sich die Schwierigkeiten unserer Aktionsformen, für die sich von da an bestimmte Folgen ergeben.

Die Spontis wurden weniger und rückten enger zusammen - in kleine Gruppen. Während sie aus der Problematik der Minderheitenrevolte folgerichtig den mühsamen Weg zum Proletariat beschritten, zogen sie in den antiimperialistischen Aktionsformen keine Konsequenzen. Sie suchten sich die Militanz zu bewahren, indem sie hie und da zu Steinen griffen. Bei Demonstrationen blieben die Reihen locker, die dichterische Phantasie für Parolen erlaubt, aber auch gefragt. Die Spontaneität



selbst wurde zum **Ritual**. Sie versagte bei den Profispontis, als die Bullen die zweite Vietnamdemonstration im Mai 1972 verboten. Nichtorganisierte zogen in Gruppen – schneller als die Polizei sie greifen konnte – durch die Straßen, von den Profis gingen die meisten nach Hause.

Das heimliche Versagen wirklicher Spontaneität ist nur ein Zeichen für das veränderte politische Verhältnis, das wir bezüglich Demonstrationen nicht reflektieren. Spätestens seit 1970 sind wir keine Bewegung mehr, sondern Gruppen, von denen die Öffentlichkeit nichts Neues – keine kritischen Impulse – mehr zu hören erwartet. Vielmehr hat sie sich gegen die Linke zugunsten der staatlichen Reform abgedichtet.

Die Parteiaufbauer (KPD/ML I, KPD/ML II, KPD/AO, KSV, NRF) übernahmen neben der zweifelhaften politischen Tradition der Thälmann-KP auch deren ebenso zweifelhafte Disziplin. Die Reihen und die Buchstaben auf den Transparenten wurden gerade. Die optische Vereinheitlichung spiegelte deutlich die ideologische wider. Um sich auch in der Sprache von der Bourgeoisie abzugrenzen, bediente man sich chinesischer Begriffe und Grammatik. Mit der Disziplin hoffen sie sich bei den wirklichen und vermeintlichen Zwängen des Proletariats für die Demonstration zu entschuldigen. Aber nicht die Fixierung auf die stumpfsinnige Demonstrationsweise der Leninisten kann uns gehindert haben, das Problem der Isolation von Demonstrationen zu begreifen. Wir blieben in der aktuellen Mobilisierung zu jeweils veränderten Inhalten, die uns durch imperialistische, polizeiliche oder gerichtliche Maßnahmen vorgegeben waren, stecken, weil wir nur sehr allmählich lernen, an Klassenbewegungen teilzunehmen.

Wir demonstrieren unseren überkommenen Antiimperialismus getrennt von denen, mit denen zusammen wir eine neue, nicht bloß studentische revolutionäre Bewegung zu werden hoffen. Die Vermittlungsproblematik entsteht überall da, wo Antiimperialismus nicht in der Studentenbewegung gewonnen oder von ihr erlernt wurde, d. h. bei all den Jugendlichen oder sonstigen Radikaldemokraten, die nicht schon in unserem Sinn politisiert sind. Bei Arbeiterdemonstrationen gibt es keine Vermittlungsproblematik.

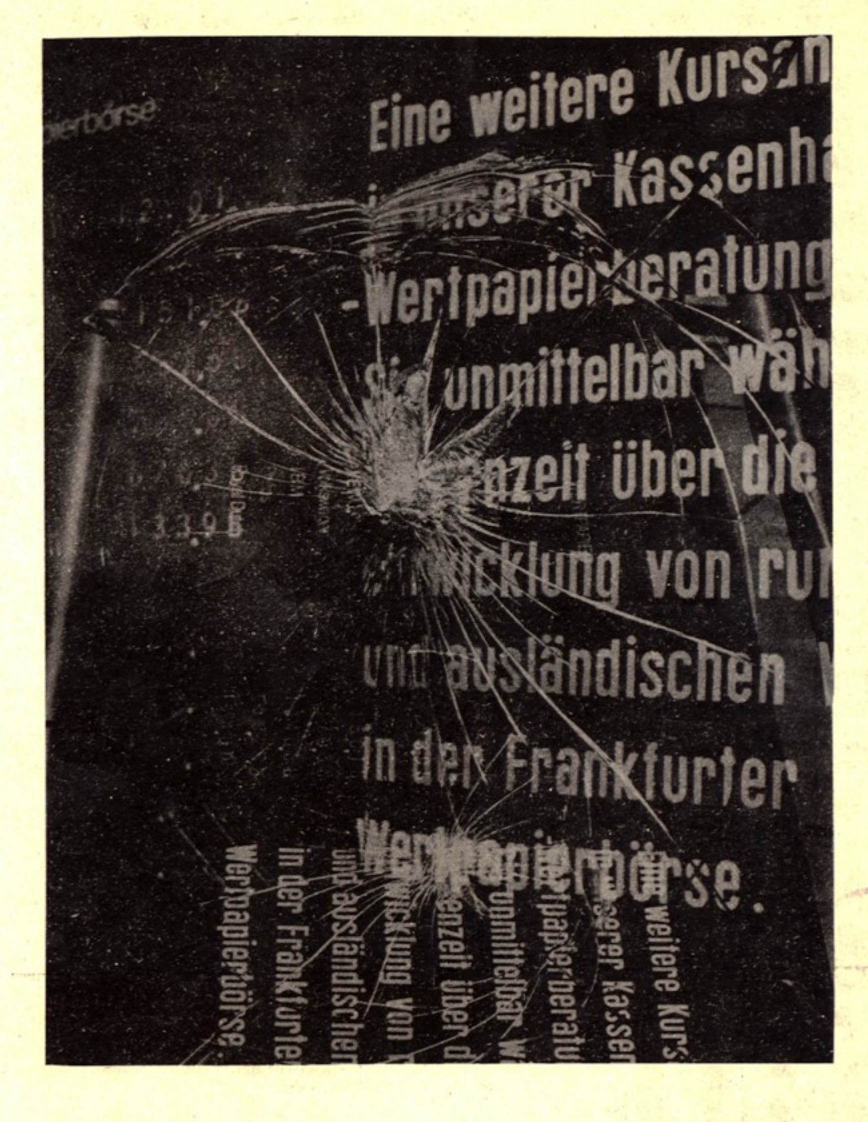
Wir können diese nicht mit technischen Mitteln lösen: Plakate; mehr Flugblätter vorher verteilen, an Schulen, Berufsschulen, Betrieben, Einkaufszentren; vorbereitete und bessere Parolen und Transparente. Auch die Appelle zu Diskussionen und Kontaktaufnahmen beim Verteilen müssen abstrakt bleiben. Warum soll ein Jugendlicher seine Empörung über Vietnam mit irgendeinem Mitglied eines objektiv unbedeutenden Zirkels diskutieren, das er nicht kennt. Genau das aber ist die Situation beim Verteilen vor Schulen usw. und am Rande von Demonstrationen. Von ihrer Problematik her gesehen kommen wir aus einem politischen Ghetto. Die technischen Mittel werden ihre Funktion wiederbekommen im Rahmen von Realbewegungen. Vorläufig bleiben sie vielleicht notwendig, aber auch notdürftig. Die Teilnahme an Realbewegungen läßt sich nicht durchziehen wie eine Kampagne. Derzeit besteht unser Verhältnis zu ihnen noch darin, daß irgendwo etwas passiert. Wir eilen rasch dazu, um auch etwas zu machen. Am Häuserkampf kann man das zeigen. Als wir mit den ersten Besetzungen begannen, waren wir überrascht, daß die Presse z. T. an Agitation übernahm, was wir versäumt hatten. Erst im folgenden bemerkten wir, welch ein Problem des Wohnungsmarktes die Besetzung leerer Häuser aufriß. Wir nahmen allmählich die Stadtkämpfe aus Italien in die Diskussion auf. Daß es nicht gelang, uns in einem Frankfurter Viertel zu verankern, verdankt sich nicht dem Mangel an gutem Willen. Wir haben bisher nur von außen interveniert. So wie wir auch jetzt wieder aufgeschreckt zu den jüngsten Mieterversammlungen nach Bockenheim und Niederrad rennen (nicht daß wir das lassen sollten).

Teilnahme an Realbewegungen ist nur möglich, wenn wir uns auf die Lebenszusammenhänge einlassen, aus denen sie entstehen. So wie wir auch in den Betrieb mußten. Schülerbewegungen entstehen an den Schulen. Lehrlingsbewegungen aus Berufsschulen und Betrieben. Die Frauen fuhren zu dem Kongreß der 218-Gruppen. Vielleicht gibt es in zwei Jahren eine politisch ernsthafte Umweltschutzbewegung. Wir waren noch nie in einer Mieterversammlung, weil wir selbst Miete zahlen müssen. Entweder gingen wir als Kader dorthin oder wir besetzten uns alleine ein Haus.

Schließlich bedarf es zu einer derartigen Wendung auch systematisch strategischer Reflexion in Freizeit, Wohnen und Ausbildung. Die nach dem Papier über proletarischen Lebenszusammenhang (aus der Betriebsarbeit entwickelter Ansatz von Stadtarbeit - März 1971) abgebrochene Reflexion können wir weiterführend wieder aufnehmen, wenn wir in Schulen, Stadtteilen, Mieterbewegungen, Frauenbewegungen real und **damit** politisch präsent sind.

In der Studentenbewegung war eine Demonstration im Idealfall die nach außen gerichtete Wendung eines schon begonnenen Kampfes. Heute hegen wir an sie die Erwartung, daß sie einen Kampf einleite. Die Waffe der Demonstration, auch einer antiimperialistischen wird weniger stumpf sein, wenn sie aus wirklichen Konflikten, bzw. aus dem Antiimperialismus der um ihre Interessen Kämpfenden entspringt.

REVOLUTIONÄRER KAMPF







Für den endgültigen Sieg

Am Sonntag, dem 14.1., fand in Bonn eine eindrucksvolle Demonstration gegen die mörderischen Luftangriffe der USA auf Nordvietnam und für die sofortige Unterzeichnung des 9 Punkte Abkommens (über einen Waffenstillstand) statt.

Mit der Kommunistischen Gruppe Frankfurt/Offenbach befreundete Organisationen hatten die Initiative ergriffen und an alle fortschrittlichen Menschen und demokratischen Organisationen den Aufruf gerichtet, jetzt gemeinsam Front gegen den Amoklauf der US-Imperialisten in Vietnam zu machen. 26 000 Menschen aus dem Bundesgebiet und Westberlin folgten diesem Aufruf. Die KG Ffm/Of hatte zusammen mit dem Kommunistischen Studentenverband Frankfurt einen Sonderzug und – als dieser überfüllt war – Busse organisiert. Mehr als 1500 Kollegen und Genossen aus Frankfurt und Offenbach sind mit uns gefahren, darunter auch zahlreiche Werktätige und politisch nicht Organisierte.

Dieser Erfolg der Bonner Demonstration ist eine wichtige Unterstützung für das vietnamesische Volk in seinem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit.

Um so beschämender ist die Rolle, die ein Häuflein von 500 Anarchisten in Bonn spielten, dem sich auch Mitglieder der Gruppe „Revolutionärer Kampf" aus Frankfurt anschlossen. Während die 26 000 Demonstranten in disziplinierten Zehnerreihen, mit zahlreichen Transparenten, mit vietnamesischen Fahnen sowie den roten Fahnen der internationalen Arbeiterbewegung durch die Straßen zogen, liefen die Anarchisten in abenteuerlichen Haufen unter schwarzen Fahnen durch die Gegend. Nach Kräften versuchten sie, die Demonstration und später die Kundgebung zu stören. Während die Teilnehmer an der Demonstration riefen: „Für den Sieg der Völker Indochinas" und Hoch die internationale Solidarität", brüllten die Anarchisten: „Frei sein, frei sein, Terror muß dabei sein" und Hoch die internationale Kinderschokolade". Und als der Sonderzug aus Bonn zurück war, hatten diese Leute nichts eiligeres zu tun, als durch das Einschmeißen von Fensterscheiben sich selbst zu beweisen, wie furchtbar „revolutionär" sie doch sind. Durch ihr Verhalten schaden sie keineswegs den Imperialisten (denen ein paar zerdepperte Scheiben nicht weh tun), sondern sie schaden der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung für das vietnamesische Volk.

Leider konnte nicht verhindert werden, daß auf den Vietnam-Demonstrationen in Offenbach und Frankfurt die Gruppe „Revolutionärer Kampf" größtenteils den Ton angab und viele fortschrittliche Menschen und Demokraten davon abhielt ihre Empörung über die Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam Ausdruck zu geben.

Für uns ist die Konsequenz, mit diesem Haufen verantwortungsloser Elemente jede Gemeinsamkeit aufzukündigen.

Die Bonner Demonstration hat gezeigt, daß es möglich ist, eine breite Front von Demokraten und Kommunisten für die gerechten Forderungen des vietnamesischen Volkes herzustellen. In einer gemeinsamen Aktion hat sie die Solidarität der fortschrittlichen Menschen in unserem Land für die Sache Vietnams zum Ausdruck gebracht. Ihren Abschluß fand sie in einer machtvollen Kundgebung, auf der von einem Freiburger Betriebsrat eine Rede der Aktionseinheit für die Vietnam-Demonstration gehalten wurde.

(Aus: Arbeiterzeitung, 26.1.73, Herausgegeben von der Kommunistischen Gruppe Ffm/Of.)



WIR WOLLEN ALLES

Postanschrift: 8551 Gaiganz, Nr. 12

Die Zeitung kostet im Abonnement DM 12.- für 12 Nummern inclusive Versandkosten. Der Aboversand wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag auf das Konto der Zeitung eingegangen ist.
Kein Aboversand in Städte mit linken Buchhandlungen!
Sämtliche Zahlungen nur auf dieses Konto:
Gerd Schnepel, Erlangen; Postscheckamt Nürnberg Nr. 72890-852
Presserechtlich verantwortlich: Josef Fischer, Frankfurt, c/o S.C., Ffm 1, Postfach 4202



Frauenbeine traten zu!!

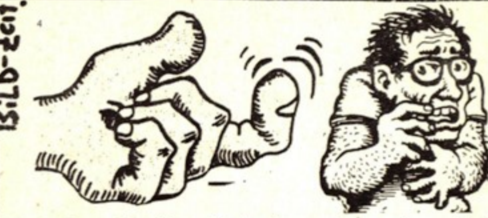
50 Protest-Mädchen veranstalteten in Frankfurt eine Saalschlacht ● Tische stürzten, Cola-Flaschen und Gläser zerklirrten an der Wand ● Ein Boxer wurde voll getroffen

Frankfurt, 2. März

Mit Schweinshaxen, Colaflaschen und Flugblättern haben in Frankfurt 50 protestierende Studentinnen, Schülerinnen und Lehrlinge die Wahl der „Miß-Teenager-Beine" gesprengt. Die Mädchen protestierten gegen die „Fleischbeschau" und „Schönheitsmesserei".

In wahllos in die Menge geworfenen Flugblättern verkündeten die 50 Mädchen der „Aktion Frauen gemeinsam sind stark": „Wir lassen uns nicht länger bieten, daß unser Körper in Beine, Busen, Hände zerlegt wird. Wir lassen uns nicht länger kastrieren. Frauen, zerreißt eure Ketten, Schluß mit Objektsein in Betten."

BILD-Zeit





Ein Schweinebein ist auch ein Bein

Neue Presse

In Deutschland hat sich, im Gegensatz zu anderen Ländern, die Frauenbewegung nicht durch solch spektakuläre Aktionen entwickelt.

Gerade durch die Erfahrung der Betriebsarbeit bei Neckermann aber hat sich bei uns die Notwendigkeit solch militanter Frauenaktionen gezeigt. Für unsere Arbeit mit proletarischen Frauen ist es unbedingt notwendig, eine politische Frauenöffentlichkeit zu schaffen, eine Frauenöffentlichkeit, die die Möglichkeit der Identifikation mit kämpfenden Frauen bietet. Denn alle anderen Formen der bisherigen Frauenarbeit - sei's Agitation gegen den § 218 oder Agitation über Arbeitsplatzkonflikte- sind nie über die Ebene verbaler, mehr oder weniger abstrakter Aufklärung gelangt. Die Frauenrolle -Aussehen, Verhalten, Konsum- und Familienfixierung- trägt bei der Arbeit in Fabrik, Büro und Kaufhäusern ganz wesentlich zur Konfliktverschleierung und Disziplinierung bei. Wenn man aber z.B. das Konkurrenzproblem unter den Frauen in Großraumbüros in der Agitation aufgreifen will, so ist das ohne einen Bezug auf Frauen, die sich gegen ihre Ausbeutung wehren und die sich untereinander solidarisieren, nicht anders als analytisch und damit resignativ ("Frauen sind eben so") möglich, und die Frauen können das auch nicht anders als als Angriff auf sich rezipieren; es fehlt die Möglichkeit, sich auf kämpfende Frauen zu beziehen.

Außerdem meinen wir, daß sich in den Betrieben andere Kampfmöglichkeiten entwickeln können, wenn sich Kämpfe auch richten gegen die wichtigen Brutstätten der Frauenunterdrückung (Konsum, Familie, Beziehung zu Männern).

Wir sehen die Perspektive einer Frauenbewegung nicht im Hangeln von Aktion zu Aktion, sondern wir wollen diese und andere Aktionen in das Kontinuum einer nicht betriebsbornierten Frauenarbeit stellen. Wir planen ein Frauenzentrum und wollen aus diesem Zentrum heraus eine Stadtzeitung für Frauen entwickeln.

Denn, so der Eigentümer vom "Number One": 65% der Männer nehmen einen langen Blick auf die Beine, ehe es losgeht. Wenn die gut sind, kann man sich auch den Rest betrachten." (Frankfurter Rundschau v. 15. 2.)

Damit die Person auch ja vollkommen ausgeschaltet wird, sollten sich die Mädchen mit Masken auf dem Podest zur SChau stellen.

Wenn man, wie die Jury meint, es doch sofort sieht, "ob eine zu dicke Oberschenkel hat, oder zu knochige Knie", dann wollen WIR FRAUEN sehen, was die Männer zu bieten haben. VORWÄRTS ZUR SCHWANZVERMESSUNG DER JURY ! –denn man sieht es doch sofort, ob ein Schwanz zu knorpelig, zu mickrig, zu lasch, zu krumm, zu schrumpelig ist oder gar ganz fehlt!



Das sollten die Männer doch auch mal mitkriegen, wie das so ist, wenn ein Körperteil herausgegriffen, vermessen und preisgekrönt wird.

Die Männer kannten nur eine Reaktion: sie waren um ihr Vergnügen gebracht. UND DAS DURCH FRAUEN, die mal nicht nach der Pfeife der Männer tanzten! Das können sie nun einmal nicht ertragen.

Sie prügelten wie wild drauf los. Aber da erlebten sie auch eine Überraschung! Wir haben uns nämlich ganz schön gewehrt und so manch einer wird noch seine Kratzer und Beulen spüren..





BILD-ZEITUNG

Statt Miß-Beine flogen Schweinshaxen

Einige Frauen sagten, uns macht es doch Spaß, unsere Schönheit zu zeigen, wir machen das freiwillig.

Was heißt denn da *freiwillig*? Wenn wir Kontakt haben wollen, wenn wir irgendwie akzeptiert werden wollen, dann müssen wir "was aus unserem Typ" machen, das heißt, wir sollen uns mit Hilfe von Kosmetika und der gängigen Mode anpassen.

Was heißt denn da *freiwillig*? Wenn uns von klein auf eingebleut wird, unser Lebensziel sei, einen Mann zu kriegen: was gilt denn schon eine unverheiratete Frau!

ERFAHRUNGEN DER AKTION:

Selbst bei den unmittelbar betroffenen Frauen, die sich zur Konkurrenz aufgestellt hatten, und bei denen die ABwehr natürlicherweise sehr groß sein mußte, hat sich eine Polarisierung gezeigt: nachdem wir rausgeschmissen waren, entwickelte sich zwischen den Mädchen und den Typen eine Diskussion über unsere Flugblätter. ––– Bei der Betriebsagitation können wir nur die Post und Neckermann vergleichen. Bei Neckermann stieß das Flugblatt auf ziemliche Ablehnung; das wichtigste Argument dagegen war, das Flugblatt sei pornographisch und unanständig. Nur bei den jüngeren Mädchen war auch Zustimmung zu finden; die meinten auch, Schwanz hieße nun mal Schwanz etc.

Bei der Post waren die Reaktionen überraschend positiv: sehr interessiert. Als wir einige Tage später unsere Betriebszeitung verteilten, war wieder ein sehr großes Interesse: "Seid Ihr dieselben von der Aktion? " Einige Mädchen wollten wissen, wo man sich mal treffen könnte.

Die Unterschiede liegen sicher wesentlich daran, daß bei der Post sehr viel mehr junge verstädterte Mädchen zu finden sind als bei Neckermann. Außerdem herrscht bei der Post aufgrund gewerkschaftlicher Aktivitäten ein vergleichsweise hochpolitisches Klima. ––– Beim Verteilen in der Stadt entstand eine ganz andere Atmosphäre als sonst. Viele Frauen wußten von der Aktion durch die Presse und den Rundfunk von der Aktion und waren entsprechend interessiert an unserem Flugblatt. Es war klar, daß dies ein Flugblatt von Frauen für Frauen war. (Als der männliche Teil eines Pärchens das Flugblatt ablehnte, meinte die Frau "Ich will's aber, das ist für mich" und nahm's.)

FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK !

Hier verkauft Ihr unsre Knie
wie der Bauer ein Stück Vieh.
Und seid Ihr alle noch so geil –
wir bieten uns nicht länger feil!!